

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

15. Sitzung

Hannover, den 16. Mai 1979

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 1705

Erklärung der Landesregierung zu einem
Nuklearen Entsorgungszentrum in Gorleben

Ablehnung des DWK-Antrages auf Geneh-
migung einer Wiederaufarbeitungsanlage in
Gorleben — Entschließungsantrag der
Fraktion der SPD — Drs 9/683

und

Von der Bundesregierung und der DWK
geplantes Nukleares Entsorgungszentrum in
Gorleben — Entschließungsantrag der Frak-
tion der CDU — Drs 9/696 1706

Dr. Albrecht,
Ministerpräsident 1706, 1746
Ravens (SPD) 1717, 1752
Brandes (CDU) 1725
Bruns (Emden) (SPD) 1732
Grill (CDU) 1754
Bruns (Reinhausen) (SPD) 1763
Remmers (CDU) 1769
Schultze (SPD) 1776
Schnipkoweit,
Sozialminister 1783

Ausschußüberweisung 1788

Aktuelle Stunde

Hochschulausbau in Niedersachsen — Antrag
der Fraktion der SPD — Drs 9/681 1788

Frau Wettig-Danielmeier (SPD) . 1788, 1810
Prof. Dr. Pestel,
Minister für Wissenschaft
und Kunst 1790, 1796, 1805, 1812, 1821
Prof. Dr. Pöls (CDU) 1792, 1820
Milde (SPD) 1794
Hedrich (CDU) 1799
Frau Pistorius (SPD) 1801
Drape (CDU) 1803
Bruns (Emden) (SPD) 1808
Frau Flick (CDU) 1809
Frau Stoll (CDU) 1814
Kirschner (SPD) 1815
Dierkes (CDU) 1817
Wernstedt (SPD) 1819

Fragestunde — Drs 9/509 Nrn. 10 u. 11 und
Drs 9/680 1824

9/509/10

Abg. Derben (CDU) — Analyse der Säug-
lingssterblichkeit unter dem Aspekt der
Nachsterblichkeit 1824

Beginn: 10.17 Uhr.

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Sitzung im 7. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 9. Wahlperiode. Das Haus ist beschlußfähig.

Dies ist keine außerordentliche, aber eine außergewöhnlich wichtige Sitzung. Ich wünsche Ihnen zu Beginn einen guten Morgen und uns gemeinsam einen fairen und der Sache gerechten Ablauf der Beratungen.

Für uns findet diese Sitzung unter ungewohntem, bundesweitem öffentlichem Interesse statt. Ich wünschte mir und ich wünschte auch für die Parlamente in anderen Ländern, wir hätten bei anderen ebenfalls wichtigen Themen wenigstens einen Teil dieses öffentlichen Interesses wie heute.

(Beifall im ganzen Hause.)

Dies, meine Damen und Herren, ist ein Problem, mit dem wir uns an anderer Stelle – über dessen Ursachen und die Möglichkeiten, sie zu beseitigen – intensiv beschäftigen müssen im Interesse einer notwendigen Veränderung der Selbstdarstellung der Landesparlamente und ihrer Aufgaben.

Der Bedeutung dieses Themas entspricht, daß wir den Komplex Gorleben an den Beginn der Beratungen stellen. Um einen sachgerechten Ablauf der Beratungen zu erreichen, wird entsprechend den Beratungen im Ältestenrat vorgeschlagen, den Punkt 1, die Abgabe einer Regierungserklärung, und den Punkt 2, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, gemeinsam im Zusammenhang zu behandeln. Hinzu kommt nunmehr der Ihnen heute vorliegende Entschließungsantrag der CDU – Drs 9/696 –. Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß auch dieser Entschließungsantrag auf die Tagesordnung gesetzt und mit dem Gesamtkomplex behandelt wird. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Es folgen nunmehr geschäftliche Mitteilungen.

Schriftführer Derben:

Der Herr Minister der Finanzen und Abgeordnete Kiep hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt, da er als Beauftragter des Bundeskanzlers für die Türkeihilfe auswärts tätig sein muß. Weiterhin haben sich entschuldigt von der CDU-Fraktion Herr Präsident Müller sowie die Abgeordneten Fuhrhop und Wedekind und von der SPD-Fraktion der Abgeordnete Saß.

Vizepräsident Kreibohm:

Wir treten nun in die Beratungen ein. Ich rufe auf Punkt 1:

Erklärung der Landesregierung zu einem nuklearen Entsorgungszentrum in Gorleben

den Punkt 2:

Ablehnung des DWK-Antrages auf Genehmigung einer Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drs 9/683

und dazu nunmehr auch:

Von der Bundesregierung und der DWK geplantes Nukleares Entsorgungszentrum in Gorleben – Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drs 9/696

Zur Abgabe einer Regierungserklärung hat zunächst das Wort der Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war im November 1976, daß ich die Ehre hatte, in Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP die Bundesminister Maihofer, Friderichs und Matthöfer hier in Hannover zu empfangen. Die Mitglieder der Bundesregierung unterrichteten damals die Landesregierung über das geplante integrierte Entsorgungszentrum und baten um unverzügliche Ausweisung eines vorläufigen Standortes für dieses Zentrum. Am 22. Februar 1977 erklärte dann die Landesregierung ihre Bereitschaft, Anträge zur Errichtung eines Entsorgungszentrums am Standort Gorleben zu prüfen.

Unabhängig von der im atomrechtlichen Verfahren vorgeschriebenen Prüfung, so sagten wir damals, müsse aber zunächst geklärt werden, ob ein integriertes Entsorgungszentrum sicherheitstechnisch gesehen grundsätzlich realisierbar sei. Die Sicherheit der Bevölkerung, so erklärte damals die Landesregierung, müsse Vorrang haben vor allen anderen Überlegungen. Selten ist ein Satz, wenn ich das nach Harrisburg feststellen darf, so populär geworden in allen politischen Lagern wie gerade dieser.

(Beifall.)

Am 31. März 1977 stellte die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen – DWK – einen Antrag auf Genehmigung zur Errichtung des Nuklearen Entsorgungszentrums. Der Antrag auf Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle am Standort Gorleben wurde von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt am 28. Juli 1977 gestellt.

Die Landesregierung hat die Probleme, die sich im Zusammenhang mit dem Bau eines Entsorgungszentrums stellen, sorgfältig geprüft. Sie hat

Dr. Albrecht

sich hierzu des Rates zahlreicher hochqualifizierter Fachleute bedient. Die Reaktorsicherheitskommission und die Stahlschutzkommission haben Stellungnahmen abgegeben. Im März 1979 ist die Problematik Gegenstand einer intensiven Erörterung zwischen über 60 internationalen Wissenschaftlern gewesen, ich meine das sogenannte Gorleben-Symposium.

Ich glaube, daß es jetzt an der Zeit ist, auf die sicherheitstechnischen Fragen eine Antwort zu geben. Wir haben vor etwa zwei Jahren gesagt, daß die Landesregierung für diese Prüfung zwei bis drei Jahre benötigen würde. Natürlich ist die Versuchung groß, jetzt auszuweichen und zu sagen, wir könnten diese Frage noch nicht beantworten. Das würden wir aber nicht für korrekt halten. Ich darf deshalb im Namen der Landesregierung folgende vorläufige Stellungnahme abgeben, wobei „vorläufig“ bedeutet, daß dies ja noch nicht das eigentliche atomrechtliche Verfahren ist und daß, falls man auf diesem Wege weitergehen würde, noch eine Fülle von Fragen beantwortet werden müßte. Es geht also nur um die Frage der grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit eines solchen Entsorgungszentrums.

Die Landesregierung hat sich davon überzeugt, daß die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem geeigneten Salzstock kein Risiko für die jetzt lebenden und die unmittelbar darauf folgenden Generationen mit sich bringt. Auch für spätere Generationen ist das Risiko gering, wenn man es mit anderen Risiken vergleicht. Die norddeutschen Salzstöcke haben durch ihre Plastizität über 100 Millionen Jahre lang wichtige erdgeschichtliche Entwicklungen überstanden, ohne in ihrem Kern angetastet zu sein. Man muß sich einmal vorstellen, daß in diesem Zeitraum mehrere Eiszeiten stattgefunden haben, daß sich der amerikanische Kontinent von dem europäischen Kontinent getrennt hat – erdgeschichtliche Katastrophen, wenn man so will, die alles in den Schatten stellen, was wir heute kennen, und trotzdem hat alles dies dem Salzstock nichts anzuhaben vermocht.

Natürlich ist nicht jeder Salzstock und ist nicht jeder Teil eines Salzstockes für die Endlagerung gleichermaßen geeignet. Die Eignung ist durch sorgfältige Untersuchungen – Bohrungen, geophysikalische Untersuchungen, bergmännische Aufschlüsse – noch zu überprüfen, aber die wissenschaftlichen und technischen Methoden stehen hierfür zur Verfügung. Durch eine ausreichende Abklingzeit der radioaktiven Abfälle und ihre weiträumige Lagerung kann sichergestellt werden, daß die Stabilität des Salzstockes durch die von den hochaktiven Abfallstoffen ausgehende Wärmeentwicklung nicht beeinträchtigt wird.

Ein Risiko für kommende Generationen wäre allenfalls dann gegeben, wenn im Laufe der Jahrhunderte das Wissen um die Einlagerung radioaktiver Stoffe verlorenginge und spätere Generationen in Unkenntnis des Endlagers den Versuch machten, den Salzstock bergmännisch aufzuschließen. Auch für diesen Fall ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Giftigkeit der Endlagerstätten mit Abfällen aus der Wiederaufarbeitung nach 500 bis 1000 Jahren drastisch reduziert sein wird, so daß sie der Giftigkeit von natürlichen Lagerstätten von Quecksilber-, Blei- und Uranerzen vergleichbar wird.

Das eigentlich Problematische ist die Wiederaufarbeitungsanlage. Die Frage nach der Sicherheit dieser Anlage muß mit Blick auf die ortsansässige Bevölkerung, auf die Arbeiter und Angestellten des Nuklearen Entsorgungszentrums sowie auf die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Nachbarstaaten gestellt werden.

Lassen Sie mich zunächst von der Sicherheit der ortsansässigen Bevölkerung sprechen. Hier ist zu unterscheiden zwischen dem normalen Betrieb der Anlage und den Folgen etwaiger Störfälle.

Ich spreche jetzt zuerst vom normalen Betrieb. Wie jede kerntechnische Anlage wird auch das Nukleare Entsorgungszentrum gewisse Mengen an Radioaktivität an die Umgebung abgeben. Nach den Bestimmungen der Strahlenschutzverordnung darf die jährliche Ganzkörperstrahlenbelastung für jeden einzelnen Menschen, der in der unmittelbaren Umgebung des Nuklearen Entsorgungszentrums wohnt, je 30 mrem über Luft und Wasser nicht überschreiten. Ich darf vielleicht erklärend dazu sagen, rem ist die Maßeinheit für die Strahlenbelastung von Menschen; 1000 mrem sind ein rem. Die Grenze ist hier 30 mrem nach der Strahlenschutzverordnung. Außerdem sind entsprechende Grenzwerte für die höchstzulässige Strahlenbelastung einzelner Organe wie etwa der Schilddrüse vorgeschrieben.

Die Landesregierung hat sich davon überzeugt, daß diese Höchstwerte wesentlich unterschritten werden können. Sie würde dem Betreiber die Einhaltung einer Strahlendosis von maximal 10 mrem pro Jahr aufgeben; also nicht von 30, sondern von 10 mrem. Die Beachtung dieser Grenze würde durch permanente Emissionsmessungen, vor allem an den Abluftkaminen, und durch permanente Immissionsmessungen in der Umgebung des nuklearen Entsorgungszentrums kontrolliert. Erforderlichenfalls würde die Landesregierung nicht zögern, die Anlage zeitweise abzuschalten, um die Einhaltung der Jahresdosis zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, dies ist eine begrenzte Abgabe von Radioaktivität. Es ist eine Abgabe,

die gesundheitliche Folgen haben kann. Die Frage ist, wie groß das Risiko ist, das sich hieraus ergibt. Die Wissenschaftler sind sich prinzipiell einig, daß jede zusätzliche, d.h. über die natürliche Belastung hinausgehende Strahlenbelastung gesundheitliche Folgen haben kann, nicht haben muß.

Das mit der obengenannten Höchstdosis von 10 mrem pro Jahr und Person verbundene Risiko liegt aber weit unter anderen Lebensrisiken, mit denen unsere Bevölkerung vertraut ist. Die natürliche Strahlenbelastung beträgt in der Bundesrepublik ca. 110 mrem pro Jahr. Die Röntgendiagnostik verursacht im Mittel der Gesamtbevölkerung ca. 50 mrem pro Jahr und Person, beträgt also etwa das Fünffache dessen, was maximal durch eine solche Entsorgungsanlage im Normalbetrieb an Strahlenbelastung auftreten würde.

In der Bundesrepublik Deutschland sterben pro Jahr auf 10 000 Einwohner etwa 25 Personen an Krebs. Das sind rund ein Sechstel aller Todesfälle. Durch den Betrieb des Nuklearen Entsorgungszentrums würde dieses Krebsrisiko für die ortsansässige Bevölkerung von 25 auf 25,01 erhöht, wenn jeder in dieser Bevölkerung mit 10 mrem pro Jahr belastet würde. Wegen der schnellen Verminderung der Strahlenbelastung mit zunehmender Entfernung wird das Risiko für die Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung jedoch wesentlich geringer sein. Wenn ich von 25,01 spreche, dann folge ich damit der Berechnungsmethode, die die Vereinten Nationen, die einen besonderen Ausschuß zur Untersuchung der Wirkung von Atomstrahlung eingesetzt haben, zugrunde legen.

Legt man die Maximalwerte zugrunde, die auf dem Gorleben-Symposium von den Kernenergiekritikern in Rechnung gestellt wurden, so erhöht sich das Risiko von 25 auf 25,06. Mit anderen Worten, die wissenschaftliche Diskussion zeigt, daß diese Erhöhung von 25 auf 25,01 oder auf 25,06 etwa die Spanne ist, innerhalb derer man diskutieren kann.

Ich komme dann zu den Störfällen im Innern der Anlage. Störfälle innerhalb der chemischen Fabrik selbst – denn dies ist ja eine chemische Fabrik, um die es sich hier handelt –, d.h. in der eigentlichen Wiederaufarbeitungsanlage, sind beherrschbar. Dies gilt auch für die Rückhalte-technik, mit der die Abgabe von radioaktiven Stoffen an die Umgebung kontrolliert wird. Die Landesregierung glaubt garantieren zu können, daß auch auf Grund von Störfällen innerhalb der eigentlichen Wiederaufarbeitungsanlage die Strahlenbelastung der Bevölkerung die gesetzlich zugelassenen Höchstgrenzen nicht übersteigt. Dies setzt allerdings kostenintensive Schutzvorkehrungen voraus. Ich darf zur Be-

gründung vielleicht hinzufügen, daß man nicht aus dem Auge verlieren darf, daß es sich hier ja nicht, im Gegensatz zum Kernreaktor, um gewollte Kernspaltungsprozesse handelt, sondern um die chemische Behandlung der abgebrannten Brennelemente, um das Plutonium herauszu ziehen und die Brennelemente wiederverwendbar zu machen für den Einsatz in Kernreaktoren.

Ein besonderes Gefahrenpotential sieht die Landesregierung allerdings in den Lagern, denn in den Lagern sind über 95 % des radioaktiven Inventars der Anlage gespeichert. Dieses radioaktive Potential ist so gewaltig, daß es durch keinen Störfall freisetzbar sein darf. Meine Damen und Herren, die Horrorszenarios, die gelegentlich aufgebaut werden, beruhen auf der Hypothese, daß die Gesamtheit dieses gewaltigen radioaktiven Materials in die Luft geblasen wird und dort dispergierbar ist, d.h. dann über weite Flächen auch von den Menschen aufgenommen werden kann. Das ist etwas, was schlechterdings nicht passieren darf, übrigens so auch nicht passieren kann.

Die Landesregierung ist deshalb nicht bereit, das Konzept der DWK in seiner jetzigen Fassung zu genehmigen. Sie besteht darauf, daß das Eingangslager für abgebrannte Brennelemente inhärent, d.h. in sich selbst, sicher gemacht wird, so daß die Kühlung nicht vom Funktionieren technischer Apparaturen oder von menschlicher Zuverlässigkeit abhängt. Sie besteht auch darauf, daß hochradioaktive Abfälle in flüssiger Form im Normalbetrieb nicht gelagert werden und eventuelle Puffertanks inhärent sicher gemacht werden; denn gerade die flüssige Form der Lagerung hat ein besonderes Risiko der Dispersion dieser Radioaktivität.

Ich komme nun zur Sicherheit der Arbeiter und Angestellten. Die Landesregierung hat sich davon überzeugen können, daß die Betriebssicherheit im geplanten nuklearen Entsorgungszentrum mindestens ebenso groß sein kann wie in anderen industriellen Anlagen.

Jede große industrielle Anlage – das muß man einfach noch einmal sagen – birgt gewisse Risiken in sich. Nach vorliegenden Erfahrungen ist mit einer jährlichen Strahlenbelastung – ich spreche von der sogenannten Ganzkörperdosis – des im Kontrollbereich der Anlage arbeitenden Personals von maximal 1,5 rem zu rechnen. 5 rem sind die gesetzliche Höchstgrenze. Das hiermit gegebene Risiko, oder anders ausgedrückt, die hierdurch gegebene Verminderung der durchschnittlichen Lebenserwartung, ist etwa gleich groß wie die Verminderung der Lebenserwartung von Stahlarbeitern, wie das Berufsrisiko von Stahlarbeitern, und ist erheblich geringer als das Risiko, das Berufskraftfahrer, Binnen- und Hochseefischer sowie Berg-

Dr. Albrecht

arbeiter unter Tage eingehen, wenn sie ihren Beruf ausüben.

Bei Störfällen können kurzfristig innerhalb der Anlage übernormal hohe Strahlenbelastungen auftreten. Sofern dies nicht unmittelbare gesundheitliche Folgen hat, wird in jedem Einzelfall zu entscheiden sein, ob die davon betroffenen Personen ganz oder vorübergehend aus dem Kontrollbereich der Anlage herausgenommen werden müssen.

Wichtig, ja entscheidend ist für die Landesregierung die permanente Gesundheitskontrolle des gesamten Personals. Ganzkörpermessungen erlauben eine verlässliche Feststellung der Strahlenbelastung jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten und deshalb notfalls auch das Ergreifen der angemessenen Maßnahmen.

Sodann ist die Frage der Sicherheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik allgemein und in den Nachbarstaaten anzusprechen. Die weiter entfernt wohnende Bevölkerung wird durch den Normalbetrieb der Anlage sowie durch Störfälle, die sich im Innern der Anlage vollziehen, dann nicht berührt, wenn die Forderungen der Landesregierung zu der Lagerhaltung erfüllt werden. Es bleiben aber zwei Risiken, die nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden können.

Das eine ist das Risiko kriegsrischer Einwirkung. Zwar kann man davon ausgehen, daß – nicht zuletzt in Anbetracht der geographischen Lage, Westwind und was dort alles eine Rolle spielt – etwaige kriegsführende Parteien bemüht sein würden, eine Zerstörung der Anlage mit dem Risiko der Freisetzung eines Teils des radioaktiven Potentials zu vermeiden. Auch würde die Landesregierung im Kriegsfall die Fabrik stilllegen. Dennoch kann eine kriegsrische Einwirkung nicht schlechthin ausgeschlossen werden.

Um für diesen Fall Risiken auszuschließen, die über das durchschnittliche durch den Krieg ohnehin gegebene Lebensrisiko hinausgehen, verlangt die Landesregierung, daß zusätzlich zu unseren Forderungen betreffend die Lagerhaltung ein Konzept entwickelt wird, wie im Kriegsfall die dispergierbaren radioaktiven Substanzen unter Tage ausgelagert werden können.

Ein weiteres Risiko besteht in der Möglichkeit der Entwendung von Plutonium zu terroristischen Zwecken; auch dies hat auf dem Symposium eine beachtliche Rolle gespielt. Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß das Plutoniumlager so konstruiert und gesichert werden kann, daß ein terroristischer Zugriff von außen nicht möglich ist. Nicht im gleichen Maße ausgeschlossen werden kann jedoch die Entwendung von Plutonium durch Belegschaftsmitglieder. Hier gibt es keine absolute Sicherung. Die Bundesregierung muß wissen, ob sie das

damit gegebene politische Risiko tragen will. Dies ist nun nicht mehr ein Risiko unserer Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg und in Niedersachsen, sondern dies ist typisch ein allgemeines politisches Risiko.

Ich darf bei dieser Gelegenheit anführen, daß ich zu diesen allgemeinen Risiken sonst nicht Stellung nehme. Ich sage nichts zu der allgemeinen Problematik der Plutoniumwirtschaft, ich sage nichts zu den außenpolitischen Aspekten dieser Frage; denn dies ist nicht Sache der Landesregierung und des Landtages.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Unter der Voraussetzung, daß in dem Konzept der DWK noch wesentliche Änderungen vorgenommen werden, läßt sich ein Nukleares Entsorgungszentrum so bauen, daß die Bevölkerung und die Belegschaft nicht höheren Lebensrisiken ausgesetzt werden als durch andere industrielle und technische Einrichtungen, an die sich die Bevölkerung gewöhnt hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier etwas hinzufügen: Wenn man die Debatte verfolgt, die sich in unserem Lande zu Fragen der Kernenergie vollzieht, dann muß man den Eindruck gewinnen, daß hier der Versuch unternommen wird, jedes Lebensrisiko auszuschalten. In Wahrheit ist diese Bewegung ein Protest gegen das Lebensrisiko als solches. Ich glaube, man muß sehen, daß die Leidenschaft, mit der dieser Protest vorgetragen wird, auf der Angst des Menschen vor dem Tode beruht. Aber dieser Versuch, jedes Risiko auszuschließen, kann nicht gelingen. Er kann bei der Kernenergie nicht gelingen, er kann aber auch sonst im Leben nicht gelingen. Der tiefere Grund dafür ist, daß der Tod und das Leben so miteinander verbunden sind, daß sie nicht mehr zu trennen sind. Alles irdische Leben ist gefährdet, ist risikobehaftet, ist vergänglich, und der Versuch, den Tod an den Rand zu drängen, kann nicht gelingen; denn es ist nun einmal nicht so, daß die lebensfördernden Kräfte und die lebensbedrohenden Kräfte streng voneinander getrennt wären. Nein, das, was lebensfördernd ist, birgt in sich selbst immer schon ein Risiko für das Leben.

Der operative Eingriff des Arztes, der Leben retten soll, gefährdet gleichzeitig Leben, bringt ein Risiko mit sich. Die Benutzung eines Rettungshubschraubers, um Leben zu retten, birgt das Risiko eines Unfalls in sich. Wenn wir einen Staudamm errichten, um das lebensnotwendige Trinkwasser zu haben, so birgt dieser Staudamm und das Anlegen eines Stausees ein Risiko in sich. Ja, man kann mit einer gewissen Sicherheit berechnen – wie wir das bei Kernenergiefragen auch tun –, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, daß Kinder in dem Stausee ertrinken.

Dasselbe gilt für die Kernenergie. Dasselbe gilt aber auch für die Kohle. Das darf in der Diskussion nicht vergessen werden. Wer sagt, Vorrang für die Kohle, oder wer glaubt, den Ausweg darin zu finden, daß er anstelle von Kernenergie Kohle einsetzt, der muß der Bevölkerung auch sagen, daß die gesundheitlichen Risiken, die mit der Schwefelabgabe von Kohlekraftwerken verbunden sind, im Normalbetrieb größer sind als 1 mrem Strahlenbelastung. Der muß auch sagen, welches die Risiken für die Menschheit sind, wenn wir nur aus fossilen Brennstoffen den Energiebedarf der Zukunft decken wollten. Wir kennen die Problematik der Klimaveränderung, der Versteppung ganzer Landstriche. Der muß den Menschen sagen, daß Radioaktivität auch von Kohlekraftwerken an die Umgebung abgegeben wird. Und der muß vor allem auch die Frage stellen, wie denn eigentlich Kohle gewonnen wird. Wir haben jetzt noch in jedem Jahr etwa 100 Tote im Bergbau zu beklagen. Früher hatten wir im Durchschnitt 400 Tote pro Jahr zu beklagen. In dem Jahr mit den höchsten Todesziffern im Bergbau in der Nachkriegszeit waren es etwa 700 Tote. Darin sind noch nicht eingerechnet die Hunderte von Verletzten, von Verkrüppelten. Darin ist auch die große Zahl derer noch nicht eingerechnet, die frühzeitig Invaliden geworden sind, etwa wegen der Staub-lunge.

Ich sage dies alles nicht, um nun gegen die Kohle zu plädieren. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Kohle brauchen und Kernkraft brauchen. Aber ich glaube, es illustriert in eindrucksvoller Weise, daß es menschliches Leben ohne Risiko, was immer wir auch tun, nicht gibt, und daß wir deshalb nur immer wieder versuchen können, das Lebensfördernde, die lebensfördernden Wirkungen zu maximieren und die lebensgefährdenden Elemente zu begrenzen, zu minimieren.

Meine Damen und Herren, soviel zur Frage der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit. Mit dieser sicherheitstechnischen Antwort ist es allerdings nicht getan. Auch wenn eine Wiederaufarbeitungsanlage prinzipiell so sicher gebaut und betrieben werden kann, daß unzumutbare Risiken für die Bevölkerung nicht entstehen, bleibt doch die doppelte Frage, ob der Bau einer solchen Anlage unerläßlich ist und ob er politisch realisierbar ist. Hier liegt, das weiß jeder von uns hier im Raum, das wahre Problem.

In der Bundesrepublik Deutschland sind schon jetzt 14 Kernkraftwerke in Betrieb, weitere 9 werden zur Zeit gebaut. Es wird von niemandem bezweifelt, daß diese Anlagen in jedem Fall entsorgt werden müssen. Darüber hinaus kann der Energiebedarf der Zukunft nach Auffassung von Bundesregierung und Landesregierung — darüber hinaus will ich mich nicht vorwagen — unter be-

friedigenden Bedingungen nur gedeckt werden, wenn die Kernenergie ihren Beitrag leistet.

Falsch wäre es aber, den Bau eines integrierten Entsorgungszentrums als einzige Lösung der Entsorgungsfrage zu sehen. Es steht inzwischen fest — dies ist etwas Neues, was sich auf dem Symposium ergeben hat —, daß die Langzeit-zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen über mehrere Jahrzehnte hinweg in sicherer Form technisch möglich ist. Für die Endlagerung bleibt grundsätzlich die Wahl zwischen einer Endlagerung nach Wiederaufarbeitung oder aber einer Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung.

Diese letzte Form, d. h. die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente nach einer längeren Abklingzeit, ist prinzipiell möglich, wenn auch zu sagen ist, daß für die technische Verwirklichung noch Entwicklungsarbeiten erforderlich sind und vielleicht auch zu bedauern ist, daß bisher nicht sehr viel Anstrengungen in diese Entwicklungsarbeiten gelegt worden sind. Die direkte Endlagerung vermeidet die Probleme der Wiederaufarbeitung, von denen ich eben gesprochen habe. Andererseits bedeutet sie aber die Langzeitdeponie stark plutoniumhaltiger Abfälle in Salzstöcken oder in anderen geologischen Formationen. Die Landesregierung ist überzeugt, daß diese Abfälle prinzipiell sicher gelagert werden können. Man muß sehen, daß sie ihre Giftigkeit wesentlich länger behalten als ein Endlager nach Wiederaufarbeitung.

Auch wenn die entsorgungstechnischen Vorteile der Wiederaufarbeitung deshalb nicht gering geschätzt werden sollen, läßt sich doch feststellen, daß die Wiederaufarbeitung ihren eigentlichen Vorteil, ihre eigentliche wirtschaftliche Bedeutung erst im Verbund mit dem Schnellen Brüter erreicht. In der Tat erlaubt dieser Verbund eine 60fache Ausnutzung des Kernbrennstoffes, d. h. unter Verwendung von Wiederaufarbeitung und Brütertechnologie würde man mit einem Kilogramm atomaren Brennstoffes 60mal soviel Energie erzeugen können wie zur Zeit in unseren Leichtwasserreaktoren. Die Bundesrepublik Deutschland würde dadurch ihre Abhängigkeit vom Ausland wesentlich verringern können. Dies darf nicht gering erachtet werden in der langfristigen Perspektive einer Welt, in der ein erbitterter Kampf um knappe Energievorräte zumindest nicht ausgeschlossen werden kann. Das ist aber eine Entscheidung, die ohnehin erst in Jahren und nach Erprobung des Schnellen Brüters in Kalkar getroffen werden kann. Es ist dies keine Entscheidung dieser Tage. Solange die Entscheidung über die Schnellen Brüter offen ist, besteht keine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, schon jetzt mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zu beginnen.

Dr. Albrecht

Diese Überlegung gewinnt besonderes Gewicht, wenn nun die Frage nach den politischen Voraussetzungen der Verwirklichung eines nuklearen Entsorgungszentrums gestellt wird. Es kann nicht bezweifelt werden – jeder von uns weiß es –, daß im Laufe der letzten Jahre in weiten Kreisen unserer Bevölkerung die Angst vor den Risiken kerntechnischer Anlagen gewachsen ist. Obwohl es gesetzlich möglich wäre – und dies aus gutem Grund; ich betone das: aus gutem Grund –, hält die Landesregierung es nicht für richtig, eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen, solange es nicht gelungen ist, breite Schichten der Bevölkerung von der Notwendigkeit und sicherheitstechnischen Vertretbarkeit der Anlage zu überzeugen. Im Gegensatz zu vielen anderen Entscheidungen geht es hier nicht um Interessengegensätze; es geht um die Bewertung gesundheitlicher Risiken. Ich meine, daß der Haltung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung deshalb eine besonderes Gewicht zukommt.

Ob es aber gelingt, die Bevölkerung zu überzeugen, wird nicht zuletzt davon abhängen, welche Haltung die Parteien selber einnehmen. Man kann von der Bevölkerung nicht erwarten, daß sie Vertrauen faßt in das Nukleare Entsorgungszentrum, wenn die politisch Verantwortlichen in diesem Punkt selber zerstritten sind. Genau dies ist aber zur Stunde der Fall. Namhafte Politiker, Landesverbände, Bezirksverbände und Arbeitsgemeinschaften von SPD und FDP haben sich bereits gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage ausgesprochen. Andere gehen noch weiter und wenden sich gegen Kernenergie schlechthin. Hier Klarheit zu schaffen, ist eine vorrangige politische Aufgabe und – ich betone dies noch einmal – die Voraussetzung dafür, daß überhaupt Überzeugung in der Bevölkerung geschaffen werden kann.

Die Niedersächsische Landesregierung kann und will der Bundesregierung keine energiepolitischen Entscheidungen aufzwingen. Es ist jedoch ihre Pflicht, die Bundesregierung darauf hinzuweisen, daß die politischen Voraussetzungen für die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage, zur Zeit wenigstens, nicht gegeben sind.

Ich komme damit zum Schluß: Obwohl ein Nukleares Entsorgungszentrum – ich habe das im einzelnen dargelegt – sicherheitstechnisch grundsätzlich realisierbar ist, empfiehlt die Niedersächsische Landesregierung der Bundesregierung, das Projekt der Wiederaufarbeitung nicht weiter zu verfolgen. Statt dessen sollte unverzüglich ein neues Entsorgungskonzept beschlossen werden, dessen Grundlinien wie folgt beschrieben werden können:

1. Sofortige Einrichtung inhärent sicherer Langzeitzwischenlager zur Entsorgung der Kernkraftwerke, d.h. von Zwischenlagern, die nicht ab-

hängig sind vom Funktionieren technischer Einrichtungen;

2. Vorantreiben der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur sicheren Endlagerung radioaktiven Abfalls;

3. Tiefbohrungen im Salzstock und bei positivem Ergebnis bergmännische Erschließung des Salzstockes in Gorleben, und falls die Bohrungen negativ ausfallen sollten, Erkundung anderer Endlagerstätten; denn Endlagerstätten brauchen wir;

4. Entscheidung über die zweckmäßigste Form der Behandlung und Endlagerung radioaktiven Abfalls erst dann, wenn Klarheit über die energiepolitische Zukunft besteht.

Meine Damen und Herren, dieses Konzept gestattet eine sichere Entsorgung. Es verbaut – das ist ein ganz wesentlicher Punkt – keinerlei Möglichkeiten für die Zukunft. Es beschränkt die Risiken, die mit der Entsorgung verbunden sind, auf ein Minimum. Je nachdem, ob sich die Bundesrepublik Deutschland in der Zukunft für Leichtwasserreaktoren, für den Hochtemperaturreaktor oder für den Schnellen Brüter entscheidet, kann die Frage der Wiederaufarbeitung neu aufgegriffen werden. Durch die Langzeitzwischenlagerung ist sichergestellt, daß atomarer Brennstoff nicht verloren geht.

Die Niedersächsische Landesregierung ist bereit, an der Verwirklichung eines solchen Konzeptes mitzuwirken. Konkret bedeutet dies die Bereitschaft, ein Langzeitzwischenlager einzurichten, schwach- und mittelaktive Abfälle nach Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren in niedersächsischen Salzstöcken endzulagern und die bergmännischen Erkundungsarbeiten zur Endlagerung hochaktiver Stoffe voranzutreiben. Wir wissen, daß ein Teil dieser Aufgaben, zum Beispiel die Errichtung von Langzeitzwischenlagern, auch von anderen Bundesländern übernommen werden kann. Die Landesregierung würde es für falsch halten, diese Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalen, aus der Pflicht zu entlassen. Wir sind uns aber bewußt, daß Niedersachsen aufgrund seiner geographischen Gegebenheiten hier besondere Verantwortung trägt, und wir werden uns dieser Verantwortung auch nicht entziehen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich diese Stellungnahme nicht leicht gemacht. Wir tragen Mitverantwortung – das gilt auch für den Landtag insgesamt – für die ausreichende und lückenlose Versorgung unserer Bevölkerung mit Energie, wir tragen Verantwortung für die Gesundheit unserer Menschen, wir tragen Verantwortung für den inneren Frieden in unserem Lande. Es ist nicht immer leicht, diese drei Anforderungen unter einen Hut zu bringen. Ich

bin aber überzeugt, daß wir jetzt auf dem richtigen Wege sind, und ich bitte dafür um Unterstützung durch den Niedersächsischen Landtag.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Beratung fort mit der Begründung des Entschließungsantrages der SPD-Fraktion und einer Stellungnahme der SPD-Fraktion durch ihren Vorsitzenden, den Abgeordneten Ravens. Der nächste Sprecher ist dann der Vorsitzende der CDU-Fraktion. – Herr Abgeordneter Ravens, Sie haben das Wort.

Ravens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in den vergangenen Wochen in sehr sorgfältigen Beratungen ihre Haltung zu der in Gorleben geplanten Wiederaufarbeitungsanlage und zur dort geplanten Endlagerung festgelegt. Für uns und für viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland waren das Gorleben-Hearing und der Reaktorunfall von Harrisburg zwei Ereignisse, die zum Nachdenken zwingen. Der Reaktorunfall von Harrisburg hat Begriffe wie „Restrisiko“ und „statistische Unfallwahrscheinlichkeit“ aus ihrer theoretischen Ferne in die greifbare Wirklichkeit gezogen. Das Gorleben-Symposium hat die heute noch vorhandenen Risiken der Wiederaufarbeitungstechnologie bloßgelegt. Harrisburg und das Gorleben-Symposium haben uns noch einmal nachdrücklich an unsere Verantwortung für die Sicherheit im Umgang mit der Nukleartechnik erinnert.

Vor diesem Hintergrund weitgehender Verantwortung sollten wir der Versuchung widerstehen, bei aller notwendigen Klarstellung gegensätzlicher Standpunkte den parteipolitischen Schlagstock zu schwingen. Die Sache und vor allem das, was in der Bevölkerung an Sorgen, an Erwartungen und Ängsten dahintersteht, vertragen das nicht. Und so gehe ich davon aus, daß Ausdrücke wie „doppelbödiges Politik“ in der Kernenergie, die man persönlich als „Skandal“ empfindet, mehr der Hitze des schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampfes zuzuschreiben sind als kühler und sachlicher Überlegung.

(Oh! und Widerspruch bei der CDU. – Starker Beifall bei der SPD.)

Die Entscheidung über den Bau eines Nuklearen Entsorgungszentrums in Gorleben hat nicht nur sicherheitstechnische, nicht nur energiepolitische, nicht nur ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Mit rein objektiven wissenschaftlichen Kriterien wird man der Gesamtproblematik des Projekts heute nicht mehr ge-

recht. Gorleben ist heute nicht mehr nur eine Sachentscheidung. Die Entscheidung für oder gegen Gorleben hat darüber hinaus eine zutiefst geistig-politische Dimension. Und genauso wird das auch von den Bürgern gesehen. Wir alle haben das im Verlaufe der zurückliegenden zwei Jahre ja fast täglich erlebt. Sofort nachdem die Landesregierung am 22. Februar 1977 Gorleben als vorläufigen Standort eines Nuklearen Entsorgungszentrums bestimmt hatte, regte sich erster Widerspruch. Bürgerinitiativen, Kirchen, weite Teile der örtlichen Bevölkerung, sehr viele Landwirte kündigten ihren Widerstand an, und den bisherigen Höhepunkt hatte diese Protestbewegung mit dem großen Treck von Lüchow-Danenberg nach Hannover und der Abschlußkundgebung am 31. März in der Landeshauptstadt.

Wir Sozialdemokraten haben diesen Protest immer ernst genommen, nicht zuletzt weil wir das Recht auf friedliche Demonstration und freie Meinungsäußerung ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Und mit Genugtuung haben wir festgestellt, daß es militanten Gruppierungen nicht gelungen ist, dem Demonstrationszug ihren Stempel aufzudrücken.

(Erneut Beifall bei der SPD.)

Aber gerade deshalb, so meine ich, muß das, was hier von einem Teil der Bevölkerung an Besorgnissen und Ängsten vorgebracht worden ist, mit in unsere Willensbildung einfließen. Das hat nichts mit politischem Opportunismus zu tun, sondern das entspringt dem Wesen unserer Demokratie. Das heißt nun nicht, daß wir Politiker unsere Entscheidungen von zufälligen Tagesstimmungen in der Wählerschaft abhängig machen.

(Na, na! bei der CDU.)

Wir hätten aber ganz entschieden unsere Aufgabe verfehlt, wenn wir tiefgreifende geistig-politische Grundströmungen in der Bevölkerung einfach ignorierten und eine Schärfung oder gar einen Wandel des öffentlichen Bewußtseins zu bestimmten Problemen nicht zur Kenntnis nähmen.

Ich unterstreiche hier noch einmal ausdrücklich den Satz, den der Bundeskanzler mir in unserem Gespräch am 24. April gesagt hat, nämlich daß der Reaktorunfall von Harrisburg und das Gorleben-Symposium zu einer neuen Runde vertieften Nachdenkens und gründlicher Diskussion führen müssen. Meine Damen und Herren, eine Entscheidung mit der Brechstange kann und darf es in einer so lebenswichtigen Frage nicht geben. Wer das versuchen wollte, muß wissen, daß dies zu schweren innenpolitischen Erschütterungen, wenn nicht gar zur innenpolitischen Spaltung

Ravens

führen könnte. Wir wollen eine solche Entwicklung nicht. Unsere Aufgabe als Politiker besteht darin, die Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie auch in Zukunft unvoreingenommen rational und sachlich zu führen, deren Risiken weder zu verniedlichen noch zu dramatisieren.

Das Gorleben-Symposium Ende März/Anfang April war nach unserer Auffassung ein richtiger Schritt in die richtige Richtung zur Vorbereitung einer sachbezogenen Entscheidung. Dieses Hearing war wichtig, und es war nützlich. Das will ich gern auch als Oppositionssprecher hier zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der SPD.)

Für die SPD-Landtagsfraktion war das Symposium jedenfalls eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Wir hätten es allerdings begrüßt, wenn uns die Landesregierung auch die schriftlichen Stellungnahmen der am Symposium beteiligten Kritiker zur Verfügung gestellt hätte. Dies ist – aus welchen Gründen auch immer – nicht geschehen. Ein solches Gutachten hätte uns die Arbeit mit Sicherheit erleichtert.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich ihre Entscheidung zum Bau des geplanten Nuklearen Entsorgungszentrums nicht leicht gemacht, und sie hatte dabei zu berücksichtigen, daß sowohl in der sozialdemokratischen Partei als auch in der Landtagsfraktion die Frage der Kernenergie und der nuklearen Entsorgung unter recht verschiedenen Aspekten und zum Teil auch kontrovers diskutiert wird. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, daß in einer so bedeutsamen Frage die unterschiedlichen Standpunkte angesprochen und ausdiskutiert werden, und ich bin stolz darauf, daß meine Partei hierfür ein Forum bietet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich sage ganz offen: Für mich wäre es unerträglich, einer politischen Partei oder einer Fraktion anzugehören, die bei einem so lebenswichtigen Problem nicht in der Lage ist, sich zu einer eigenen selbständigen Entscheidung durchzurufen,

(Beifall bei der SPD)

die geduldig darauf wartet, bis ihre Führungsspitze eine Entscheidung getroffen hat und sie ihr verkündet.

(Starker Beifall bei der SPD. – Döring [CDU]: Das ist nicht wahr!)

Eine Partei, eine Fraktion, die so mit sich verfahren läßt, die sich so ihr Denken von oben vorschreiben ließe, hat sich als eigenständige Kraft selbst aufgegeben.

(Erneut lebhafter Beifall bei der SPD.)

Die SPD-Landtagsfraktion hat über den vorliegenden Entschließungsantrag lange, sorgfältig und intensiv beraten, und sie hat ihn am Ende einstimmig ohne jede Stimmenthaltung beschlossen. Dies ist bei einem so komplexen Thema durchaus keine Selbstverständlichkeit, und ich meine, ich darf das an dieser Stelle einmal hervorheben.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben unsere Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen getroffen in Abstimmung mit unseren politischen Freunden in der Bundesregierung und vor allem unbeeindruckt von den Pressionsversuchen des Ministerpräsidenten.

(Widerspruch bei der CDU.)

Der Ministerpräsident hat ja mehr als einmal erklärt, das vorgelegte Konzept werde von ihm nicht genehmigt, wenn die niedersächsische Opposition die Entscheidung nicht mittrage. Wir haben uns davon nicht beirren lassen. Uns war klar, daß damit nicht mehr die Landesregierung, sondern die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag in einer für unser Volk lebenswichtigen Frage die politischen Weichen zu stellen hatte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Uns sollte hier gewissermaßen ein Schwarzer Peter zugeschoben werden. Es war keiner.

Meine Damen und Herren! Nach unserer Auffassung hat das Gorleben-Symposium gezeigt, daß eine positive Entscheidung über die grundsätzliche Realisierbarkeit eines integrierten Entsorgungszentrums in Gorleben nach dem jetzigen Stand der Erkenntnisse nicht getroffen werden kann. Wir fordern die Landesregierung auf, den von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) beim Niedersächsischen Sozialminister zur Genehmigung eingereichten Antrag für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben aus Sicherheitsgründen abzulehnen. Im Symposium haben Kritiker und Befürworter die Schwächen der geplanten Anlage aufgezeigt. Für uns gilt: Die Sicherheit der Bevölkerung und der dort tätigen Arbeitnehmer ist die entscheidende Hürde bei der Genehmigung einer solchen Anlage. Da nach unserer Ansicht diese Sicherheit nicht gewährleistet ist, kann es für uns nur eine Konsequenz geben, nämlich die Ablehnung des Antrages.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Dies löst man nicht dadurch, daß man der Bundesregierung empfiehlt, einen Antrag zurückzunehmen. Sie, Herr Ministerpräsident, sind Genehmigungsbehörde. Sie haben in der Sache zu entscheiden. Diese Entscheidung können Sie nicht von sich wegdrücken.

(Beifall bei der SPD. – Brandes [CDU]:

Entschuldigung, Herr Ravens — — — Drape [CDU]: Sie stellen doch die Weichen!)

Das Gorleben-Hearing hat gezeigt — hier stimmen wir wieder überein —, daß wir durch die neuen Möglichkeiten langfristiger und in sich sicherer Zwischenlagerung mehr Zeit für Entscheidungen haben, als wir bisher angenommen haben. Diese Zeit darf nicht vertan werden. Wir meinen, daß es zuerst notwendig ist, den von der Landesregierung vorgeschlagenen Standort Gorleben auf seine Eignung sorgfältig zu untersuchen.

(Zuruf von der CDU: Das ist ganz neu!)

Die Bürger dieses Raumes haben ein Anrecht darauf.

(Zuruf von der CDU: Auch das ist neu!)

In Ihrer Stellungnahme, Herr Ministerpräsident, ist von einer solchen Untersuchung überhaupt nicht die Rede.

(Widerspruch bei der CDU.)

Für Sie steht der Standort fest — lesen Sie doch bitte einmal sorgfältig die Erklärung —, wenn der Salzstock geeignet ist.

(Drape [CDU]: Nein, nein!)

Nach unserer Auffassung müssen sowohl die regionalwirtschaftlichen als auch die geologischen und hydrogeologischen Untersuchungen durchgeführt werden. Ebenso wichtig ist die Prüfung der ökologischen und radioökologischen Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, auf Wasser und Luft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Nur wenn rechtzeitig mit diesen Untersuchungen begonnen werden kann, nur wenn diese Untersuchungen nicht überhastet vor einer Entscheidung über die Entsorgung durchgeführt werden müssen, bleiben wir vor der Bevölkerung glaubwürdig. Diese standortbezogenen Untersuchungen sind für uns ein wichtiger Schritt. Wir legen Wert darauf, daß eine unabhängige Gutachtertätigkeit von der Landesregierung sichergestellt wird. Ich will aber auch das nicht verschweigen: Diese Untersuchungen können auch zu dem Ergebnis führen, daß der Raum Lüchow-Dannenberg für eine Entsorgung nicht geeignet ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hat wiederholt erklärt, daß vor jeder weitergehenden Entscheidung über die Entsorgung erst feststehen muß, ob der Salzstock in Gorleben überhaupt für die Einlagerung von Atommüll geeignet ist. Sollte sich der Salzstock für die Aufnahme von Atommüll nicht eignen, dann müssen wir für diesen Standort alle weitergehenden Überlegungen einstellen.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb sind Sozialdemokraten schon seit langem für Tiefbohrungen und bergmännische Erschließung eingetreten; denn erst die bergmännische Erschließung gibt uns Gewißheit über die Eignung des Salzstocks für die Lagerung radioaktiven Abfalls.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben sich lange gegen diese Einsicht gesträubt.

(Lachen bei der CDU.)

Sie haben es zwischenzeitlich doch schon einmal für möglich angesehen, mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage zu beginnen, bevor die Eignung des Salzstockes feststeht. Wir freuen uns, daß Sie nunmehr unsere Auffassung teilen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU: Das ist ja blamabel!)

Ich will in Erinnerung rufen: In unserem Wahlprogramm 1978 hieß es:

„Endgültigen Aufschluß über die Eignung der Salzstöcke zur Lagerung von Atommüll können nur Probebohrungen ergeben. Deshalb sind unverzüglich diese Probebohrungen durchzuführen und nicht aus wahltaktischen Gründen hinauszuzögern.“

Dies war für die Bevölkerung dort weiß Gott keine populäre Haltung. Wir haben sie aus der Notwendigkeit, aus unserer Einsicht heraus immer wieder unterstrichen; wir haben dazu gestanden.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Parallel zur Erkundung des Salzstockes müssen Forschung und Entwicklung so vorangetrieben werden, daß die während des Gorleben-Symposiums skizzierte Möglichkeit einer längerfristigen in sich sicheren Zwischenlagerung von Brennelementen beschleunigt wird, und es muß wissenschaftlich geklärt werden, welche Bearbeitungsarten und welche Bearbeitungsformen für eine sichere Endlagerung möglich und technisch zu realisieren sind. Nach unserer Vorstellung muß dabei der Entwicklung einer Technologie zur Bearbeitung abgebrannter Brennelemente zum Zwecke der Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden; denn bisher liegen ausreichende Ergebnisse dafür nicht vor. Wir meinen: Nur so gewinnen wir wieder Entscheidungsspielraum. Wir wollen zwischen den vorstellbaren Arten der Behandlung von Brennstäben nebeneinander entscheiden können, um so ein Höchstmaß an Sicherheit zu erreichen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird sich, weil sie dies als richtigen Weg erkannt hat, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Wegen dafür einsetzen, daß diese Forschungs- und Entwicklungsarbeiten vorangebracht werden. Wir

Ravens

fordern die Landesregierung auf, ein Gleiches zu tun.

Es gibt einen weiteren Grund für uns, diese Entscheidungsspielräume neu zu eröffnen. Der Deutsche Bundestag hat eine Enquete-Kommission im Zusammenhang mit den Fragen des „Schnellen Brütens“ eingesetzt. Er hat sich ausdrücklich sowohl die Entscheidung über die Betriebsgenehmigung des Versuchsreaktors „Schneller Brüter“ in Kalkar als auch die Entscheidung über die kommerzielle Nutzung der Brütertechnologie vorbehalten. Wir wollen verhindern, daß der Deutsche Bundestag durch ein voreiliges Ja zur Wiederaufarbeitung in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt wird.

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt unseres Entschließungsantrages hinweisen, der uns nach unserem heutigen Wissensstand wichtig erscheint. Welche Art der Behandlung von Brennelementen sich auch endgültig als die sicherste erweisen wird, wir vertreten die Auffassung, daß die Behandlung von Brennstäben – in welcher Form auch immer – und die Endlagerung an einem Ort geschehen sollten. Ein Abweichen von diesem Konzept bedeutet nach unserem jetzigen Stand der Erkenntnisse eine Ausweitung des Risikos durch zusätzliche Transporte. Wir wollen eine Minimierung des Risikos.

Alle, die die Entscheidung zu treffen haben, alle die der Bevölkerung unseres Landes sagen müssen, wie sie es denn mit der nuklearen Entsorgung halten, haben Zeit gewonnen – aber nicht Zeit, um die Hände in den Schoß zu legen, sondern mehr Zeit für mehr Sicherheit.

Wir müssen uns über eines im klaren sein: Wir haben nicht Zeit gewonnen, um die Lösung der nuklearen Entsorgungsprobleme einer zukünftigen Generation zu überlassen. Unsere Generation hat die Entscheidung über die friedliche Nutzung der Kernenergie getroffen. Unsere Generation hat damit die Entstehung der Probleme, vor denen wir heute stehen, verursacht, und unsere Generation hat damit auch die Pflicht übernommen, die sichere Entsorgung der vorhandenen Kernkraftwerke zu ermöglichen. Alles andere wäre verantwortungslos vor den nachwachsenden Generationen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Unleugbar hat diese, wie wir meinen, sorgfältig und mit viel Zeitaufwand herausgearbeitete Position der SPD-Landtagsfraktion Konsequenzen für einen weiteren Ausbau der Kernenergie in unserem Land. Aber ich will sagen: Unsere Entscheidung ist kein Alibi für die Forderung nach einem sofortigen Abschalten aller Kernkraftwerke, und sie ist auch kein Alibi für einen zügellosen Ausbau von Kernenergie. Unsere Entscheidung ist eine Aufforderung, das Energieprogramm der

Bundesregierung auch in der Elektrizitätswirtschaft endlich ernst zu nehmen. Das heißt: Für die Stromerzeugung haben Kohle oder andere heimische Energieträger Vorrang.

(Beifall bei der SPD.)

Wir halten damit fest an unseren Aussagen im Landeswahlprogramm 78. Wir müssen unsere energiepolitischen Vorstellungen nicht korrigieren.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich unsere Stellungnahme zum Bau eines Integrierten Entsorgungszentrums zusammenfassen: Erstens. Der DWK-Antrag auf Errichtung eines Integrierten Entsorgungszentrums ist aus Sicherheitsgründen abzulehnen.

Zweitens. Genaue Standortuntersuchungen müssen in Gorleben vorgenommen werden, um die grundsätzliche Eignung des Raumes für die Entsorgung festzustellen.

Drittens. Es ist keine weitergehende Entscheidung zu treffen, bevor die Eignung des Salzstocks durch bergmännische Erschließung nicht sicher erwiesen ist.

Viertens. Die Entwicklung neuer, in sich sicherer Zwischenlager für die längerfristige Lagerung von abgebrannten Brennelementen ist voranzutreiben.

Fünftens. Zu der vorgeschlagenen Wiederaufarbeitungsanlage sind Alternativen zu erforschen und zu entwickeln, die eine Lagerung ohne Wiederaufarbeitung ermöglichen.

Sechstens. Keine Bauinvestitionen für die Entsorgung, bevor nicht die Endlagerfähigkeit des Salzstocks feststeht.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist sich der Bedeutung ihrer Entscheidung bewußt. Wir haben mit großer Sorgfalt geprüft. Wir haben die Konsequenzen unserer Entscheidung sorgfältig bedacht. Es freut uns, daß sich die Landesregierung, wenn auch mit anderer Bewertung, unseren Schlußfolgerungen weitgehend angeschlossen hat.

(Lachen bei der CDU. – Jahn [CDU]: Das ist der reinste Hohn!)

Wir meinen: Wenn es um die Sicherheit der Bürger geht, darf es keine Konzessionen geben!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Es spricht nun der Vorsitzende der CDU-Fraktion, der Kollege Brandes. Ihm folgt als nächster der Kollege Bruns (Emden). Herr Kollege Brandes, Sie haben das Wort.

Brandes (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich die Worte von Herrn Ravens richtig verstanden habe, dann scheint in der Tat in manchen Dingen in diesem Hause ein beinahe nicht verständlicher Dissens zu bestehen. Was mich angeht, so habe ich gestern noch einmal all die Zeitungsausschnitte durchgeblättert, aus denen hervorgeht, daß die Bundesregierung und andere mit mehr oder weniger harten, zum Teil der Bermannssprache entnommenen Ausdrücken versucht haben, den Niedersächsischen Ministerpräsidenten zu voreiligen Entscheidungen der Art zu drängen, wie Sie, Herr Ravens, sie eben für unzulässig erklärt haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Jahn [CDU]: Genau!)

Niemals hat der Niedersächsische Ministerpräsident erklärt, daß er keine Tiefbohrungen wolle, und niemals hat er an irgendeiner Stelle erklärt, daß er ohne Prüfung der Geeignetheit eine Wiederaufarbeitungsanlage genehmigen wolle. Von wem das gesagt worden sein soll, bedürfte sorgfältiger Klärung; jedenfalls nicht vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten. Daß derartige Zumutungen an uns gestellt worden sind, ist richtig. Die Unterhaltung, die seinerzeit mit Herrn Matthöfer hier stattgefunden hat, ist uns im Gedächtnis geblieben und nicht in gutem Gedächtnis.

(Beifall bei der CDU.)

Der Standort Gorleben, den Sie eben wieder in Zweifel gezogen haben, ist der Standort, den die Bundesregierung festgelegt hat

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

und für den die Bundesregierung sich entschieden hat, nachdem die Niedersächsische Landesregierung diesen Standort nach vielem Drängen vorgeschlagen hat. So ist es und nicht anders.

Meine Damen und Herren, wir danken der Landesregierung dafür, daß sie sich die notwendige Zeit gelassen hat, um sorgfältig zu prüfen und ein Symposium durchzuführen — eine bisher einmalige Erscheinung auf diesem Gebiet —, das die Möglichkeiten eröffnet hat, nunmehr sachkundig über die Fragen zu entscheiden. Ich muß es mir versagen, Herr Ravens, auf technische Einzelheiten derart einzugehen, wie Sie sie hier vorgetragen haben, weil ich mich nicht fachkundig genug dafür fühle. Das Symposium, dessen schriftliche Ausarbeitung wir übrigens auch nicht haben, hat jedenfalls für diejenigen, die hören wollten, was die Betreffenden meinten, und nicht hören wollten, was sie selber meinten, hinreichend deutlich ergeben, daß der Ministerpräsident — ich kann nicht recht verstehen, wie Sie

das in Zweifel ziehen konnten — heute klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, wie die Landesregierung entschieden hat, was sie genehmigen wird und was sie nicht genehmigen wird. Das war, wenn ich das recht verstanden habe, der Inhalt der Regierungserklärung. Ich wüßte nicht, was die Regierungserklärung für einen anderen Inhalt gehabt hätte. Ich kann es deshalb nicht hinnehmen, daß Sie sagen, die Landesregierung sei an der Entscheidung vorbeigegangen.

(Zuruf von Krapp [CDU].)

Meine Damen und Herren, es geht heute hier nicht um den Reaktorbau und seine Gefahren. Die Versuchung, Harrisburg hier hineinzuspielen, ist natürlich groß. Ich will nur beiläufig bemerken, meine Damen und Herren: Es ist doch ein Teil der eigenartigen psychologischen Entwicklung in unserem Lande, daß Harrisburg, wo, soweit wir wissen, kein Mensch zu ernstem Schaden gekommen ist, bis heute eine immer wieder erneuerte Rolle bei allen möglichen Überlegungen konträrer Art spielt, während — nur als Beispiel gesagt — von den 300 Toten, die über Ostern im Straßenverkehr in Deutschland registriert worden sind, kein Mensch mehr spricht und die 6 000 Kinder, die in jedem Jahr durch Verkehrsunfälle entweder sterben oder schwer oder leicht verletzt werden, nur beiläufig in der Zeitung erwähnt werden.

Meine Damen und Herren, damit sei es genug zu dieser Frage, daß wir Reaktorfragen in eine Dimension des Denkens gebracht haben, die uns die Augen verschließen läßt vor der nächsten Not, die vor uns auf der Straße liegt und die unserer Hilfe bedarf. Ich sage das deshalb, weil ich der Meinung bin, daß gerade wir Parlamentarier gehalten sind, darauf zu achten, daß die Dimensionen des Denkens nicht ins Abartige abgleiten oder auch nicht in sektiererhafte Vorstellungen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wir haben uns allerdings mit der Frage der Notwendigkeit der Kernenergie zu beschäftigen; denn wenn wir keine Kernenergie brauchten, brauchten wir auch kein Entsorgungszentrum. Die Frage „Kernenergie ja oder nein“ bejahen wir, die Fraktion der CDU, einmütig, ausdrücklich und klar, auch in unserer Entschließung. Herr Ravens, Sie haben von gewissen Einstimmigkeiten in Ihrer Fraktion gesprochen. Ich will das nicht weiter vertiefen. Ich kenne aber die Vorabstimmungsergebnisse. Meine Damen und Herren, wir betrachten die Kernenergie — Herr Ravens, Sie haben diese Dimension angesprochen — auch als einen Teil des Schöpferauftrages. Wir betrachten es als einen Auftrag an uns Menschen, auch mit der Kernenergie zum Nutzen der Menschen und

Brandes

der Menschlichkeit umzugehen. Wir verkennen nicht, daß darin mehr liegt als nur eine technische Frage. Uns ist die Kernenergie vom Schöpfer gegeben worden, um mit ihr im Sinne des Schöpfers umzugehen. Von daher bejahen wir die Kernenergie als ein uns aufgegebenes Mittel der Menschlichkeit und für die Menschen.

(Bruns [Emden] [SPD]: Und die Atom-bombe desgleichen, Herr Brandes?)

— Ich habe ausdrücklich gesagt, wovon ich spreche, Herr Bruns. Sie können durch unsachliche Bemerkungen nicht den Ernst meiner Darlegungen irgendwie beeinträchtigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Betrachten wir die Kernenergie von daher, dann minimiert sich automatisch die Angst, die mit ihr verbunden ist. Nur dann, wenn man die Kernenergie als etwas außerhalb unseres Bereichs oder außerhalb des Bereichs unserer Religion hinstellt, kann man die daraus erzeugte Angst verstehen, die nicht nur aus dem Lebensrisiko geboren ist, das wir schlechthin alle tragen. Das ist eine Angst, bei der chthonische Geister eine ebenso große Rolle spielen wie die gemachte Furcht. Es ist in der Tat so, daß wir uns schuldig gemacht haben, soweit wir die Menschen in unserem Lande in den Glauben versetzt haben, es stehe eine unmittelbare Gefahr bevor, und eine solche Gefahr an die Wand gemalt haben, und zwar nicht nur im schleswig-holsteinischen Wahlkampf, Herr Ravens, sondern auch anderswo, obwohl wir alle wissen, daß die Dinge, die hier zur Entscheidung anstehen, Jahre, ja Jahrzehnte brauchen, um verwirklicht zu werden, und eine ständige technische Entwicklung damit Hand in Hand geht. Die Erzeuger dieser Angst haben der Frage, die uns beschäftigt, einen bösen Dienst erwiesen; sie haben aber auch der Zukunft, um die es vornehmlich geht, eine gefährliche Last aufgebürdet.

Wir stellen fest, daß wir nun anfangen, manche Dinge zu spüren, die wir nicht wahrhaben wollten. Die Benzinpreiserhöhung ist eine Angelegenheit, die man nicht herunterspielen oder heraufspielen soll. Das gilt auch für die Ölpreisentwicklung. Wenn wir in den nächsten Monaten feststellen werden, daß die Lebenshaltungskosten in Deutschland beträchtlich gestiegen sind, beträchtlicher als in anderen Ländern, dann werden wir zu hören bekommen, was die Bürger und Bürgerinnen von uns erwarten und was sie davon halten. Wir sollten diese Zeichen einer beginnenden Verknappung notwendiger Lebens-elemente nicht mißachten. Meine Damen und Herren, wenn sich die NATO bei ihrer Sitzung in Brüssel mit der Frage beschäftigt hat, wie es sich wohl auswirken würde, wenn die Sowjetunion demnächst am Ende ihrer Ölvorräte sei, dann ist das nur ein Hinweis darauf, wie problematisch

die Weltsituation zu werden beginnt und welche Dinge im Hintergrund stehen, an die zu denken wir uns scheuen.

Naturgemäß wird nach Auswegen gesucht, ohne daß die Gedanken darüber vertieft werden. Meine Damen und Herren, wenn das Wort Kohle fällt, dann kann ich nur unterstreichen, was in diesen Tagen auf einem Symposium in Westdeutschland gesagt worden ist. Wer ist denn in der Lage und bereit, einstweilen überhaupt nur darzustellen, was das Bepflanzen der Bundesrepublik mit Kohlekraftwerken dicht bei dicht für die Atmosphäre ausmachen würde! Wer ist denn überhaupt in der Lage zu entscheiden, wie sich unsere Städte verändern würden, wenn diese Kohleproduktion in Energie umgewandelt wird, wie es beiläufig immer gesagt wird! Meine Damen und Herren, seien wir doch einmal ehrlich: Alle E-Kraftwerke in der Bundesrepublik arbeiten gegenwärtig zu 52% mit dem Kraftstoff Kohle. So ist das. Es wird nur anders dargestellt, um von einigen entscheidenden Problemen wegzukommen.

Meine Damen und Herren, wenn wir erkennen müssen, daß sich die fossilen Brennstoffe ihrem Ende zuneigen — wer will das bestreiten, das bestreiten nicht einmal die Erzeugerländer —, werden wir uns wohl daran gewöhnen müssen, daß die Kohle der Hauptträger flüssiger Brennstoffe zu sein hat. Dementsprechend sind unsere Kohlevorräte nicht so unerschöpflich, daß wir sie in dieser wenig ausgenutzten Form verfeuern könnten, wie das von Ihnen leichthin vorgetragen wird. Wenn die Ölvorräte zunehmend ihrem Ende zugehen, werden wir die Kohle bitter nötig haben als Träger von flüssigem Brennstoff, den wir nicht entbehren können.

Meine Damen und Herren, wir kommen nicht daran vorbei, daß die Kernenergie aus diesen und aus anderen Gründen in der Zukunft ein wesentlicher Träger unserer Wirtschaft sein muß. Wir haben uns mit der Landesregierung durch das Symposium davon überzeugt, daß die Sicherheit der Endlagerung und der Zwischenlagerung, aber auch die Sicherheit einer Wiederaufbereitungsanlage gegeben ist. Diese Fragen wurden nicht nur dort bejaht, sondern auch an anderer Stelle. Ihre Darlegungen, sehr verehrter Herr Ravens, haben in Wahrheit von dem, was die verantwortlichen Wissenschaftler klargestellt haben, kein Wörtchen in Zweifel ziehen können. Voraussetzung ist allerdings, daß die Maßnahmen, die der Herr Ministerpräsident angekündigt hat und die technisch möglich sind, durchgeführt werden.

Wir verzichten gegenwärtig auf die Wiederaufbereitung, weil sie politisch nicht zu verkraften ist; denn wir können es nicht in Kauf nehmen, daß auf Grund dessen, was an Ungereimtheiten geschehen und gesagt worden ist, in Gorleben oder

anderswo womöglich ein bürgerkriegsähnlicher Zustand entsteht. Das können wir aus Gründen unserer Staatlichkeit nicht in Kauf nehmen. Wenn wir infolgedessen gegenwärtig auf die Wiederaufbereitungsanlage verzichten, dann fällt uns das leichter, als es zunächst schien, weil nunmehr feststeht, daß die unerlässlich notwendige sichere Verwahrung von Brennelementen auch in Zwischenlagern möglich ist. Wäre das nicht der Fall, dann müßte man andere Entscheidungen treffen. Nachdem sich aber erwiesen hat, daß die Brennelemente über Jahrzehnte oder noch länger sicher gelagert werden können, ist die Entsorgung unserer Kernkraftwerke – das ist für uns entscheidend – in der Zukunft sicher. Wir können uns auch deshalb leichter entschließen, diese Maßnahme gegenwärtig nicht zu treffen, weil es in Wahrheit kein klares Programm der Bundesregierung zur Reaktorpolitik gibt. Sollen es in Zukunft Leichtwasserreaktoren sein? Sollen es Hochdruckreaktoren sein? Oder sollen es Schnelle Brüter sein? Erst wenn das klar ist – darin stimmen wir dem Herrn Ministerpräsidenten zu –, kann man endgültig entscheiden, ob die Wiederaufbereitung sinnvoll ist oder ob sie nicht sinnvoll ist. Wir bezweifeln also nicht die sichere Möglichkeit einer Wiederaufbereitungsanlage. Wir halten die Wiederaufbereitungsanlage gegenwärtig nur aus politischen Gründen nicht für verkraftbar. Das bedeutet, dessen sind wir uns bewußt, meine Damen und Herren, daß das eintritt, was jener englische Gutachter bemerkt hat, der sich zu dieser Frage geäußert hat, daß nämlich unvorstellbar hohe Werte gelagert – zwischengelagert oder langfristig gelagert – werden und wir auf der anderen Seite erhebliche Kosten aufwenden müssen, um die Reaktoren in Gang zu halten. Volkswirtschaftlich hat das Seiten, die ich wohl nicht weiter zu verdeutlichen brauche. Wir sammeln gewissermaßen, wenn Sie so wollen, Plutonium in soundso viel Metern Tiefe an und kaufen andererseits den notwendigen Brennstoff teuer ein.

Ich glaube, Herr Ravens – Sie haben seinerzeit bei der Verabschiedung des Konzeptes der Bundesregierung noch als Bundesminister mitgewirkt –, daß der Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Nichtnutzbarkeit dieser Werte bei der Verabschiedung dieses Programms eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat und ziemlich sicher auch in Zukunft wieder eine Rolle spielen wird. Dies zumal dann, wenn die Einfuhr verknappt wird oder wenn wir in Hinblick auf die Uraneinfuhr außenpolitischem Druck ausgesetzt werden. Alles dies sollten wir nicht übersehen und nicht gleich beiseite schieben.

Es steht fest, daß wir bis zum Jahr 2000 etwa eine Verdoppelung des Energiebedarfs haben werden. Das ist brauchbar errechnet und dabei ist nur ein Zuwachs des Sozialproduktes von

2,5% zugrunde gelegt. Daß wir mit 2,5% Zuwachs auf die Dauer nicht auskommen werden, scheint nicht streitig sein zu dürfen, also wird der Energiebedarf wahrscheinlich noch höher sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen an dieser Stelle ganz deutlich machen, daß dieser wachsende Energiebedarf auch Wachstum bei der Zahl der Arbeitsplätze bedeutet. Diejenigen, die ihre Zweifel noch beiseite schieben können, sollten das alsbald tun im Hinblick auf die Schaffung dieser weiteren Arbeitsplätze.

Wir haben in diesen Tagen wieder eine leidenschaftliche Auseinandersetzung über die Entwicklungshilfe erlebt; wir haben gegenteilige Meinungen im Bundeskabinett gehört, wir haben aber auch gegenteilige Meinungen zwischen Ost und West gehört und gestern in einer Rede des FDP-Vorsitzenden harte Vorwürfe gegen den Osten, die berechtigt sind. Meine Damen und Herren, wenn wir unsere Menschheitsaufgabe – so will ich das einmal nennen – auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe vervollkommen wollen und wenn wir wirklich ernsthaft aus den Rohstofflieferanten Völker machen wollen, die an den Lebensgütern des Westens teilhaben, dann brauchen wir dieses Wachstum an Energie, um überhaupt unseren Beitrag so leisten zu können, wie wir das möchten und wie das notwendig ist.

Wir können nicht auf der einen Seite sagen, wir möchten die Leistungen an Drittvölker oder Entwicklungsländer wesentlich erhöhen, und uns auf der anderen Seite selber die Möglichkeit abschneiden, das Notwendige in unserem eigenen Lande zu tun, um die Energiequellen zu haben, die wir dafür benötigen. Das sollten gerade diejenigen beachten, die leicht mit der Zunge in Wohltätigkeit machen, aber nicht daran denken, daß alles, was gegeben wird, irgendwie erarbeitet werden muß und daß dazu Energie gehört.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sind jedenfalls bereit, entsprechend zu handeln.

Lassen Sie mich, Herr Ravens, noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der mir unter der Überschrift „Sicherheit“ auch anders bedeutsam ist als Ihnen, als Sie vorhin von der Sicherheit sprachen. Das, was Sie erwähnt haben, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, das haben wir eh und je vorausgesetzt, daß nämlich die Sicherheit allem anderen vorzugehen hat. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Die Gutachten, die Sie gefordert haben, sind zum Teil schon in Auftrag gegeben; das hat in allen Zeitungen gestanden. Wir werden der Sicherheit den Vorrang lassen, den sie haben muß.

Aber haben Sie auch einmal bedacht, daß dann, wenn wir die Energielücke, die bis zum Jahre 2000 entstehen wird, nicht zu schließen vermö-

Brandes

gen, bei uns eine andere Frage der inneren Sicherheit entstehen kann, ob nicht dann, wenn wir der kommenden Generation nicht das bieten, worauf sie Anspruch hat, Entwicklungen möglich sind – lassen Sie mich damit nicht weiter in die Vergangenheit gehen –, die in der Tat eine Gefährdung der inneren Sicherheit auf ganz andere Weise darstellen?

(Beifall bei der CDU.)

Sind wir nicht gehalten, dem vorzubeugen, daß eine ganze Generation demnächst womöglich vor der Frage steht: „Wo ist mein Arbeitsplatz, wo soll ich mich hinwenden, wie soll ich mich nützlich machen? Diese Generation“ – die wir sind – „hat versäumt, für die Zukunft so zu sorgen, daß nicht aus Mangel an Energie noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen.“ Diese Frage der Sicherheit der Menschen, diese Frage der Sicherheit vor Unwilligkeit – so fängt es an, mit Staatsverdrossenheit setzt es sich fort und im Ergebnis steht dann der Radikalismus vor der Tür – sollten sich auch diejenigen vorlegen, die meinen, wir könnten die Dinge allzu lange vor uns herschieben.

Wir befinden uns nun in der Notwendigkeit, uns am Beispiel von England und Frankreich, die ja diese Wiederaufarbeitungszentren haben und davon Gebrauch machen, zu überzeugen, Herr Ravens, daß es geht, daß es gefahrlos geht und daß man es betreiben kann. Das ist nicht sehr schmuck, und es besteht vor allen Dingen die Gefahr, daß dabei auch eine ganze Menge Märkte verloren gehen; wenn unsere Nachbarländer wesentlich weiter sind als wir. Wir betreiben selber in Karlsruhe einen kleinen Versuch, den wir weiter beobachten werden. Wir werden uns nach wenigen Jahren an den Beispielen Englands und Frankreichs – ich erwähne die östliche Seite bewußt nicht, weil wir nicht übersehen können, welche Sicherheitsmaßstäbe dort angelegt werden, – – – Wir befinden uns in der Notwendigkeit, uns zu überzeugen, daß wir in ähnlicher Weise verfahren müssen, nämlich wiederaufarbeiten müssen in irgendeiner technisch sicheren Weise – das gebe ich Ihnen zu –, um uns nicht aus dem Weltmarkt auszuschließen und um unsere eigenen Aufgaben innerhalb Deutschlands und außerhalb Deutschlands erfüllen zu können.

Herr Ravens, Sie haben sich vorhin fast dessen gerühmt, daß Sie bzw. die SPD-Fraktion in demokratischer Abstimmung – es gab allerdings Meinungen, daß Sie, verehrter Herr Ravens, Ihre Meinung schon vorweg so laut bekanntgegeben hätten, daß keine große Wahl mehr war, so stand es in den Zeitungen, aber das ist nicht unser Bier –

(Beifall bei der CDU)

es erreicht hätten, daß gegenwärtig nunmehr

keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gebaut werde. Sie wird in der Tat nicht gebaut, weil ein solcher Bau nur von einer breiten Mehrheit getragen werden kann, was auch deshalb notwendig ist, um Bürger und Bürgerinnen hinreichend aufzuklären und um nicht Radikalismus im Hintergrunde eine Gelegenheit zu geben, sich unter großen Massen zu verbergen und Unheil anzurichten.

Der Herr Bundeskanzler, Ihnen ja von Person und Sache bekannt,

(Bosse [SPD]: Ihnen nicht?)

– nein – Helmut Schmidt –

(Heiterkeit)

hat heute morgen über alle Sender eindeutig und klar erklärt, es könne in der Bundesrepublik Deutschland auf Wiederaufbereitung nicht verzichtet werden; und da sagen Sie uns hier etwas von einem Standpunkt der SPD! Meine Damen und Herren, nach dieser Erklärung des Herrn Bundeskanzlers und nach dem, was Sie, Herr Ravens, heute morgen hier gesagt haben, scheint mir, um im Sprachgebrauch des heutigen Tages zu bleiben, die Frage der Wiederaufbereitung eine Frage der Wiederaufbereitung der SPD-Fraktion dieses Landtages zu sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Abgeordneter Bruns (Emden), jetzt erteile ich Ihnen das Wort. Ihnen folgt Herr Kollege Grill.

Bruns (Emden) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Brandes, hat gemeint, es sei richtig, zu Beginn seiner Ausführungen zu diesem doch wirklich wichtigen Thema noch ein paar parteipolitische Häkeleien einzuführen.

(Zurufe von der CDU: Er hat reagiert auf Herrn Ravens!)

– Und jetzt reagiere ich, Herr Brandes! – Ich würde darauf nicht eingehen, wenn Sie gerade bei diesen Bemerkungen, die bei Ihnen offensichtlich zunächst nicht vorgesehen waren, nicht hätten deutlich werden lassen, daß Sie in ganz zentralen Fragen dessen, was wir hier beraten, als Vorsitzender der Mehrheitsfraktion nicht informiert sind.

(Starker Beifall bei der SPD.)

Wenn sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion allen Ernstes hier hinstellt und sagt, der Standort Gorleben sei nicht von der Landesregierung, sondern von der Bundesregierung vorgeschlagen worden,

(Lauter Widerspruch bei der CDU. – Zurufe von der CDU: Das hat er gar nicht gesagt!)

dann zeigt das das ganze Ausmaß seiner Inkompetenz.

(Starker Beifall bei der SPD, anhaltende Unruhe bei der CDU.)

– Es ist doch eigenartig, immer wenn ich rede, wird die CDU nervös.

(Jahn [CDU]: Wenn Sie die Unwahrheit sagen! – Dr. Blanke [CDU]: Wenn Sie falsch vortragen, Herr Bruns, dann werden wir nervös! Er hat ausdrücklich gesagt – –)

– Ich glaube, es gibt hier genug Zuhörer und Zuschauer, die selber gehört und gesehen haben, was hier vorgetragen wurde.

(Brandes [CDU]: Lesen Sie das mal im Protokoll nach!)

Wenn Herr Brandes hier vorgetragen hat,

(Jahn [CDU]: Das wird noch zurückgenommen, darüber werden wir noch reden! – Weiterer Zuruf von der CDU: Er hat noch nie zuhören können!)

daß die mögliche Trennung zwischen Endlagerung und Wiederaufarbeitung nicht von dem Ministerpräsidenten begründet worden ist, dann weise ich darauf hin, daß ich Augenzeuge war, denn ich habe es gehört, als er das im Fernsehen vorgetragen hat.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe einen Zwischenruf gemacht bei Ihrer Rede, Herr Brandes,

(Brandes [CDU]: Leider! – Dr. Blanke [CDU]: Der war nicht gut!)

der unter Umständen mißverständlich war. Ich will ihn begründen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie in einer theologischen Begründung gemeint, daß wir die Kerntechnologie deshalb auch anwenden könnten, weil sie der von Gott gegebenen Kreativität und Fähigkeit der Menschen entspringe.

(Brandes [CDU]: Ich habe „Kernenergie“ gesagt!)

– Kernenergie ist dann wohl die Folge der Kerntechnologie. Es geht hier nicht ums Wort. Ich glaube nicht, Herr Brandes, daß Sie in irgendeiner ernstzunehmenden theologischen Schule für eine solche Meinung Hilfe bekommen werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Nur so, meine Damen und Herren, ist mein Zwischenruf mit der Atombombe zu verstehen;

(Brandes [CDU]: Herr Bruns, für meine theologische Meinung brauche ich keine Schule!)

denn auch die Technologie der Atombombe entspringt der Kreativität und der Leistungsfähig-

keit des menschlichen Geistes und ist trotzdem eine zutiefst sittlich verwerfbare Technologie.

(Anhaltender, starker Beifall bei der SPD.)

Wir sollten uns darauf verständigen, Herr Brandes, und dann wollen wir es wieder ein bißchen ruhiger angehen lassen, und ich glaube, im Grunde besteht darüber auch Konsens, daß es eine ernstzunehmende Frage ist, ob wir Menschen heute noch wirklich alles dürfen, was wir können. Ich sage nein.

(Anhaltender, starker Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, der Niedersächsische Landtag befaßt sich heute mit einer Entscheidung, die ihm nach der Verfassungslage in der Bundesrepublik, nach seiner politischen Kompetenz und auch nach seinen Arbeitsmöglichkeiten eigentlich nicht zukommt. Die Entscheidung über den Bau der größten integrierten nuklearen Entsorgungsanlage der ganzen Welt, das Ja zu Gorleben, oder auch dessen Verweigerung, beeinflußt ja nicht nur die energiewirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik, sondern wir alle wissen, daß sie darüber hinaus Folgen für die friedliche Nutzung der Atomenergie in der ganzen Welt haben wird. Wenn nun praktisch – wenn ich auch zugebe, nicht formell – dieses Landesparlament in die Rolle des Entscheidungsgremiums hineingeraten ist, dann liegt das daran, daß der Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht, und ich habe dafür ein gewisses Verständnis, den ihm von der Verfassung aufgegebenen Auftrag nicht uneingeschränkt annehmen wollte. Er hat die Vorteile der Regierung nutzen, aber das politische Risiko, das mit der Verantwortung des Regierens verbunden ist, nicht allein übernehmen wollen.

(Unruhe bei der CDU. – Beifall bei der SPD.)

Die verfassungsrechtliche Verteilung der Verantwortung zwischen Bund und Land ist einfach darzustellen:

(Brandes [CDU]: Das ist einfach nicht würdig, was Sie hier machen!)

Die DWK hat nach entsprechenden Beschlüssen des Bundestages und der Bundesregierung einen Antrag auf Errichtung eines Nuklearen Entsorgungszentrums gestellt. Die Landesregierung hat als Genehmigungsbehörde die Aufgabe, festzustellen, ob die Technologie einer solchen Nuklearfabrik den Sicherheitsanforderungen entspricht oder nicht. Das war die Aufgabe der Landesregierung, nicht mehr und auch nicht weniger, meine Damen und Herren. Dem Ministerpräsidenten war eine solche Entscheidung, was ich auch verstehe, politisch zu unangenehm, und Herr Brandes hat das in anderen Worten ja dauernd wiederholt, was ich hier vortrage.

(Brandes [CDU]: Nein, nein, da muß ich mich wehren!)

Bruns (Emden)

Er versucht statt dessen für seine politische Position ein politisches Auffangnetz zu erhalten, das dann ausgerechnet die SPD-Landtagsfraktion, die Opposition, ihm knüpfen sollte. Meine Damen und Herren, wie anders soll man die ständigen Erklärungen des Ministerpräsidenten verstehen, er werde sich nur so entscheiden, wie ihm die Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion sicher sei. Wir haben hier sicher einen der wenigen Fälle in der Parlamentsgeschichte vor uns, wo eine Regierung offen erklärt, eine wichtige Entscheidung nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, jedenfalls nicht nur nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern auch aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit vorzunehmen.

(Widerspruch bei der CDU.)

Der Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, hat uns den Vortritt gelassen, er wollte selbst erst nach der SPD-Landtagsfraktion entscheiden. Ich gebe zu, ich habe zunächst geglaubt, daß die SPD-Landtagsfraktion, und mit diesem Teil des Parlaments auch der Niedersächsische Landtag, mit der Übernahme einer solchen Verantwortung eigentlich überfordert sei. Ich habe mich gefragt, woher sollen denn wir Abgeordneten, die wir nicht den sachverständigen, bürokratischen und wissenschaftlichen Apparat der Landesbehörden zur Verfügung haben, wie sollen wir Abgeordneten in einer relativ kurzen Zeit die Kompetenz für eine so weitreichende Entscheidung erwerben. Heute bin ich dankbar und froh darüber, meine Damen und Herren, daß das Verhalten der Landesregierung uns als Oppositionsfraktion praktisch die Entscheidungsfunktion zugewiesen hat.

(Starker Beifall bei der SPD. — Döring [CDU]: Wer nicht sehen will, dem hilft auch nicht die Brille der Behörden! — Heiterkeit.)

— Das war ein so guter Zwischenruf, daß der Niedersächsische Landtag jetzt mit Sicherheit hinreichend weiß, wie er sich in Sachen der Nukleartechnik zu verhalten hat. — Ich wiederhole. Ich bin dankbar und froh darüber, daß man uns den Vortritt gelassen hat, und zwar aus drei Gründen:

Erstens, weil durch unsere intensive Beschäftigung mit dem Thema dieses Parlament sich erheblich größeren Sachverstand für die kommenden Auseinandersetzungen über die Zukunft der Nuklearenergie erwerben konnte. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt.

Zweitens, weil ich glaube, daß die Haltung der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion einen großen Einfluß auf eine verantwortungsbewußte Entscheidung der gesamten Sozialdemokratischen Partei auf ihrem Berliner Parteitag im Dezember haben wird.

Drittens — jetzt nehme ich zunächst die Formulierung, die ich mir gestern überlegt hatte —, weil ich nicht sicher bin, daß die Regierung Albrecht auch ohne unseren vorweggegangenen Entschluß dem Entsorgungszentrum in Gorleben seine Zustimmung verweigert hätte. Das war, wie gesagt, meine Formulierung von gestern.

Nachdem ich die Erklärung von Herrn Albrecht — eine sachlich ausgewogene Darstellung — und die Erklärung von Herrn Brandes gehört habe, darf ich anders formulieren, meine Damen und Herren: Ich weiß, daß die Niedersächsische Landesregierung das Nein zu Gorleben ohne unsere Vorentscheidung nicht gesprochen hätte!

(Anhaltender, starker Beifall bei der SPD.)

Wie anders kann man die Regierungserklärung werten,

(Zuruf von der CDU: Das Kaninchen aus dem Hut!)

und ich schelte das nicht, ich stelle das hier fest, weil ich den Eindruck habe, daß es auch über die Rolle der Oppositionsfraktion in diesem Landtag in der Öffentlichkeit falsche Vorstellungen gegeben hat, wie anders kann man die Regierungserklärung werten, in der es heißt — ich lese noch einmal das vor, was vor einer Stunde hier von Herrn Dr. Albrecht gesagt worden ist —: „Obwohl ein solches Nukleares Entsorgungszentrum sicherheitstechnisch grundsätzlich realisierbar ist, lehnen wir dieses Entsorgungszentrum dennoch ab.“

Ich glaube, wir sind uns einig, wenn Sie das verbinden mit dem, was Herr Albrecht immer gefordert hat, und Sie wiederholt haben, daß eine solche Entscheidung nicht möglich ist ohne eine vorweggegangene Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion. Das ist nichts anderes als ein Ausrufezeichen hinter dem, was ich versuche hier deutlich zu machen.

(Beifall bei der SPD.)

Wie anders kann man denn den Vorgang werten, daß sich die Landesregierung bis zuletzt bedeckt hielt und ihre Entscheidung erst traf, als sich die SPD-Landtagsfraktion in der vergangenen Woche einstimmig gegen das Gorleben-Projekt ausgesprochen hat?

(Brandes [CDU]: Wenn Sie wüßten, was Sie nicht wissen!)

Und wie anders soll man es denn deuten, Herr Brandes, daß die CDU-Landtagsfraktion ihre Beratungen zu diesem unendlich komplizierten Thema erst aufgenommen hat, als die SPD-Landtagsfraktion nach einem monatelangen Arbeits- und Denkprozeß ihre Entscheidung veröffentlichte? Wie soll man es denn sonst verstehen, daß sich die CDU-Fraktion als Ganzes in dieser

Woche erstmalig mit dem Gorleben-Problem in der Form der Stellungnahme des Ministerpräsidenten befassen konnte? Vor wenigen Stunden erst hat der Herr Ministerpräsident Ihnen seine Marschzahl zugeworfen, und Sie sind hinterhermarschiert!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Hier ist doch nicht nur ein CDU-Abgeordneter im Saal, sondern hier sind doch mehrere CDU-Abgeordnete im Saal, die vor noch nicht allzu langer Zeit uns und auch mich gefragt haben: Könnt Ihr uns denn nicht erzählen, was der Herr Dr. Albrecht in dieser Frage wohl vorhaben könnte?

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU. — Jahn [CDU]: Das ist nicht mehr zu übertreffen! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Zwingen Sie mich nicht dazu, Namen zu nennen; es würden auch Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Landtagsfraktion rote Ohren bekommen!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD. — Unruhe bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, der Umgang des Ministerpräsidenten mit seiner eigenen Fraktion ist seine eigene Sache. Aber es ist schon erstaunlich, daß die CDU-Fraktion so etwas mit sich machen läßt.

(Brandes [CDU]: Menschskind, nun steigen Sie doch mal von Ihrem Schemel herunter!)

Die Landtagsfraktionen, auch die Regierungsfraktion, haben nach ihrem Verfassungsauftrag die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Sie aber lassen sich zum Nachvollzugsorgan degradieren. Ich meine, daß das für den Parlamentarismus in Niedersachsen nicht gut ist.

(Beifall bei der SPD. — Brandes [CDU]: Herr Bruns, den Gegner verächtlich zu machen, ist die miserabelste Politik!)

Aus all diesen Gründen, vor allen Dingen denen, die nicht zu diesem letzten Teil gehören, bin ich dankbar dafür, daß die eigentlich zuständige Landesregierung uns, der Opposition, zumindest den Vortritt gelassen hat; das wird niemand bestreiten. Ich bin überzeugt, daß wir damit eine Entwicklung eingeleitet haben, die den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung entspricht und dennoch — das scheint mir wichtig zu sein — der Notwendigkeit einer gesicherten Energiebasis für ein zivilisiertes Leben der Generationen nach uns nicht im Wege steht.

(Brandes [CDU]: Redensarten!)

Meine Damen und Herren, wir haben der Frage der Kritiker, die uns allen immer wieder gestellt

worden ist, nämlich der Frage: Wie könnt Ihr eine Kerntechnologie zulassen, die vielleicht für Generationen eine erhebliche Gefährdung bedeuten kann?, unsere volle Aufmerksamkeit geschenkt, und Sie sicherlich auch. Wir haben das getan, weil diese Frage berechtigt ist; denn Entscheidungen für die Entwicklung der Nukleartechnik schaffen auch in ihrem Gefährdungspotential Wirklichkeiten, die nicht zurückzudrehen sind, auch nicht von den Generationen nach uns, falls sie es dringlich wünschen sollten.

Aber auch die andere Frage, die zur Zeit nicht so deutlich hörbar ist, muß ernst genommen werden, nämlich die Frage: Wie könnt Ihr Politiker eine nichtnukleare technische Entwicklung zulassen, die in einer Generation fast alle jene Rohstoffe und Energieträger verbraucht, auf die die kommenden Generationen angewiesen sind, wenn sich herausstellen sollte, daß sich alternative Rohstoffe und Energieträger zu den fossilen und zu den nuklearen nicht herstellen lassen? Ich finde, daß wir diese Frage ebenso ernst nehmen müssen. Die Generationen nach uns haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben und auf eine Zivilisation, die ihnen ein solches Leben ermöglicht.

(Brandes [CDU]: Eben!)

— Herr Brandes, hier sind wir einer Meinung, und darum unterstreiche ich das. Niemand darf die Augen davor verschließen, daß wir bis heute den kommenden Generationen keine Alternative zur sicheren Versorgung mit Energie ohne Nukleartechnik zu bieten haben. Diese Alternative gibt es bis heute als Sicherheit nicht.

(Brandes [CDU]: Etwas anderes habe ich auch nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren, so wie wir für die Gesundheit und die Sicherheit verantwortlich sind, so sind wir auch dafür verantwortlich, nicht durch rücksichtslose Ausbeutung der Natur schätze den kommenden Generationen eine an Rohstoffen und Energieträgern ausgeplünderte Erde zu hinterlassen. Ich glaube, das ist ebenso wichtig wie der Versuch, alle Sicherheitsmaßnahmen zu berücksichtigen. Bürgerinitiativen können jeweils die Beantwortung einer dieser Fragen ausschließlich zur Grundlage ihrer politischen Arbeit machen. Die können das. Verantwortliche Politik und verantwortungsbewußte Politiker können das jedoch nicht.

(Beifall bei der SPD.)

Das scheint mir auch die Ursache für die Schwierigkeit der politischen Parteien zu sein, auch für die Schwierigkeit meiner eigenen politischen Partei, daß wir uns gerade den radikal fragenden jungen Menschen oft nur schwer verständlich machen können. Denn der jungen Generation erscheint ein „Ja, aber“, ein „einerseits und

Bruns (Emden)

andererseits“, wie wir Politiker es immer wieder in dieser Frage an den Tag legen müssen, oft als Ausdruck von Inkonsequenz und des Sich-herausreden-wollens. Verantwortliche Politik kann aber nicht anders als versuchen, beide Gesichtspunkte trotz all ihrer Widersprüchlichkeit zu werten und zu berücksichtigen.

Dieser Versuch, meine Damen und Herren, ist die Grundlage der EntschlieÙung, die die SPD-Fraktion heute diesem Parlament vorlegt. Fünf Grunderkenntnisse sind es, die nach unserer Auffassung unstrittig oder jedenfalls nur wenig umstritten aus dem Gorleben-Symposium hervorgehen. Wie wollen wir eigentlich als Nichtfachleute reagieren auf das, was wir da gehört haben? Ich glaube, wir müssen uns auf das konzentrieren, was möglichst wenig umstritten gewesen ist. Diese weitestgehend unumstrittenen Auffassungen haben wir zur Grundlage unserer Entscheidung und damit auch des vorliegenden EntschlieÙungsantrages gemacht. Ich will Ihnen diese fünf Essentials kurz vortragen.

Erstens. Es ist fast unumstritten gewesen, daß die Energieversorgung der kommenden Generationen unter Verzicht auf jegliche Kerntechnologie bis heute nicht als gesichert anzusehen ist. Niemand, kein Kritiker hat ernsthaft diesen Satz in Frage gestellt. Es gibt bis heute nicht den Beweis des Gegenteils für diese Behauptung. Hierin sind wir uns einig. Darum macht die Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion den Einsatz von Kernenergie, wenn und soweit sie in der Zukunft erforderlich sein sollte, nicht unmöglich.

Zweitens. Unbestritten ist, daß das jetzt vorgelegte Konzept einer Wiederaufarbeitungsanlage den Sicherheitsanforderungen nicht entspricht. Auch das war auf dem Hearing unumstritten. Darum lehnen wir den Bau einer solchen Anlage entschieden ab und fordern die Landesregierung auf, durch Ablehnung des DWK-Antrages auch ein verschleiertes Weiterführen des Prüfungsvorgangs unmöglich zu machen. Auf diesen Punkt komme ich gleich noch einmal zurück.

Drittens. Unbestritten scheint uns, daß eine Wiederaufarbeitung der abgebrannten Kernbrennstäbe wünschbar wäre, wenn wir dafür eine sichere Technologie entwickeln könnten. Auch hier sind wir uns einig.

(Brandes [CDU]: Das können wir!)

Denn die Vernichtung der in den Brennstäben in fast unvorstellbar großen Mengen vorhandenen und nutzbaren Energie darf nicht leichtfertig durch eine voreilige und unbedachte Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung erfolgen. Darum hat sich die SPD-Landtagsfraktion für eine sichere Zwischenlagerung der Brennstäbe entschieden, die eine spätere Wiederaufarbeitung nicht unmöglich macht. Ich stelle auch hier im Grunde Übereinstimmung fest.

Viertens. Es konnte im Hearing nicht bewiesen werden, daß eine sichere Technologie für die Wiederaufarbeitung grundsätzlich möglich ist. Hier unterscheiden wir uns. Das ist der eigentliche Punkt, an dem wir uns unterscheiden. Darum muß eine bisher nicht vorhandene Technologie der Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung geschaffen werden. Geschieht dies nicht, zwingen wir die Wissenschaft nicht dazu, uns eine Technologie der Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung zuzuarbeiten, dann sehen wir uns eines Tages in der Rolle, der Wiederaufarbeitung auch dann zustimmen zu müssen, wenn wir sie eigentlich aus Sicherheitsgründen nicht wollen. Das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist das vierte Essential unseres EntschlieÙungsantrages.

(Oestmann [CDU]: Das ist eine Fiktion, was Sie sagen!)

– Nein, das ist eine nicht beweisbare Bewertung des Gorleben-Symposiums. Das war nicht total unumstritten. Aber nach unserem Eindruck gehörte das zu den Punkten, die als so weit geklärt angesehen werden können, daß wir der Meinung sind: Aus sicherheitstechnischen Gründen, nach dem, was jetzt vorliegt, dürfen wir zur Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben nicht ja sagen.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege Bruns, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Machens?

Bruns (Emden) (SPD):

Ja, aber bitte nur einmal. Ich möchte gern in Ruhe zu Ende kommen.

Machens (CDU):

Herr Bruns, wollen Sie damit unterstellen, daß die Minister Matthöfer, Maihofer und Friderichs von der Landesregierung verlangt haben, ohne Prüfung eine unsichere Anlage zu genehmigen?

Bruns (Emden) (SPD):

Die Frage verstehe ich nun überhaupt nicht.

(Freiherr von Schorlemer [CDU]: Das war aber leicht zu verstehen! – Weitere Zurufe von der CDU.)

– Wollen Sie meine Antwort hören? – Die Frage verstehe ich deshalb überhaupt nicht, weil die verfassungsrechtliche Situation eindeutig ist: Die Bundesregierung hat einen Antrag gestellt. Die Landesregierung hat die sicherheitstechnische Überprüfung vorzunehmen, die Landesregierung kommt zu dem Ergebnis, daß auch die Wiederaufarbeitungstechnologie in Gorleben sicherheitstechnisch möglich ist. Die SPD-Landtags-

fraktion lehnt diese konsequent ab. Sie folgt aus dem Hearing, daß die Wiederaufarbeitung in Gorleben sicher nicht möglich ist. In diesem wesentlichen Punkt unterscheiden sich die beiden Fraktionen und unterscheiden wir uns von der Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich bin für diese Zwischenfrage dankbar. Ich bin dankbar dafür, daß ich darauf reagieren konnte. Denn ich habe leider die Feststellung gemacht, daß man manche Dinge wirklich zehnmal sagen muß, bevor sie auch in der Öffentlichkeit und im Plenum verstanden werden.

(Beifall bei der SPD.)

Fünftens. Die Eignung des von der Landesregierung vorgeschlagenen Standorts Gorleben für ein Endlager ist bisher nicht nachgewiesen; das ist unstrittig. Es blieb im Hearing unbestritten, daß eine sichere Entscheidung über die Endlagereignung des Salzstockes in Gorleben frühestens nach der bergmännischen Erschließung in zehn Jahren möglich ist. Wir fordern darum die Landesregierung auf, jeden Versuch zu unterlassen, vor Ablauf dieser Zeit und vor dem endgültigen Prüfungsergebnis Bauinvestitionen in Gorleben zu genehmigen. Ich glaube, auch hier ist ein wichtiger Punkt, wie mir scheint, in dem wir uns unterscheiden. Wenn nicht, wäre ich für eine Klarstellung dankbar. Wir wollen sicher sein, daß nicht eines Tages Milliardeninvestitionen uns oder den Deutschen Bundestag zu einer Entscheidung zwingen, die ohne diesen finanziellen Druck von uns nicht vorgenommen worden wären. Das ist der Hintergrund dieser Passage in unserem Entschließungsantrag. Wer sich die Hände freihalten will für eine an den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung orientierte Entscheidung, darf nicht, wie die Landesregierung es nach unserer Meinung bisher akzeptiert hat, Milliardeninvestitionen an einem Standort vornehmen, der sich unter Umständen in zehn Jahren als ungeeignet erweisen kann. Diese fünf Grundgedanken sind nach unserer Auffassung im Streit der Experten relativ unumstritten gewesen. Sie bilden die Grundlage unserer Entscheidung gegen das Projekt Gorleben.

Meine Damen und Herren, es kommt jetzt darauf an, politisch sicherzustellen, daß die Ablehnung des vorgelegten Entsorgungskonzeptes in Gorleben nicht nur ein politisches Scheinmanöver ist.

(Beifall bei der SPD.)

Das scheint mir für dieses Parlament eine wichtige Aufgabe in der Zukunft zu sein. Ein politisches Scheinmanöver ist, um eine für die Atomwirtschaft nach Harrisburg ungünstige psychologische Situation sozusagen zu überstehen. Es kommt darauf an, die Verantwortlichen zu Ant-

worten zu bewegen, die sicherstellen, daß das Nein zu Gorleben auch ein Nein ist und kein Ja in Wartestellung, meine Damen und Herren. Das wird unsere Aufgabe sein!

(Beifall bei der SPD.)

Denn es ist für die Landesregierung und auch für eine andere Regierung überhaupt kein Problem, das jetzige Konzept abzulehnen und trotzdem dafür zu sorgen, daß alle zum Bau von Gorleben notwendigen Entscheidungen termingerecht und ohne Verzögerung der Baumaßnahme nach der nächsten Bundes- und Landtagswahl vorgenommen werden. Das ist überhaupt kein Problem, wenn man das will. Die Versuchung, hier einen Türken zu bauen, ist natürlich für alle jene groß, die doch hier ganz deutlich sagen, daß sie im Grunde die Wiederaufarbeitungsanlage wollen, sie aus politischen Gründen im Moment aber nicht durchsetzen können. Darum ist nach unserer Auffassung die Ernsthaftigkeit der Ablehnung durch die Landesregierung aus der Ablehnung dieses Konzeptes allein nicht feststellbar. Ich kann das Verfahren so weiterlaufen lassen, daß ich nein gesagt habe und trotzdem alle Entscheidungen für den Bau von Gorleben im Jahre 1984 vorbereitet sind. Das ist kein Problem, wenn man das will.

(Brandes [CDU]: Das gilt auch für die Bundesregierung!)

— Ich habe gesagt: alle Regierungen. Ich habe meine Worte gewogen. Ich habe gesagt: die Landesregierung und auch andere Regierungen. So habe ich es wörtlich gesagt.

(Zuruf von der CDU: Dann sagen Sie auch deutlich: die Bundesregierung!)

Wieweit die Landesregierung und andere Regierungen meinethalben; denn es geht ihnen nicht um Parteipolitik, jedenfalls jetzt nicht — —

(Lachen bei der CDU. — Janßen [CDU]: Sie reden aber so! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Was die Charakterisierung der Ostfriesen angeht, sollten Sie sich zurückhalten! Sie haben mit denen zuviel Ärger, und darum sind Sie auch nicht objektiv. Das ist allgemein bekannt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Ich will das noch einmal anders wenden: In diesem Spiel sind alle taktischen Karten noch im Blatt. Wieweit die Landesregierung ohne taktische Winkelzüge hinter unserem Nein zum Entsorgungskonzept Gorleben steht, ist nur aus der Bereitschaft der Landesregierung abzulesen, nun auch die Schlußfolgerungen, die politischen Konsequenzen, die sich aus ihrer Ablehnung ergeben, zu ziehen. Um diese Klarheit für dieses Parlament und für die Öffentlichkeit zu schaf-

Bruns (Emden)

fen, habe ich an die Landesregierung einige Fragen zu stellen:

Erstens. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Landesregierung den Antrag der DWK zurückweist. Ich habe mit dem Herrn Ministerpräsidenten über die eine oder andere Möglichkeit schon einmal sprechen können. Je nach der Art der Rückweisung ist aber entweder ein modifiziertes Weiterführen des Genehmigungsverfahrens ohne wesentliche Verzögerung des Bauvorhabens möglich oder aber die Ablehnung des DWK-Antrages durch die Feststellung, daß der sichere Betrieb der beantragten Anlage grundsätzlich so nicht nachgewiesen ist. Herr Dr. Albrecht ist in einem für mich bezeichnenden Punkt vom Manuskript seiner Rede, das mir vorlag, abgewichen. Er hat an dieser Stelle gesagt: „Für den Fall, daß dieser Weg weitergegangen werden sollte“.

(Brandes [CDU]: Ja!)

Das Protokoll wird nachweisen, daß ich wörtlich richtig zitiert habe. Hier, Herr Ministerpräsident Albrecht, sind Sie dem Parlament Aufklärung schuldig, was Sie nun wirklich wollen. Nur dann, wenn die Landesregierung den Antrag ablehnt, kann ihr Nein ernstgenommen werden. Im anderen Fall ist es ganz im Gegenteil zum Wortlaut der Regierungserklärung ein bedingtes Ja, ein Ja mit Auflagen.

Zweitens. Nach Harrisburg scheint uns erwiesen, daß die Sicherheitsauslegung der Kernkraftwerke insgesamt nicht ausreicht, um zur Zeit eine weitere Ausbreitung der Kernenergie zuzulassen. Da sind wir nicht einig. Harrisburg hat nach unserer Auffassung gezeigt, daß die statistischen Annahmen über die Wahrscheinlichkeit eines Reaktorunfalles keine statistischen Größen, sondern konkrete Größen, Lebenswirklichkeit sind oder sein können. Nach Harrisburg wissen wir, daß das berühmte Restrisiko nicht nur auf dem Papier steht, sondern mit jedem neuen Kernkraftwerk zunimmt, daß die vorhandenen Kernkraftwerke nach einer gründlichen Sicherheitsuntersuchung unter Umständen weiterarbeiten sollen, daß wir uns aber hüten müssen, durch den ungezügelter Bau weiterer Kernkraftwerke den Umschlag von Quantität in eine negative Qualität der Sicherheitssituation unserer Bevölkerung zuzulassen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion hat aus diesen und anderen Gründen am Schluß der vergangenen Legislaturperiode einen Entschließungsantrag eingebracht mit der Aufforderung, den Bau weiterer Kernkraftwerke in Niedersachsen nicht zuzulassen. Die CDU-Landtagsfraktion hat diesen Antrag abgelehnt, und der Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht hat

durch den Mund seines damaligen – nicht des jetzigen – Wirtschaftsministers folgendes erklären lassen:

„Die Landesregierung kann auf den weiteren Ausbau“

– der Kerntechnologie, der Kernkraft in Niedersachsen –

„nicht verzichten.“

Weiter führte er aus:

„Von 1984 bis 1990 entsteht ein zusätzlicher Kapazitätsbedarf von rund 7 300 Megawatt, der durch den Zubau von fünf bis sechs Kernkraftwerken mit einer Kapazität“

– jetzt müssen Sie einmal zuhören! –

„von 1 300 Megawatt je Kernkraftwerk oder von zehn bis elf Kernkraftwerken mit einer Leistung von je 700 Megawatt zu decken wäre.“

Fünf bis sechs Kernkraftwerke mit 1 300 Megawatt oder zehn bis elf Kernkraftwerke mit je 700 Megawatt!

Meine Damen und Herren, die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zu diesem Problem in seiner Rede waren doppeldeutig, doppeldeutig in dem Sinne, daß man sie so und anders auslegen kann. Aus Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, ist nicht hinreichend klar geworden, ob Ihre Passage bedeutet, daß Sie den weiteren Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke als notwendig erachten und darum zulassen werden, oder ob das bedeutet, daß Sie nach wie vor für den weiteren Ausbau der Kernenergie in Niedersachsen sind. Bei Herrn Brandes war das deutlicher.

Meine Damen und Herren! Sollte die Landesregierung weiter auf den Bau der Kernkraft setzen, erwarten wir von ihr, daß sie der Bevölkerung reinen Wein auch über die vorgesehenen Standorte der sechs bis elf Kraftwerke hier in Niedersachsen einschenkt.

(Beifall bei der SPD.)

Am 23. Februar 1978 ließ Herr Dr. Albrecht erklären – ich darf das wörtlich zitieren –:

Bislang sind sechs für grundsätzlich geeignet befundene Standorte aussersehen worden. Raumordnerisch gesichert erscheinen die Standorte Winsen/Elbmarsch, Alt-Garge, Langendorf und Stade. Für Cuxhaven konnte das Raumordnungsverfahren noch nicht abgeschlossen werden. Der Standort Emden befindet sich in einer fachlichen Veränderungsprüfung, die sich auch auf die Baugrundbeschaffenheit erstreckt. Ein ursprünglich vorgesehener Standort bei Landsatz ist aus Gründen des Natur- und Land-

schaftsschutzes inzwischen ausgeschieden. Nunmehr sind 20 zum Teil alternative Untersuchungsräume zu behandeln.

Nun, meine Damen und Herren, da möchten wir doch nun sicher gern alle in diesem Parlament und außerhalb des Parlaments von Herrn Dr. Albrecht hören, heute oder bei einer anderen Gelegenheit, ob nach wie vor beabsichtigt ist, in Winsen, in Garge, in Langendorf ein Kraftwerk zu errichten, wie es mit einem zusätzlichen in Stade aussieht, wie es mit Cuxhaven aussieht, und, um das Lokalkolorit, das Sie von mir erwarten können, nicht vermissen zu lassen, ich möchte auch gern wissen, was mit Ostfriesland vorgesehen ist. Man sollte sich darauf einstellen, daß auch politische Aktionen in Ostfriesland manchmal eine Ähnlichkeit mit den Kreuzberger Nächten erhalten können.

Der so entschieden vorgetragene Beschluß der Landesregierung bekommt Klarheit erst durch die Beantwortung – wie mir scheint – dieser von uns vorgetragenen Fragen. Erst dann können wir feststellen, ob die Landesregierung tatsächlich das Gorleben-Projekt der DWK ablehnt oder in einer verschleiernenden Form behandeln will, die tatsächlich ein Ja zur Wiederaufarbeitungsanlage bedeutet.

Meine Damen und Herren, es gibt nur wenige politische Fragen, die in diesen Tagen die Menschen so bewegen wie das Gorleben-Projekt. Wir alle spüren – das ist mir bei der Rede von Herrn Brandes auch deutlich geworden –, daß es sich dabei um eine Entscheidung handelt, in der wir Politiker allesamt überfordert, im Grunde inkompetent sind. Daß über Gorleben der Streit zwischen Experten auf so unversöhnlichen Positionen möglich ist, macht das sehr deutlich. Aber es ist und bleibt uns dennoch aufgegeben, zu entscheiden. Wer sonst als die gewählten Vertreter des ganzen Volkes sollte es tun?

Das Bewußtsein unser aller nur beschränkt vorhandenen Kompetenz bewahrt mich davor, meine Damen und Herren, eine andere Haltung als die meine oder als die unsere als falsch oder gar als unverantwortlich darzustellen. Es kann eine andere Haltung als die unsere ebenso gut begründet sein; sie kann sich vielleicht als richtiger herausstellen.

(Brandes [CDU]: Wenn Sie nur so angefangen hätten!)

Aber, meine Damen und Herren, das Parlament und die Öffentlichkeit sollten in dieser schwierigen und – hier darf man es sagen – wirklich schicksalhaften Frage die Gewißheit haben, daß ihnen die Wahrheit gesagt wird ohne Tricks und Hintertüren, und deshalb bittet die SPD-Land-

tagsfraktion um die Beantwortung ihrer Fragen. – Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Es hat sich nunmehr zu Wort gemeldet der Herr Ministerpräsident. Seine Wortmeldung hat Vorrang vor den anderen. Herr Dr. Albrecht, Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß ich es meinen Vorrednern, dem Oppositionsführer, unserem Fraktionsvorsitzenden und auch Herrn Bruns, der eine Reihe von Fragen an mich gerichtet hat, schuldig bin, jetzt darauf zu antworten.

Zunächst zu den mehr polemischen Bemerkungen, die Sie, Herr Bruns, gemacht haben. Ich habe ja vollstes Verständnis dafür, daß die Opposition wenigstens eine Stunde lang das Gefühl haben möchte, sie würde in Niedersachsen regieren und die Entscheidungen treffen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie allerdings dann so weit gehen und sagen, Sie wüßten, daß die Entscheidung anders getroffen worden wäre, wenn die SPD-Entscheidung nicht vorangegangen wäre, dann erlaube ich mir in aller Bescheidenheit zu sagen: Ich weiß, daß Sie wissen, daß das nicht der Fall ist,

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

denn Sie wissen wie ich, daß vor der Entscheidung der SPD-Fraktion das Gespräch mit dem Bundeskanzler stattgefunden hat. Sie wissen genau, was ich dem Herrn Bundeskanzler in diesem Gespräch als das Ergebnis unserer Überlegungen gesagt habe, und auch jetzt zeigt sich ja im übrigen offensichtlich, daß wir in einigen wichtigen Punkten nicht einer Meinung sind. Nein, niemals habe ich gesagt, daß wir etwa unsere Entscheidung danach ausrichten würden, positiv oder negativ, was die SPD-Fraktion oder was die FDP hier im Lande tun will. Das, was ich gesagt habe, ist etwas ganz anderes – ich will es gern wiederholen –, nämlich daß Gorleben nicht gebaut werden wird in Niedersachsen, solange das Doppelspiel zwischen Bonn und Hannover bei der SPD anhält; dies ist die entscheidende Sache.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Man macht ja in meinem Amt die interessantesten Erfahrungen. Gestern bin ich im Nuklearrat in Bonn gewesen. Da war das ganz anders. Da war große Bestürzung über das, was die Landes-

Dr. Albrecht

regierung hier sagen würde. Da war große Sorge vor den Folgen, die das mit sich bringen würde. Dort hieß es wie auch in den letzten zwei Jahren: Gorleben muß gebaut werden; Wiederaufarbeitung ist notwendig, und so schnell wie möglich soll das Ganze über die Bühne gezogen werden. Hier in Hannover werden wir dann genau zum Gegenteil herausgefordert. Ich meine, daß Sie das nicht nur demokratisch erklären können. Demokratisch ist es, daß man in einer großen Partei Meinungsverschiedenheiten hat und daß man sie auch ausdiskutiert. Aber das Entscheidende in der Politik ist etwas anderes: daß man in der Lage ist, Willensbildung zu vollziehen, daß man Entscheidungen treffen kann, und genau dazu ist die SPD zur Stunde in der ganzen Bundesrepublik Deutschland unfähig.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Das gilt auch für den weiteren Ausbau der Kernenergie, den Sie angesprochen haben, eine Debatte, die eigentlich in den Bundestag hineingehörte, aber ich finde es durchaus legitim, und es ist ja nicht ganz zu vermeiden, daß sie auch hier geführt wird.

Wir haben als Landesregierung gesagt, daß wir einen Beitrag der Kernenergie zur Deckung unseres Energiebedarfs für unverzichtbar halten. Wir haben dies als CDU in Niedersachsen gesagt, wir haben das als CDU und als CSU auf Bundesebene gesagt. Hier gibt es vor Harrisburg und nach Harrisburg keinerlei Schwankung. Selbstverständlich füge ich hinzu – es ist ja eigentlich meine Formel, die jetzt gängige Münze geworden ist; ich reklamiere hier das Urheberrecht –, daß die Sicherheit unserer Bevölkerung in diesen Fragen Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben muß. Das ist selbstverständlich gewährleistet;

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

aber das ändert nichts daran, daß wir der Überzeugung sind, daß wir einen großen Fehler machen würden, nicht für unsere Generation, sondern für die kommende Generation, wenn wir prinzipiell den Ausbau der Kernenergie stoppen würden. Ich will gern ein Wort noch dazu sagen. Für mich ist das nicht so sehr eine Frage, ob die Wachstumsrate bei 2 oder 2,5 % liegen wird. Für mich ist das nicht so sehr die Frage, ob wir 10 % Einsparung an Energie erreichen können oder 15 % oder meinetwegen auch 20 %. Die beiden entscheidenden Fakten sind andere. Wir wissen mit Sicherheit, daß das Erdöl eines Tages als Energiequelle ausfallen wird, zunächst stagnieren wird, daß sein Anteil an der Energiebedarfsdeckung in der Welt zurückgehen wird und daß dann eines Tages auch die absoluten Fördermengen zurückgehen werden. Dies ist kein Problem einer grauen Spätzeit, sondern dies ist ein Problem der neunziger Jahre,

des Wechsels unseres Jahrhunderts. In Wahrheit diskutieren wir ja über diese Zeit, denn eine Wiederaufarbeitungsanlage wäre auch frühestens 1990 in Betrieb genommen worden.

Wenn dieses eintritt, daß die Energiequelle, die heute rund 50 % unseres Energiebedarfs abdeckt, zunehmend ausfällt, dann entsteht eine so bedrohliche Situation, daß man sich rechtzeitig überlegen muß, woher dann die Energie kommen kann.

Es gibt eine zweite Überlegung, die in die gleiche Richtung geht. Wir können uns einschränken. Diejenigen, die am Existenzminimum und unterhalb des Existenzminimums leben, können sich nicht mehr einschränken. Die Mehrheit der Bevölkerung der Welt lebt in den Entwicklungsländern. Leider ist es so, daß wir selbst bei drastisch abnehmenden Geburtenraten, wenn die jetzigen jungen Menschen dort wieder Kinder haben werden, eine um mehrere Milliarden vermehrte Bevölkerung in den Entwicklungsländern haben werden. Das bedeutet, daß diese Menschen ohnehin am Existenzminimum leben, einen drastisch erhöhten Energiebedarf.

Diesen können wir zur Zeit nicht anders decken, als daß wir auch die Kernenergie ihren Beitrag leisten lassen. Wenn wir hier Fehler machen, wenn wir, weil sich eine bestimmte Stimmung der Angst und der Sorge in unserem Land breitgemacht hat, sagen, wir bauen keine Kraftwerke mehr, wir treiben die Arbeiten zur sicheren Entwicklung der Kernenergie nicht weiter voran, dann werden uns möglicherweise unsere Kinder eines Tages den Vorwurf machen, daß wir sie in die Unmöglichkeit versetzt haben, das Energieproblem ihrer Tage überhaupt noch zu lösen.

Dieses ist die Position der Landesregierung – ich sage das noch einmal –, dieses ist die Position der CDU/CSU. Hier gibt es für uns kein Schwanken. Nur muß ich Ihnen hier auch sagen – das ist ja eben in den Interventionen sehr deutlich geworden –: Dies ist heute auch noch die Position der Bundesregierung, dies ist heute noch die Position des Bundeskanzlers, dies ist heute noch die Position des Grafen Lambsdorff. Aber dies ist in gar keiner Weise mehr die Position der SPD und zum Teil nicht mehr die Position der FDP. Ob ich die Jusos nehme, ob ich die schleswig-holsteinische SPD nehme, ob ich den Beschluß des SPD-Parteitags von Bremen nehme, ob ich nun das nehme, was Herr Bruns eben erklärt hat, ob ich die Entschließung des Bezirksverbandes von Hessen-Süd nehme – hier ist meines Erachtens eine Entwicklung im Gange, wo sich die SPD mit Riesenschritten von der Position, die vom Bundeskanzler noch verteidigt wird, wegentwickelt.

Ich habe aufmerksam zugehört, als Sie, Herr Bruns, mit stolzgeschwellter Brust gesagt haben:

Unsere Position wird sich auf dem nächsten Bundesparteitag durchsetzen. Das heißt im Klartext: Nicht die Position des Bundeskanzlers, sondern die Position von Joke Bruns aus Ostfriesland wird den Ausschlag geben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Ich habe das gesagt, was die Landesregierung immer gesagt hat und nach wie vor sagt. Sie haben mich nun nach den Standorten gefragt. Ich will der Frage nicht ausweichen, Herr Bruns. Ich stehe nicht an, etwas zu bedauern, daß hier im Landtag einmal im Namen der Landesregierung gesagt worden ist, soundso viele Kernkraftwerke und ähnliches. Dies ist nicht die Position der Landesregierung. Wir werden Grohnde zu Ende bauen. Wir werden einen Antrag behandeln, der den Ersatz des vorhandenen Kernkraftwerks in Lingen durch ein neues, modernes Kernkraftwerk zum Gegenstand hat. Dies ist im Augenblick alles, was es an aktuellen Planungen gibt.

Natürlich sind wir, wie alle Länder, von der Bundesregierung dringendst gebeten worden, doch langfristig Vorsorge für mögliche Kraftwerksstandorte zu betreiben. Dies hat dazu geführt, daß die Namen, die Sie hier genannt haben, ins Gespräch gekommen sind. Ich kann nur sagen, daß wir um einiges klüger geworden sind. Es geht eben nicht mehr an, daß die Landesregierungen im Dienste der Bundesregierung solche Arbeiten vorantreiben und dafür dann von den Parteien, die die Bundesregierung doch tragen sollten, dann kritisiert werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Nun ist die eigentliche Frage natürlich nicht die nach der Kernenergie im allgemeinen, sondern die eigentliche Frage ist die nach der Entsorgung. Deshalb möchte ich nach dem, was gesagt worden ist, doch noch einmal die Frage aufwerfen: Wo stehen wir eigentlich in Sachen Entsorgung? Wir sind – das ist richtig herausgestellt worden – nicht einig in der Forderung der SPD, den Antrag der DWK auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage aus sicherheitstechnischen Gründen abzulehnen.

Ich kann mir vorstellen, was ich gestern im Kernenergieerat zu hören bekommen hätte, wenn ich diesem Petition gefolgt wäre. Ich halte es aber auch sachlich nicht für gerechtfertigt. Ich meine in Wahrheit, daß Sie sich hier um die Entscheidung herumdrücken,

(Beifall bei der CDU)

daß Sie der unbequemen Aufgabe, klar Stellung zu nehmen zu der grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit, ausweichen. Ich halte das nicht für gerechtfertigt. Deshalb hat die Landesregierung hier auch klar Stellung bezogen.

Wenn ich hiervon einmal absehe, ist jedoch nicht zu übersehen, daß es im Lande Niedersachsen – hier im Niedersächsischen Landtag und auch dann, wenn ich die FDP, die im Landtag nicht vertreten ist, mit einbeziehe – zwischen den politischen Gruppierungen ein hohes Maß an Übereinstimmung über die weitere Behandlung der Entsorgungsfrage gibt. Ich glaube, daß ich nicht übertreibe, wenn ich feststelle: Wir alle sagen: Wiederaufbereitung nein. Die einen sagen: aus sicherheitstechnischen Gründen, wir sagen: aus politischen Gründen, weil wir den Bau unter den gegebenen Bedingungen – solche Bedingungen können sich ändern – nicht ohne eine tiefgreifende Zerstörung des inneren Friedens erzwingen können. Hier gilt im übrigen das, was Sie von der Brechstange gesagt haben, daß man diese Dinge nicht mit der Brechstange machen kann. Das wäre unverantwortlich.

Es ist auch nicht so – da möchte ich keinen falschen Zungenschlag hineinkommen lassen; aber gerade dies trennt uns von der Bundesregierung, und Sie werden das morgen an der Reaktion erkennen –, daß die Landesregierung sagte: Das ist zwar ein Nein, aber in Wahrheit ist doch ein verstecktes Ja dahinter! Ich will das in aller Deutlichkeit sagen – das ist auch der Kern der gestrigen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung gewesen: Wenn wir der Bevölkerung nicht deutlich und ehrlich sagen, daß die Wiederaufbereitungsanlage für diese Generation, da heißt für die Zeit, für die wir jetzt entscheiden, kein Projekt für Gorleben ist, dann wird es keine politische Ruhe in Lüchow-Danzenberg geben.

Ich weiß sehr wohl, daß man von uns erwartet, einfach nur Zeit zu gewinnen, daß man uns unter Druck setzt, zunächst einmal nein zu sagen und dann in einem Jahr oder in zwei Jahren doch anders zu entscheiden. Ich halte das für eine Position, die uns unserer Bevölkerung gegenüber in die größten Schwierigkeiten bringen müßte. Wir haben ein Vertrauenskapital. Wir können dieses Vertrauenskapital nur bewahren, wenn wir eine klare Politik verfolgen. Deshalb, Herr Bruns, ist die Antwort völlig eindeutig: Wir sind beide einig darin – im Gegensatz zur Bundesregierung –, daß in dem Zeitraum, für den wir jetzt zu entscheiden haben, eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben nicht möglich ist.

(Beifall bei der CDU.)

Damit ich nicht mißverstanden werde: Solche Entscheidungen können natürlich keine Entscheidungen für die Ewigkeit sein. Dies sind politische Entscheidungen, die andere wieder revidieren können und anders treffen können. Sie wie wir wollen ja auch keine Möglichkeiten verschütten. Ich würde es für unverantwortbar halten unseren Nachfolgern, das heißt auch unseren Kindern,

Dr. Albrecht

gegenüber, wenn sie überhaupt nicht mehr die Möglichkeit hätten, die ungeheuren Brennstoffvorräte, die in den abgebrannten Brennelementen vorhanden sind, dann zu nutzen, wenn die Energie in der Welt knapp wird. Deshalb Langzeitzwischenlagerung, deshalb nicht schon jetzt so bald wie möglich die direkte Endlagerung der abgebrannten Brennelemente, sondern Thesaurierung, Aufbewahrung dieses gewaltigen Brennstoffpotentials.

Es kann durchaus sein – ich will sogar hinzufügen: ich halte das für wahrscheinlich –, daß zu späterer Zeit die Menschen in unserem Lande sagen werden: Doch, das brauchen wir dringend! Die Risiken einer solchen Wiederaufarbeitung sind viel geringer als die Risiken, die wir laufen, wenn wir auf die Nutzung der dort vorhandenen Energie verzichten! Ich halte das sogar für wahrscheinlich. Aber dies ist keine Entscheidung, die wir jetzt zu treffen haben. Dann muß die Frage ganz neu in die Diskussion gebracht werden.

Wir sind schließlich einig darin, daß wir die Endlagerung aktiv vorbereiten wollen; denn hieran, an Zwischenlagerung und Endlagerung, hängt die Entsorgungskopplung, d. h. hängt die Möglichkeit, daß die Kernkraftwerke, die Sie auch nicht stilllegen wollen, weiterhin betrieben werden können. Wir brauchen deshalb so oder so, zwar nicht sofort, weil das Zwischenlager uns einen Zeitraum von zwanzig, dreißig, vierzig Jahren oder notfalls auch länger gibt, die verlässliche Perspektive der Endlagerung, sei es in direkter Form ohne Wiederaufbereitung, sei es in indirekter Form nach Wiederaufbereitung. Deshalb ist es richtig – und das ist auch gemeinsame Überzeugung von CDU, SPD und FDP hier in Niedersachsen –, daß wir die Erkundung einer geeigneten Endlagerstätte vorantreiben. Das bedeutet zunächst einmal Tiefbohrungen in Gorleben und, wenn diese Tiefbohrungen positiv ausgehen sollten, dann auch das Niederteufen eines Schachtes und die weitere sorgfältige Erkundung des Salzstocks.

Hierüber sind wir einig. Ich bin ziemlich sicher, daß es, wenn wir morgen früh die Presse aufschlagen, aus Bonn ganz anders klingen wird. Aber ich meine – und ich sage dies nun auch an die Adresse von Bonn –, es sollte doch zum Nachdenken reizen, daß diejenigen, die sich täglich mit den Sorgen und Nöten der Menschen in Lüchow-Dannenberg auseinandersetzen müssen, ganz gleich, welcher politischen Gruppierung sie angehören, zu weitgehend ähnlichen Schlußfolgerungen kommen. Ich glaube, daß sich die Niedersachsen in der Einschätzung der politischen Situation in Lüchow-Dannenberg nicht täuschen. Das ist immerhin ein Ergebnis dieser Aussprache, das ich festhalten möchte.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Ravens.

Ravens (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich will vorab sagen, daß ich Ihnen dankbar bin, daß Sie nach dem Versuch des Auseinanderdividierens am Anfang zum Schluß aufgezeigt haben, daß es eine ganze Reihe von Punkten gibt, in denen wir zu gleichen Entscheidungsergebnissen kommen. Ich will aber hinzufügen, damit das nicht verwischt wird: bei unterschiedlicher Bewertung des jetzt vorgelegten Konzepts, was die Fragen der Sicherheit angeht. Wir sind nicht der Meinung, daß die Sicherheit heute schon in ausreichender Form gegeben ist.

Ich will ein paar Bemerkungen machen, die auf den Anfang zielen. Zunächst einmal, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident: Zwischen den Sozialdemokraten im Lande und der Bundesregierung gibt es keine Auseinandersetzung.

(Lachen bei der CDU. – Jahn [CDU]: Das sagen Sie so!)

– Gibt es keine Auseinandersetzung!

(Erneut Lachen und Unruhe bei der CDU.)

Es gibt ein sorgfältiges Aufeinanderhören, Schritt um Schritt.

(Oho! bei der CDU.)

Aufeinanderhören heißt, auf diejenigen hören, die hier im Niedersächsischen Landtag und im Land Niedersachsen, das heißt vor Ort, das Problem Gorleben auf dem Tisch haben. Darauf kommt es an!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Da hat es doch keinen Sinn, den Versuch zu unternehmen, dies alles auseinanderzudividieren. Ich könnte Ihnen diese Latte vorlegen. Ich könnte aus den Protokollen des Bundestages vorlesen, was die Vertreter der Union zu der notwendigen Entscheidung über den Schnellen Brüter, zu der zwangshaften Durchsetzung des Zwischenlagers in Ahaus bis hin zu der Weisung, die dort notwendig ist, zu all diesen Dingen erklärt haben, bei denen klar war: Wir haben überhaupt keine Zeit zum Warten! Es muß heute, es muß sofort, und die Bundesregierung muß! Ich könnte zitieren, was die Junge Union Braunschweig am vergangenen Wochenende, was der Herr Bundestagsabgeordnete Schröder in Celle in den vergangenen Tagen zu Gorleben gesagt hat. Was soll dies?

(Bruns [Emden] [SPD]: Was Herr Grill zum nötigen Energieverbrauch gesagt hat in völligem Widerspruch zu Herrn Brandes!)

– Oder dies! Was soll dies? Hier geht es darum, daß wir eine Entscheidung zu treffen haben, von der wir wissen, daß es dabei in erster Linie um die Sicherheit unserer Bevölkerung geht und daß wir dabei gleichzeitig langfristig Perspektiven öffnen müssen und nicht verbauen wollen. Genau dies ist Ausgangspunkt unserer Politik.

Herr Ministerpräsident, ich sehe wie Sie, daß wir in zunehmendem Maße die Frage zu beantworten haben, wie wir die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen können. Aber die Verkopplung des ausfallenden Öls mit dem Bau von Kernkraftwerken ist einfach unzulässig.

(Beifall bei der SPD.)

Hier handelt es sich um zwei völlig unterschiedliche Ausgangsgebiete. Die Bundesregierung hat, obwohl das eigentlich marktwirtschaftlichen Prinzipien widerspricht, rechtzeitig, unmittelbar nach der Ölkrise 1973, durch ein Gesetz den Neubau oder die Erneuerung von Ölkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland verboten, um die Abhängigkeit der Elektrizitätserzeugung vom Öl zu reduzieren.

Abhängig vom Öl sind wir mit unseren Autos. Diese kann man nicht mit Strom aus der Steckdose, mit einer Dampfmaschine oder mit Kernenergie antreiben; denn so kleine Reaktoren gibt es nicht, daß man sie in die Autos einbauen könnte.

(Unruhe bei der CDU.)

Abhängig sind wir noch bei der Heizung. Hierzu würde ich mir wünschen, daß die Landesregierung endlich aufhört, die aufgezeigten Möglichkeiten der Energieeinsparung in diesem weiten Bereich der Heizung als Schaufenstervorschläge zu diffamieren.

(Beifall bei der SPD. – Unruhe bei der CDU.)

Dies sind wichtige Schritte.

Herr Ministerpräsident, ich habe zur Kenntnis genommen, daß Sie gesagt haben, bei Ihnen stünden Grohnde und Lingen an und darüber hinaus stehe nichts an. Wir Sozialdemokraten sagen zu keinem neuen Kernkraftwerk ja. Wir unterscheiden uns in der Bewertung eines Kernkraftwerks, nämlich des Kernkraftwerks in Lingen. Dies wäre ein neues. Wie kann eigentlich die Unionsfraktion im Niedersächsischen Landtag den Sozialdemokraten vorwerfen, sie gefährdeten die Sicherung der Elektrizitätsversorgung unserer Bevölkerung, weil sie zum Neubau von Kernkraftwerken jetzt nein sagen, wenn die Landesregierung ihrerseits erklärt, es gehe nur um ein Kernkraftwerk

(Zurufe von der CDU: Hat sie nicht gesagt!)

und zur Zeit um keine weiteren mehr. Dies heißt doch wohl – wenn ich Sie richtig verstehe –, daß für Sie die Sicherheitsbedürfnisse eine große Rolle spielen, genauso wir für uns. Sie sagen damit doch wohl – wenn ich das richtig sehe –, die Entsorgung muß gesichert sein, wie wir auch sagen. Dies heißt doch wohl, genauso wie für uns, eine andere Versorgung mit Energie heimischer Art muß nicht mehr möglich sein.

(Brandes [CDU]: Das heißt es gar nicht!)

Dies heißt unter dem Strich: Der Vorwurf, die Sozialdemokraten gefährdeten die Sicherheit der Energieversorgung in Niedersachsen, ist ein Scheinvorwurf, weil er sich durch Zahlen und Tatsachen nicht belegen läßt.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen mit unserem Antrag – ich will das noch einmal unterstreichen, was der Kollege Bruns dazu gesagt hat – nicht erreichen, daß eine Entwicklung auf mehr Sicherheit und auf mögliche alternative Energieträger außerhalb von heimischer Energie klassischer Art und Kernenergie abgebrochen wird; vielmehr wollen wir erreichen, daß diese Entwicklung gefördert und weiter vorangetrieben wird. Wir wollen erreichen, daß die Fagen der Wiederaufarbeitung weiterhin sorgfältig untersucht und weiterentwickelt werden. Wir wollen erreichen, daß in dieser Zeit die Zwischenlagerkapazitäten sicherer als bisher ausgebaut werden.

(Zurufe von der CDU.)

Wir wollen erreichen, daß eine neue Technologie entwickelt wird, die uns auch die Chance gibt, für die Zukunft auf eine Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus Sicherheitsgründen verzichten zu können. Das heißt: Wir wollen unserer jungen Generation die Zukunft offenlassen und dafür mehr Sicherheit haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Als nächster spricht der Abgeordnete Grill. Ich erteile ihm das Wort.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat einen Entschließungsantrag vorgelegt, den ich mit einigen wenigen Ausführungen begründen will.

Ich möchte aber zunächst etwas anmerken zu dem, was Sie, Herr Kollege Bruns, hier angesprochen haben, nämlich daß der Kollege Brandes keine ernstzunehmende Schule der Theologie finden würde, um einen Beweis für das antreten zu können, was er hier formuliert hat. Ich meine, daß wir gerade aus diesem Auftrag heraus verschiedene Dinge formulieren können, wenn wir

Grill

zum Beispiel an den Spruch aus der Bibel denken „macht euch die Erde untertan“. Ich nenne gleich hinterher eine anderes Wort aus der Bibel, um nicht mißverstanden zu werden, „bewahret die Erde vor einer Ausbeutung“.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das hat er vergessen!)

– Nein, das hat er bestimmt nicht vergessen; er hat es nur etwas globaler formuliert. – Wenn Sie dies als einen Auftrag verstehen, allen Menschen auf dieser Erde ein Lebensrecht zu sichern, dann kann man das sehr wohl mit guten theologischen Schulen begründen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einiges zu dem von der CDU-Fraktion vorgelegten Entschließungsantrag ausführen. Wir wollen vor allen Dingen folgendes deutlich machen.

Erstens. Die von der Landesregierung praktizierte Konzeptprüfung und das Gorleben-Hearing stellen im Interesse der Sicherheit und des Umweltschutzes ein optimales Verfahren dar. Gerade wenn man sich der Tatsache bewußt ist, daß die Kernenergie auslösendes Moment der Identitätskrise der Menschen in unserer industriellen Gesellschaft ist und diese Identitätskrise zur Angst vor Technologie führt, sollte dieses Hearing Vorbild sein für das Abschätzen der Folgen ähnlich weitreichender technologischer Entscheidungen. Nur durch die Einbeziehung aller Mitbürger, also einer breiten Öffentlichkeit, kann dies zu einer notwendigen Einsicht in technologische Abläufe und Entscheidungen führen. Ich meine, daß es notwendig ist, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die Wissenschaft dabei die Aufgabe hat, sich mehr als bisher dem Bürger gegenüber verständlich zu machen und die Distanz zu ihm zu überwinden.

(Beifall bei der CDU.)

Zweitens. Ein klares Bekenntnis der CDU zum weiteren Einsatz der Kernenergie. Bei Beachtung einer ständig verbesserten Sicherheit und damit einer Risikoverminderung halten wir einen Verzicht nicht für möglich. Dabei muß – dies möchte ich gerade nach dem Verlauf dieser Debatte noch einmal ausdrücklich betonen – unter Aufarbeitung der Ereignisse von Harrisburg eine offene und rückhaltlose Diskussion geführt werden. Neben dem Energiesparen, dem Einsatz der Kohle und der Entwicklung alternativer Energiequellen muß die Kernenergie zur Bedarfsdeckung herangezogen werden. Die notwendige umweltpolitische Diskussion, die sich in unserem Lande beim Thema Kernenergie kumuliert, sollte allerdings auch ausgeweitet werden auf die Risiken, die auch bei der Verwendung

fossiler Energieträger unzweifelhaft vorhanden sind.

Drittens. Das Hearing hat deutlich gemacht, daß in bezug auf die Entsorgung der Kernkraftwerke Alternativen zur Wiederaufarbeitung bestehen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache halten wir eine Neuformulierung des Entsorgungskonzepts für notwendig und für möglich. Dabei möchte ich allerdings deutlich machen, daß es sowohl für die Frage der Wiederaufarbeitung als auch für das, was wir hier als einen neuen Weg konzipiert haben, nämlich die direkte Bearbeitung und Endlagerung der abgebrannten Brennelemente, unbedingt notwendig ist, daß die Bundesregierung weitere Forschungs- und Entwicklungsprogramme entwickelt, damit wir eines Tages wirklich sicher entscheiden können und nicht wieder vor dem Problem stehen, unausgereifte Technologien gegebenenfalls gegeneinander abzuwägen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Entscheidung darüber kann und muß allerdings erst dann gefällt werden, wenn die Folgeentscheidung zum weiteren Ausbau der Kernenergie – ich nenne hier nur das Stichwort Schneller Brüter – gefallen und die notwendigen Schritte dazu klar sind. Wenn wir so verfahren, wie wir es in unserer Entschließung deutlich gemacht haben, dann bedeutet dies: keine Rohstoffverluste und ein Offenhalten aller Optionen. Die Grundsatzbeschlüsse dazu – das sollte hier noch einmal deutlich gesagt werden – sind allerdings nicht Sache des Niedersächsischen Landtages, sondern sind Sache des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte nunmehr einige Anmerkungen machen und der Opposition zu ihrem eigenen Entschließungsantrag Fragen stellen. Die abgebrannten Brennelemente, die Sie in Ihrem Antrag konstatieren, akzeptieren Sie, Sie akzeptieren also auch die friedliche Nutzung der Kernenergie, ohne das allerdings in der Art und Weise deutlich zu machen, wie wir das hier deutlich gemacht haben. Sie sagen, daß es technisch realisierbare und sichere Möglichkeiten der längerfristigen Lagerung von abgebrannten Brennelementen gibt. Sie fordern aber gleichzeitig, Konzepte für eine solche sichere Lagerung zu entwickeln. Die SPD spricht einmal von der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit des integrierten NEZ und an anderer Stelle nur von der Realisierbarkeit der Wiederaufarbeitung. Was gilt? Sie fordern die Untersuchung der Eignung des Standortes Gorleben für eine nukleare Entsorgung. Ich frage Sie: Was für eine nukleare Entsorgung – Sie halten auch das integrierte Konzept aufrecht – wollen Sie für die Standortuntersuchung in Gorleben haben? Darauf sind

Sie in Ihrer Entschließung und auch in Ihrer Begründung eine Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU.)

Was sind erforderliche Untersuchungen außer Tiefbohrungen, die ja gesondert genannt werden? Ich frage Sie: Meinen Sie damit die Baugrunduntersuchungen, die hydrogeologischen Untersuchungen und alle diese anderen Dinge? Was ist darunter zu verstehen, daß Sie außer Tiefbohrungen auch andere Untersuchungen haben wollen?

Ich meine, daß wir Sie auch fragen müssen, welche Anlagen der nuklearen Entsorgung und welche Entscheidungen gemeint sein können in bezug auf Gorleben, wenn Sie von Investitionen sprechen. Jetzt nur diese Anmerkungen zu Ihrem Entschließungsantrag. Ich meine, wir werden im Ausschuß die notwendige Zeit haben, um dieses und die Ergebnisse des Gorleben-Hearings auszuwerten, die ja bei Ihnen und bei uns zu unterschiedlichen Auffassungen geführt haben, und alles dies einer ausführlichen Beratung zuzuführen.

(Döring [CDU]: So, wie Sie Ihren Heimatkreis immer und überall gut vertreten haben! — Beifall bei der CDU.)

— Ich bedanke mich ausdrücklich für diese moralische Unterstützung. — Entscheidend ist aber — dies sollten wir mehr als bisher in den Vordergrund stellen —, daß wir durchaus auch Punkte haben, in denen wir die gleiche Sprache sprechen. Wir sind uns einig erstens über den zu untersuchenden Standort und zweitens über die sichere und zeitlich entlastende Zwischenlagerung sowie drittens über die Notwendigkeit, Alternativen zur Wiederaufarbeitung zu untersuchen. Ich halte dies für eine gute Ausgangsposition nicht nur für die weiteren Beratungen in diesem Hause, sondern auch für eine sachliche Auseinandersetzung vor Ort.

Meine Fraktion hat darüber hinaus — dies ist sicherlich wichtig, und ich kann das persönlich nur unterstützen — der Bevölkerung und den Kommunalpolitikern in Lüchow-Dannenberg den Dank ausgesprochen für das, was sie in der Diskussion um Gorleben bisher geleistet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Dabei möchte ich als unmittelbar gewählter Abgeordneter zu einigen Anmerkungen aus der Sicht des Landkreises Lüchow-Dannenberg und seiner Bürger kommen. Die Landesregierung hat mit der vorliegenden Entscheidung das Wort gehalten, das sie in Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion im Februar 1977 in diesem Hause und das der Ministerpräsident sowie auch der Sozialminister wiederholt vor Ort gegeben haben, daß nämlich eine Entscheidung nicht unter Zeitdruck und nicht gegen die

Sicherheitsinteressen der Menschen in Lüchow-Dannenberg gefällt werde,

(Beifall bei der CDU)

daß Sicherheit und Schutz des Lebens unmittelbaren Vorrang haben und daß dies für die Landesregierung keine Phrasen sind, wenn ich das einmal hier so formulieren darf. Das ist auch deutlich geworden in dem Vorhaben der Landesregierung, dem Umweltschutz durch eine eingehende Untersuchung der ökologischen und radioökologischen Auswirkungen Rechnung zu tragen.

Dies alles sind die Dinge, die Herr Kollege Ravens als Erfindung seiner Fraktion hingestellt hat. Ich meine, daß Sie auch hier der Landesregierung hinterherlaufen, weil diese Landesregierung längst in einem bisher nicht dagewesenen Maße und in einer Art, wie es bisher für keine kerntechnische Anlage in der Bundesrepublik Deutschland geschehen ist, ein Gutachten in Auftrag gegeben hatte, welches deutlich gemacht hätte, daß nicht nur die nuklearen Fragen, sondern auch die standortbezogenen Fragen in Lüchow-Dannenberg, die Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes, die Sorgen der Landwirtschaft bei dieser Landesregierung gut aufgehoben sind und durchaus in die Entscheidung für oder gegen den Standort mit einbezogen worden wären.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung hat dabei von Anfang an Vertreter der Bürgerinitiativen und anderer Gruppen an der Willensbildung beteiligt, sie hat immer mit offenen Karten gespielt und sie hat über die Gorleben-Kommission stets Bürger und Kommunalpolitiker über den aktuellen Stand des Verfahrens unterrichtet. Die Niedersächsische Landesregierung hat auf diese Art und Weise eine weitgehende Beteiligung des Bürgers bei der Meinungsbildung ermöglicht; aber dennoch muß ich nach zwei Jahren der Diskussion in Lüchow-Dannenberg einige kritische Anmerkungen machen, die allerdings nicht als Vorwurf gelten sollen. Sie sind nicht etwa — damit ich nicht mißverstanden werde — in Richtung Landesregierung gemeint, sondern insbesondere an die Opposition und an die die Bundesregierung tragenden Parteien gerichtet. Diese Anmerkungen sollen uns allen eine Hilfe sein, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Es kann nicht geleugnet werden, meine Damen und Herren, daß sich die Bürger in Lüchow-Dannenberg vermehrt gegen die Anlagen wenden. Dazu kommt, daß gleichsam ein Spaltpilz in die Bevölkerung hineingetragen worden ist, der scheinbar Gute, nämlich Gegner, von scheinbar Bösen, nämlich Befürwortern, trennt. Die Belastung der Menschen einer Region durch eine

Grill

solche Standortentscheidung ist für einen Außenstehenden schwer nachvollziehbar. Es ist deprimierend, wenn das Pro und Kontra der Kernenergie Familien belastet und Freundschaften trennt ebenso wie Dorfgemeinschaften, Verbände und Vereine. Wenn es so weit geht, daß Fußballmannschaften nicht mehr zusammenpassen, weil von den Elfen sechs gegen und fünf für die Kernenergie sind, dann sind dies Zustände, die sehr wohl in unsere politischen Handlungen Eingang finden müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Gorleben sozusagen vom täglichen Leben bis in die kleinste Ritze hinein Besitz ergreift, dann ist dafür eine Reihe von Gründen maßgebend, die ich hier einmal sehr deutlich zusammenfassen möchte. Erstens ist dies die Angst vor dem atomaren Risiko; zweitens ist es aber auch – dies muß einmal sehr deutlich gesagt werden – die systematische Schürung von Angst in der Bevölkerung durch alle möglichen Gruppen, woran sich in der letzten Zeit leider auch Ärzte unter Ausnutzung ihres hohen gesellschaftlichen Ansehens in Lüchow-Dannenberg beteiligt haben. Drittens ist es der Verlust von Vertrauen im Zusammenhang mit den Landkäufen nicht zuletzt durch die Bundesregierung und – ich sage das auch – durch das nicht immer geschickte Verhalten der Industrie. Viertens sind es die mangelnde Informationsarbeit insbesondere der Bundesregierung und die mangelnde Bereitschaft der Politiker von SPD und FDP, die Entscheidungen Ihrer Parteien vor Ort zu vertreten und zu erläutern.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte hier nur an den Nacht-und-Nebel-Besuch des nordrhein-westfälischen Innenministers Hirsch erinnern, von dem wir bis heute nicht einmal wissen, von welchen Kommunalpolitikern er denn solche Äußerungen bezogen hat, wie er sie im Landtag von Nordrhein-Westfalen verkündet hat. Es wäre gut gewesen, wenn er sich mit denen unterhalten hätte, die in Lüchow-Dannenberg die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU.)

Fünftens. Nicht nur die Angst vor dem nuklearen Risiko ist hier ausschlaggebend, sondern auch die Angst vor der Überforderung durch die Größe einer solchen Anlage, vor dem Eingriff in die gewachsenen Strukturen der menschlichen Gemeinschaft und der Landschaft durch den Bau und durch die Infrastruktur, wobei der Glaube an den Fortschritt einer ungeheuren Skepsis gewichen ist. Ich wiederhole hier etwas, was einer meiner Vorredner schon vorhin deutlich gesagt hat: Hier stellt sich wirklich die

Frage, ob wir alles machen dürfen, was machbar erscheint.

(Ravens [SPD]: Ja eben!)

Sechstens ist es die Erschütterung des Glaubens an die Wissenschaft. Auch hier ist sicherlich – ich habe das eingangs schon gesagt – einiges aufzuarbeiten.

Damit ich nicht mißverstanden werde, meine Damen und Herren: Diese Schilderung könnte sich ebenso auf jeden anderen Standort für eine solche oder ähnliche Anlage in der Bundesrepublik Deutschland beziehen. Es geht mir darum, daß wir alle gemeinsam aus den Abläufen dieser Dinge Erkenntnisse gewinnen, um die Probleme, die sich damit verbinden, vielleicht doch bewältigen zu können. Ich meine, daß diese Probleme insbesondere ihren Niederschlag finden in dem Faktor Zeit.

Meine Damen und Herren! Die besondere Problematik jeder betroffenen Region liegt immer in der Frage der Zeitabläufe. Nicht alle Fragen, die immer wieder und drängend an uns gestellt werden, sind von heute auf morgen zu beantworten. Durch die heute in diesem Hause getroffenen Entscheidungen und die Entschließungsanträge wird die zeitliche Belastung der Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg um ein Erhebliches verlängert; dies heißt, daß der Zeitpunkt einer endgültigen Entscheidung über viele Fragen in weite Ferne gerückt ist. Auf der anderen Seite sollte dies aber als ein deutliches Moment der Entlastung verstanden werden. Wir müssen uns freilich darüber im klaren sein, daß die Fragen – zum Beispiel Fragen über die Probleme des Salzstockes – nicht aufhören werden, sie werden sich nun einmal, seit die Wiederaufarbeitungsanlage mehr und mehr aus der Diskussion herauskommt, auf den Salzstock konzentrieren. In der letzten Zeit aufgetauchte Zweifel an der generellen Eignung von Salzstöcken für die Endlagerung können nicht ohne Antwort bleiben. Wenn wir aber bedenken, welche zeitlichen Vorstellungen wir heute diskutieren, dann wird deutlich, wie sich dies in Lüchow-Dannenberg auswirken wird.

Da am Ende dieses Weges auch eine Entscheidung gegen das weitere Verfolgen des jetzt angenommenen Standortes stehen kann, darf in der Zwischenzeit die allgemeine Entwicklung des Kreises Lüchow-Dannenberg nicht außer acht gelassen werden. Dies ist ein eindringlicher Appell! Es ist immer wieder wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Region Lüchow-Dannenberg unter einer erheblichen Auszehrung ihrer Bevölkerung leidet. Dies ist ebenso ein Faktum wie sicherlich die Schwierigkeiten, die wir zur Zeit haben. Die Lebensfähigkeit einer Region ist auch von einer solchen Tatsache in einem erheblichen Maße bedroht. Für uns bedeutet das

nichts anderes, als daß wir als Vertreter dieser Region unabhängig von dem Bau irgendwelcher Anlagen im Bereich des Nuklearen Entsorgungszentrums Forderungen und Wünsche anmelden müssen hinsichtlich der Ansiedlung von Industrie, hinsichtlich der Hilfe von Bund und Land; denn wir können es uns nicht leisten, diesem Bevölkerungsschwund tatenlos zuzusehen. Wir hoffen hierbei auf die tatkräftige Unterstützung von Bund und Land. Ein Stillhalten wäre unverantwortlich insbesondere gegenüber der jüngeren Generation in Lüchow-Dannenberg, die ohne Arbeitsplatz und ohne Alternativen in ihrer engeren Heimat abwandern muß.

Lassen Sie mich am Schluß meiner Ausführungen noch einmal ein Problem aufgreifen, das ich bereits angesprochen habe. In den letzten Wochen ist immer wieder die mangelnde Informationsarbeit in den Vordergrund gerückt worden. Sie gilt zum Teil als ein auslösendes Moment der Polarisierung innerhalb der Bevölkerung und auch als ein Moment der Verunsicherung. Die Verantwortlichen haben hier meines Erachtens nicht immer verstanden, das zu tun, was notwendig ist, beziehungsweise, daß mehr Information weniger Mißverständnisse bedeutet. Ich meine, daß wir nicht leugnen können, daß die unzureichende Information über alle Fragen der Kernenergie – der Bürgerdialog „Kernenergie“ hat hier überhaupt nicht gegriffen – eine wichtige Rolle spielt.

Für mich ist aber die Taktiererei von SPD und FDP vor Ort eine wesentliche Ursache. Viele vergessen dabei, daß unabhängig von der Form und dem Umfang der Information menschliche Probleme und Konflikte entstehen. Da, wo die politischen Vertreter unsicher erscheinen, kann unter einer betroffenen Bevölkerung kein sicheres Gefühl für verantwortbare Entscheidungen entstehen. Von diesem Prozeß der Entfernung zwischen der Bevölkerung und den Parlamenten sind alle Mandatsträger betroffen. Ich meine, daß wir nicht nur die Fähigkeit haben müssen, in den Parlamenten, hier und auch anderswo, das Notwendige zu entscheiden, sondern daß die Parlamente auch dazu da sind, die Probleme der Betroffenen zu lösen. Sie müssen sich nach ihren Entscheidungen gleichsam in einer Art Rückkopplung vor Ort bemühen, denen eine Hilfe zu geben, die betroffen sind, damit die außerparlamentarischen Gruppen in ihren Aktionen keinen weitergehenden oder zu weit gehenden Einfluß auf den Ablauf der Entscheidungen bekommen.

Es gehört allerdings auch zu den wichtigsten Erkenntnissen der letzten zwei Jahre, daß wir offensichtlich alle zuwenig für die Bewältigung dieses menschlichen Problems getan haben. Hier ist Hilfe von außen – das sage ich auch ganz deutlich – außerordentlich schwierig. Aber wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die mensch-

lichen Gemeinschaften einer betroffenen Region auseinanderbrechen, sich scheinbar unversöhnliche Standpunkte gegenüberstehen. Hier werden wir in irgendeiner Weise gefordert, und hier appelliere ich eindringlich an dieses Haus, den Gemeinsinn zu erhalten, so daß soziale und psychologische Folgen einer solchen Entscheidung kein negatives Konto politischer Entscheidungen bilden. Es gibt keine Patentlösung dafür. Eine wichtige Voraussetzung scheint mir allerdings die zu sein, daß Befürworter wie Gegner einander nicht die moralische und auch verantwortbare Position absprechen und in dieser Diskussion um die Kernenergie, um die nukleare Entsorgung auch Platz bleibt für Zwischentöne.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland – ich glaube, ich darf das hier in diesem Zusammenhang einmal so formulieren – von einer Region wie Lüchow-Dannenberg erwartet, im Sinne der Gemeinschaft und des Gemeinsinns eine Anlage dieser oder einer anderen Art auf sich zu nehmen, die als notwendig gilt im nationalen Sinne, dann ist der Gemeinsinn und die Gemeinschaft keine Einbahnstraße aus der Sicht der Region gegenüber der übrigen Bevölkerung, sondern hier muß Gemeinsinn, ausgeübt durch die Parlamente, auch gelten gegenüber der betroffenen Bevölkerung; sie kann mit diesem Problem von uns nicht alleingelassen werden.

(Beifall bei der CDU.)

Ich danke am Schluß meiner Ausführungen der Landesregierung, vor allem aber auch Ihnen, Herr Dr. Albrecht, dafür, daß Sie gegenüber der Region Lüchow-Dannenberg das eingehalten haben, was Sie uns von Anfang an versprochen haben. Ich hoffe, daß wir in diesem Sinne, und dazu sind in Lüchow-Dannenberg nach wie vor viele bereit, auf der Basis gegenseitigen Vertrauens gemeinsam an den Problemen weiterarbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir noch drei Wortmeldungen vor, so daß wir dieses Thema in der Vormittagssitzung nicht mehr abhandeln können. Verabredungsgemäß tritt der Landtag jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung. Wiederbeginn: 15 Uhr.

Unterbrechung: 13.07 Uhr.

Wiederbeginn: 15.02 Uhr.

Vizepräsident Warnecke:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir sind in einer interfraktionellen Besprechung und auch im

Vizepräsident Warnecke

Ältestenrat übereingekommen, die Tagesordnung in der Reihenfolge so abzuwickeln, daß nach Beendigung der Punkte 1 und 2 der Punkt 4 – Aktuelle Stunde – vorgezogen wird und sich der Punkt 3 – Fragestunde – daran anschließt. Ich halte das Haus damit einverstanden.

Wir fahren in der Debatte zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung fort. Es liegt die Wortmeldung des Kollegen Bruns (Reinhausen) vor. Ich erteile ihm das Wort.

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Mit Genugtuung und Erleichterung kann man heute feststellen, daß der Bau des geplanten Nuklearen Entsorgungszentrums mit Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben nunmehr nicht genehmigt wird. Die Sozialdemokraten führen dafür Sicherheitsgründe an, während die CDU lediglich politische Gründe anführt. Zusätzlich zu den Sicherheitsgründen gibt es aber auch ökologische Gründe, die gegen ein solches Projekt in Gorleben sprechen. Die gewonnene Denkpause müssen wir nun alle nutzen, ob Gegner oder Befürworter der friedlichen Nutzung der Kernenergie, ob Politiker aller Ebenen, Bürger, Gewerkschaften oder Vertreter der Wirtschaft. An uns liegt es nun, durch konsequentes Handeln den Nachweis zu führen, daß wir ohne Gefährdung der Sicherheit und der Umwelt ausreichend Energie zur Verfügung stellen können, um bei uns und in aller Welt Not und Hunger zu bannen und ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die Sorge um eine Energielücke ist daher ebenso begründet wie die Sorge um die Sicherheit und die Sorge um eine heile Umwelt. Deshalb sollte es bei der Suche nach vertretbaren Alternativen keine Verteufelung der unterschiedlichen Standpunkte geben.

In namhaften Wochen- und Tageszeitungen wurde nach der erkennbaren Ablehnung des Nuklearen Entsorgungszentrums Gorleben den Politikern der Vorwurf des Opportunismus und der Wankelmütigkeit gemacht, da sie zunächst die Kernenergie befürwortet hätten, nunmehr aber für eine Pause beim Ausbau der Kernenergie einträten. Ein solcher Vorwurf ist unangebracht, wenn man das Ergebnis des Symposions „Rede – Gegenrede“ und die durch den Reaktorunfall von Harrisburg eingetretene Verunsicherung bewertet und wenn man die Beweggründe achtet, die so viele, vor allem junge Menschen zu Kernenergiegegnern werden ließen oder die die Bauern aus Lüchow-Dannenberg zum Widerstand gegen das Entsorgungszentrum veranlaßten.

Herr Ministerpräsident Albrecht hat nun die Haltung dieser Kernkraftgegner so gedeutet, sie würden aus Angst handeln und sie fürchteten im Leben jegliches Risiko. Ich deute die Haltung

dieser vielen jungen Menschen und besonnenen Bürger, die ihre Haltung und Meinung so eindringlich hier in Hannover bekundet haben, anders. Es geht ihnen nicht um ihre persönliche Sicherheit oder um ein Leben ohne Risiko, sondern es geht ihnen darum, daß auch zukünftige Generationen ein Recht auf Leben ohne Gefahren haben. Der Widerstand gegen die Kernenergie entspringt nicht nur Emotionen, wie das so häufig dargestellt wird und auch heute morgen von dieser Seite (zur CDU gewandt) behauptet wurde, sondern einer rational begründeten Sorge, daß wir Menschen auf Grund tatsächlicher oder vermeintlicher wirtschaftlicher Zwänge mittels eines allzu gedankenlos vorangetriebenen technischen Fortschritts unsere natürliche Umwelt zerstören und unseren Nachfahren eine ausgeplünderte und mit den schlummernden Gefahren der nuklearen Abfälle belastete Umwelt hinterlassen.

(Kruse [CDU]: Das ist doch Polemik!)

Die Risiken der Kernkraft mögen mittels raffinierter Technik beherrschbar erscheinen. Herr Ministerpräsident Albrecht hat ja hier deutlich erklärt, daß er der Meinung ist, daß es dort im Grunde überhaupt keine Risiken und Gefahren mehr gäbe. Belastend wirkt aber für die Politiker und Bürger, daß sie die Wirkungsweisen und Gefahren dieser Technologien selbst nicht erfassen können und die Risiken des nuklearen Abfalls und der nuklearen Emissionen auch den kommenden Geschlechtern für Tausende von Jahren überlassen.

Wir stehen allesamt vor einer ökologischen Herausforderung. Dieser Herausforderung werden wir allerdings nicht gerecht, wenn wir lediglich nein zur Kernenergie sagen. Die wachsende Verschmutzung der Weltmeere durch Öl und Abwässer, die Vernichtung der riesigen tropischen Urwälder, die zunehmende Belastung der Atmosphäre durch die Rückstände der Verbrennung fossiler Energieträger sowie die weltweite Vernichtung funktionsfähiger Ökosysteme sind gleichgewichtige Bedrohungen unserer Umwelt, die es abzuwehren gilt. Bei der Bestimmung des Standortes Gorleben wurden ökologische Gesichtspunkte außer acht gelassen. Die Niedersächsische Landesregierung ist bei der Auswahl des Standortes Gorleben neben einigen taktischen Fragen zwar davon ausgegangen, dort einen geeigneten Salzstock für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zu finden, sie hat aber nicht im geringsten den biologischen und ökologischen Wert des betroffenen Raumes berücksichtigt.

Indem man plante, den größten gefahren- und emissionsträchtigen Chemiekomplex in Gorleben zu errichten, setzte man sich rücksichtslos darüber hinweg, daß der Landkreis Lüchow-Dannenberg

berg einer der letzten nahezu unbelasteten großen Naturräume in der Bundesrepublik Deutschland ist, von dem große Teile als Naturpark, als Naturschutz- und als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind. Die Niederungen der Elbe und ihres Nebenflusses Seege sind darüber hinaus Bestandteil des von der RAMSAR-Konvention festgehaltenen Feuchtgebietes internationaler Bedeutung, der „Talaue Schnackenburg bis Lauenburg“. Von diesem großen und international für schützenswert gehaltenen Feuchtgebiet liegen vier Teilgebiete – die „Seegeniederung mit Laascher See“, das „Elbholz mit angrenzenden Elbwiesen“, die „Elbaue bei Schnackenburg“ und die „Elbaue bei Damnatz“ – direkt an dem Standort Gorleben oder in dessen Nähe. Teile der Standortfläche gehören zum Naturpark „Elbufer-Drawehn“. Im Raumordnungsprogramm ist das gesamte Gebiet als ökologischer Entlastungsraum vorgesehen. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg wurde auf Grund seines kulturellen, seines ökologischen sowie seines Erholungswertes in das „Internationale Grünbuch“ der Internationalen Naturschutzunion aufgenommen.

In den besagten Gebieten brüten 58 der 103 in der Bundesrepublik gefährdeten Brutvogelarten und die Hälfte der noch bei uns vorhandenen Kranichpaare. Das Gebiet gehört zur Vogelflugleitlinie und dient als einer der wichtigsten zur Zeit noch bestehenden Rastplätze der Zugvögel.

(Freiherr von Schorlemer [CDU]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Von den in der Bundesrepublik vom Aussterben bedrohten Lurcharten, Schmetterlingen und Nachtfaltern sind in diesem Gebiet die meisten noch anzufinden. Zum Teil gibt es diese Arten nur noch in diesem Gebiet.

– Auf diese Frage, die ich eben hörte, möchte ich nur kurz folgendes sagen: Wir sind in der Veranstaltung des Deutschen Bundes für Vogelschutz in Celle gewesen und haben dort zwei hervorragende Referate hören können, eines von Professor Heidemann über das Wattenmeer und eines von Professor Wilkens über diesen biologisch wertvollen Raum im Kreis Lüchow-Dannenberg. Dort sind diese Ausführungen gemacht worden. Das braucht man sich also nicht aufschreiben zu lassen.

Aber alle diese Tatbestände und alle Schutzbestimmungen und internationalen Abmachungen haben die Landesregierung bisher nicht daran gehindert, mitten in diesem Gebiet den größten, emissionsträchtigsten Chemiekomplex vorzusehen, dessen Auswirkungen und Eingriffe aus dem von der DWK vorgelegten Raumordnungsverfahren abzuleiten waren. Dort sollte laut Plan auf einer Fläche von 12 qkm eine Baumasse

von 6 Millionen Kubikmetern umbauten Raumes entstehen mit Schornsteinen, Kühl- und Fördertürmen in Höhe von 60 bis 200 m. Der ganze Komplex sollte dann entsprechend umzäunt, abgesichert und nachts illuminiert werden.

(Zuruf von Freiherr von Schorlemer [CDU].)

Hierzu kämen der Neu- und der Ausbau von Straßen, von Kiesgruben, von Salzhalden. Außerdem wäre ein Wasserbedarf von 70 Millionen Kubikmetern pro Jahr zu decken gewesen, und eine zeitweise Absenkung des Grundwassers wäre erforderlich geworden. Es wären neue Wohnsiedlungen, Infrastruktureinrichtungen für einen Bevölkerungszuwachs von 25 bis 35 % der bisherigen Bevölkerung notwendig geworden.

Würde man die Auswirkungen dieser Planung auf den Raum übertragen aufgrund von vergleichbaren Entwicklungen, dann könnte man nur noch feststellen, daß der ökologische, der kulturelle und der Erholungswert dieses einmaligen und als schutzwürdig bestimmten Gebietes dem Nuklearen Entsorgungszentrum geopfert und langfristig als verloren gelten würde.

Vor jeglicher Entscheidung, ob im Raum Gorleben überhaupt eine Entsorgungsanlage, in welcher Form auch immer, gebaut werden kann, sollten daher nicht nur Tiefbohrungen durchgeführt werden zur Erkundung des Salzstockes, sondern es sollten die möglichen Auswirkungen einer solchen oder einer anderweitigen Anlage auf die Menschen, auf die Natur, auf die Landschaft, das Wasser, die Elbe, das Grundwasser, auf Tiere und Pflanzen und auf die Landwirtschaft ermittelt werden.

Auch ohne einen spezifischen Antrag für die Wiederaufarbeitungsanlage ist daher nicht nur eine umfassende, unterschiedliche Jahreszyklen analysierende ökologische, sondern auch eine radioökologische Begutachtung vorzunehmen.

(Grill [CDU]: Das ist alles vorgesehen!)

– Wenn das vorgesehen ist, dann frage ich mich, weshalb hier so selbstbewußt gesagt wird, daß im Grunde genommen diese Anlage mit ihren ganzen Konsequenzen schon als sicher empfunden wird. Das haben wir heute morgen hier gehört.

(Grill [CDU]: Das hat doch niemand gesagt, Herr Bruns!)

Eines kann nur stimmen. Entweder wird gesagt: Nach unserer Auffassung spielen Sicherheitsgründe keine Rolle, sondern politische, oder man ist bereit, zunächst überhaupt einmal Gutachten erstellen zu lassen, ob man in diesem Raum Menschen und Natur überhaupt mit einer solchen Anlage, wie geplant, belasten kann.

(Grill [CDU]: Sie haben meine Rede offensichtlich nicht gehört!)

Bruns (Reinhausen)

Bei einer solchen Untersuchung sind die Gewichte im Verhältnis zur traditionellen Begutachtung zu verschieden.

Ein zusätzlicher wesentlicher Ausgangspunkt muß die Frage sein: Was können die Menschen in der Region, was können Tiere, Wasser, Pflanzen und Luft, was kann die Landwirtschaft verkraften? Welche Folgen können die mutmaßlichen Eingriffe und Belastungen haben? Die Umkehrung der traditionellen Belastungsrechnungen, die lediglich von den Emissionen spezifischer Anlagen ausgingen, ist vorzunehmen. Es bedarf einer unabhängigen, kritischen und standortspezifischen Begutachtung. Es muß untersucht werden, wie sich schädliche Nuklide wie Jod, C-14 oder Tritium verhalten, welche Wirkungen Strontium, Cäsium oder Krypton haben, welche Folgerungen sich hieraus herleiten lassen. Ein solcher Ansatz einer vorausschauenden ökologischen und radioökologischen Begutachtung ist für die Bevölkerung und die Öffentlichkeit unabdingbar.

Die Hauptfrage heißt nicht mehr: Wie kann ich diese oder jene Anlage durch die Begutachtung durchsetzen oder verbessern? Denn so ist man bisher vorgegangen. Es wurde eine Anlage geplant, es wurden nicht zunächst die Fragen gestellt, sondern es wurde erst danach festgestellt, ob die Anlage bestimmten Vorschriften entspricht. Die Frage lautet nunmehr: In welchem Umfang ist die Umwelt, ohne Schaden zu nehmen, belastbar, und welche Folgen können für die Menschen auftreten? Und weiter: Läßt sich auf der Grundlage dieser radioökologischen Untersuchungen, die Störfälle und Unfälle mit einzukalkulieren haben, dann überhaupt dieses oder jenes künftige Entsorgungsprojekt verantworten?

Herr Kollege Grill, Sie hatten gefragt, welche zusätzlichen Untersuchungen wir meinten. Ich habe sie Ihnen jetzt aufgezählt. Nach Ihren Ausführungen, die Sie vor der Mittagspause gemacht haben,

(Dr. Blanke [CDU]: Das brauchten Sie gar nicht mehr zu sagen! — Heiterkeit bei der CDU)

habe ich den Eindruck, Herr Grill, daß auch Sie Wert darauf legen, daß man diese natürlichen Gegebenheiten des Raumes Lüchow-Dannenberg und die Belastung dieses Raumes selbstverständlich auch bei der Entscheidung über das, was dort geschieht, mit einkalkuliert und daß man da vorher gründliche Untersuchungen und Gutachten haben muß.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Bruns, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grill?

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Ja, bitte sehr.

Grill (CDU):

Herr Bruns, ist Ihnen entgangen, daß die Landesregierung seit der Entscheidung über Gorleben ein bisher in der Bundesrepublik für keine kern-technische Anlage durchgeführtes ökologisches, radioökologisches und regionalwirtschaftliches Gutachten geplant hat, das all den Bedenken Rechnung tragen sollte, die Sie hier vortragen? Sie scheinen davon überhaupt keine Kenntnis genommen zu haben.

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Ich weiß nur so viel, daß bei den ganzen Diskussionen und Überlegungen dieser ökologische Wert des Raumes und dieses Gutachten leider nie eine besondere Rolle gespielt haben, auch bei Ihnen nicht! Schon bei der ersten Standortuntersuchung hat man diese Bedenken überhaupt nicht in Erwägung gezogen.

(Kuhlmann [CDU]: Aber das sind doch Fakten!)

Die Landesregierung hat nur eine Alternative: Entweder werden sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der nuklearen Entsorgung für die Bundesrepublik in Gorleben gestoppt — dann benötigen wir auch keine Gutachten —, oder im Raum Lüchow-Dannenberg wird auch diese Frage weiter geprüft. Herr Grill, nach dem Hin und Her, das es mit den Gutachten und mit den Gutachtern gegeben hat, sind wir nicht so überzeugt, daß nun diese Gutachten wirklich unabhängig und standortspezifisch durchgeführt werden. Wir legen Wert darauf, weil wir den Wert dieses Raumes kennen. Sie selber haben gesagt: Die Menschen haben einen Anspruch darauf, eine objektive Antwort darauf zu bekommen, ob ihre Befürchtungen zu Recht bestehen. Sie haben auch ein Recht darauf, eine objektive Antwort auf ihre Frage zu bekommen, was sich in ihrem Raume in Zukunft vollziehen kann.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Grill hat ohnehin eine etwas andere Einstellung, als sie seine Fraktion heute morgen hier in bezug auf den Einsatz der Kernenergie zum Ausdruck gebracht hat. In Göttingen, Herr Kollege Grill, ist in einer Zeitungsmeldung folgendes über Sie nachzulesen:

„Deutliche Kritik an die Adresse der eigenen Partei hinsichtlich ihrer Haltung zur Kernenergie richtete der CDU-Landtagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill (Lüchow-Dannenberg) auf dem Jahrestreffen des Ringes christlich-demokratischer Akademiker in Göttingen und sagte als Energieexperte seiner Fraktion, daß immer noch viel zu

viele Leute in der CDU unbedenklich der Kernenergie das Wort redeten.“

Damit scheint es doch so zu sein, daß Sie, Herr Grill, zumindest die Bedenken, die wir heute vorgetragen haben, mit uns teilen und daß Sie selbst Ihrer Fraktion oder Teilen davon den Vorwurf machen, daß man sich zu bedenkenlos dafür einsetzt, die Kernenergie in der Bundesrepublik zu verwenden.

Wir stehen weltweit vor der alle Völker verpflichtenden Aufgabe, letzte noch funktionsfähige Ökosysteme mit überregionaler Bedeutung zu retten. Es seien hier das Wattenmeer, die Feuchtgebiete, die Urwälder Brasiliens oder die Wildreservate Afrikas genannt.

(Kuhlmann [CDU]: Sie hätten sich ja um die niedersächsischen Moore kümmern können, als Sie Landwirtschaftsminister waren!)

– Die Bauern habe ich eben erwähnt, und ich bin der Meinung, es ist unwahrscheinlich beeindruckend gewesen, in welcher Form die Bauern ihre Sorgen und ihren Protest zum Ausdruck gebracht haben.

(Kuhlmann [CDU]: Ich sprach aber nicht von den Bauern, sondern von den Mooren!)

Wie können wir Mahner und Mittler bei dieser Aufgabe sein, wenn wir selbst derartig gegen Schutzbestimmungen und internationale Abmachungen verstoßen? Es geht hierbei auch nicht darum, daß wir, wie Herr Ministerpräsident Albrecht bei der Jahrestagung des Vogelschutzbundes in Celle sagte, die Energieversorgung der Bundesrepublik nicht von einigen Vögeln abhängig machen können.

(Lachen bei der CDU.)

– Ja, darüber ist sicherlich auch zu lachen, denn hier geht es letzten Endes darum, ob wir neben allem unentbehrlichen technischen Fortschritt uns die Umwelt bewahren, die wir mit all ihren Wundern und ihrer Schönheit, mit der Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt zum Leben heute und morgen brauchen. Es geht bei der Entscheidung über solche Fragen, wie wir sie heute hier diskutiert haben, darum, ob wir uns die Güter dieser Erde aneignen, ohne die unvergleichliche und nicht wiederherstellbare Schöpfung Gottes zu zerstören.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Als nächster hat nun das Wort der Abgeordnete Walter Remmers. Ich erteile ihm das Wort.

Remmers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Bemerkung zu Herrn Bruns. Ich meine jetzt natürlich Herrn Bruns (Göttingen),

der hier soeben vor mir gesprochen hat. Herr Bruns, ich habe etwas den Eindruck, als hätten Sie diese Rede konzipiert, als Sie noch nicht von dem wußten, von dem der andere Bruns heute morgen gesagt hat, er hätte es längst gewußt.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn ich Sie nämlich richtig verstanden habe, dann haben Sie soeben im einzelnen dargelegt, daß aus ökologischen Gründen die Anlage nicht gebaut werden darf, die nach Meinung der Landesregierung nicht gebaut werden soll. Einiges von Ihren Argumenten hätten Sie sich sparen können.

Ich möchte mich aber eigentlich in diese Diskussion, die auch teilweise heute morgen in Ansätzen schon wieder aufgekommen ist und bei der man versucht, das Schwarze-Peter-Spiel erneut zu beginnen und zu sagen, Bundesregierung so, Landesregierung anders, SPD so, CDU so und Landes-SPD anders als Bundes-SPD, gar nicht einmischen. Ich glaube, daß es darauf im Grunde nicht ankommt, sondern es kommt doch darauf an, daß wir uns heute hier darüber klar werden, was wir denn gegenwärtig eigentlich betreiben. Wir haben von der Landesregierung gehört, daß sie ein Nukleares Entsorgungszentrum sicherheitstechnisch grundsätzlich für realisierbar hält, und zwar auch nach den Feststellungen des Symposiums. Dieses Wort „grundsätzlich“ wird von Ihnen, meine Herren von der SPD, die hier geredet haben, in der Diskussion schlechterdings unterschlagen. Das macht Ihnen dann zwar das Diskutieren etwas einfacher, ganz lauter ist das aber nicht. Aber das ist die Feststellung der Landesregierung. Das als erstes.

Zweitens. Die Landesregierung und mit ihr die CDU-Fraktion vertritt die Auffassung, daß der Energiebedarf der Zukunft nur unter Beteiligung der Kernenergie gedeckt werden kann.

Drittens – und das ist jetzt der Punkt, über den ich mich etwas ausbreiten möchte –, es wird plötzlich gesagt: Es wird nicht für richtig gehalten, die Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen, und – das ist hier heute morgen mehrfach gesagt worden – im Grunde finde der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage – vom Zeitpunkt mal ganz abgesehen – deshalb nicht statt, weil diese Anlage politisch nicht errichtbar sei. Das ist wohl richtig.

Ich möchte hier in aller Deutlichkeit sagen, daß ich voll hinter dieser Entscheidung der Landesregierung stehe und daß es richtig ist, daß wir in der realen Situation eine andere Entscheidung gar nicht treffen konnten. Ich meine, daß diese Entscheidung richtig ist. Aber, meine Damen und Herren – das gilt eigentlich für uns alle, die wir Politik zu verantworten haben –: Haben wir eigentlich Grund, stolz zu sein auf das, was wir

Remmers

hier heute erleben? Wenn wir uns einmal etwas umdrehen und wirklich dieses parteipolitische Kleinklein beiseite lassen, sind wir wirklich berechtigt zu sagen: Wir haben heute eine epochemachende Entscheidung getroffen, die eine Tür für die Zukunft aufgestoßen hat und die nicht nur uns, sondern auch den kommenden Generationen, das Leben sicherer macht? Ist das so? So sehr ich – ich sage es noch einmal – diese Entscheidung im Grundsatz für richtig halte und in diesem Einzelfall für gar nicht anders machbar halte, bin ich auch der Meinung, daß wir keinen Anlaß haben, darauf stolz zu sein, daß wir so entscheiden mußten. Ich sage das mit dem Stolz nicht etwa bezogen auf Kleinigkeiten wie den Entschließungsantrag der SPD, der, so wird behauptet, einstimmig gefaßt worden ist, der in seiner Einstimmigkeit aber wohl nur hat zustande kommen können, weil er in sich selbst eben nicht schlüssig ist und praktisch verschiedene Strömungen ineinanderfließen läßt.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage das vielmehr, weil wir uns darüber im klaren sein müssen, daß wir mit unseren Entscheidungen in der Energiepolitik an einer Stimmung zu scheitern drohen, die wir selbst mit zu verantworten haben.

Wir sind inzwischen in einer Situation, in der wir gar nicht mehr das tun können, was wir eigentlich tun sollten, nämlich die Dinge bewegen, sondern wir sind hier in eine Situation geraten – und das ist ja möglicherweise, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, bei Ihnen besonders interessant –, daß Sie sich jetzt in die Situation des totalen Bewahrens hineinbegeben und die Frage der Entwicklung, des Weitergehens hintanstellen. Es ist doch bei aller Hochachtung vor dem Kollegen Bruns interessant zu hören, wie wir über die Energieversorgung der Welt hier zu diskutieren und zu entscheiden haben und wie in diesem Zusammenhang der Redner der SPD uns die Probleme des ökologischen Raumes in Gorleben hier im einzelnen dargelegt hat, als wenn es nicht selbstverständlich wäre, daß eine solche Anlage, gleichgültig, wo sie gebaut würde, wenn sie gebaut würde, dieselbe Fläche in Anspruch nehmen müßte und in gleicher Weise in den Lebensraum dann eben andersgearteter Dinge eingreifen würde.

(Beifall bei der CDU. – Döring [CDU]: Das war die Tarnkappe der Feigheit!)

Aber das ist im Grunde auch ein Problem, meine Damen und Herren von der SPD, mit dem Sie sich auseinandersetzen müssen. Ich glaube, wir können feststellen – und das ist wohl auch in dem Beitrag von Herrn Bruns (Emden) deutlich geworden –, daß im Grundsatz Einigkeit über unsere Verantwortung besteht und daß im Grundsatz auch Einigkeit darüber besteht, wenn

auch mit Nuancen, daß Kernenergie für die Energieversorgung der Welt unverzichtbar ist. Ich halte das tatsächlich für eine gute Sache. Nur, meine Damen und Herren, das müssen wir durchhalten. Wir müssen diese Aussage tatsächlich auch gemeinsam durchhalten,

(Bruns [Emden] [SPD]: Dann müssen Sie mich aber auch vollständig zitieren!)

wenn wir demnächst nicht wieder in der Sackgasse stehen wollen, Dinge, die wir machen möchten, nicht mehr machen zu können, weil wir uns in diese Probleme hineingeredet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Über eines sollten wir uns im klaren sein. Wir sind nicht hier, um einfach daherzureden,

(Bruns [Emden] [SPD]: Sehr gut!)

sondern wir stehen in der Verantwortung. Eines ist sicher: Je mehr wir zögern und je mehr wir aus taktischen Gründen das eine oder andere tun, um so mehr werden wir feststellen, daß es demnächst – und zwar mit fortschreitender Zeit immer weniger – bequeme Auswege nicht mehr geben wird.

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen dazu machen, wie ich die Lage bei der Energieversorgung sehe, um noch einmal zu unterstreichen, warum wir und – das möchte ich durchaus persönlich sagen – ich persönlich der Ansicht sind, daß Kernenergie unverzichtbar ist. Im Jahre 1975, meine Damen und Herren, sind auf der Erde 8,7 Millionen t Steinkohleneinheiten verbraucht worden, pro Kopf der Weltbevölkerung also 2 t SKE. In der Bundesrepublik haben wir fast das 3fache verbraucht, in den USA wurde das 5,5fache verbraucht, und in den Entwicklungsländern – so viel blieb für diese nur übrig – stand pro Kopf nur ein Zehntel der Energiemenge zur Verfügung, die wir in der Bundesrepublik verbrauchen. Ein anderes Rechenbeispiel: 30% der Erdbevölkerung haben in der letzten Zeit 85% der Energie verbraucht.

Mir sagen diese Zahlen zwei Dinge: Wenn wir unserer Verpflichtung genügen wollen – ich glaube, daß wir diese Verpflichtung haben –, einigermaßen gleiche Lebensverhältnisse für alle Menschen auf Dauer anzustreben, und wenn wir in der Dritten Welt Menschen einen Weg zum Wohlstand – was heißt hier Wohlstand?, ich sollte vielleicht besser sagen: einen Weg aus der Armut in ein einigermaßen erträgliches Leben – schaffen wollen, dann brauchen wir dazu mehr Energie. Wenn Sie diese Erkenntnis noch anreichern um die Tatsache – das ist hier heute schon von anderen gesagt worden –, daß sich gerade der Teil der Welt, der heute im Energieverbrauch am weitesten zurückliegt, am stärksten vermehrt, dann können Sie daraus die zu erwartende Energieverbrauchsexplosion ableiten.

Ich meine, wir können an das Problem nicht herangehen, indem wir jetzt Hochrechnungen anstellen und sagen, die Industrienationen und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland würden über die nächsten 20, 30, 40, 50 Jahre hinwegkommen. In Anbetracht dessen, was uns da an Verteilungskampf in der Welt bevorsteht, was da an Nachteilen auf die Armen dieser Erde zukommen wird, wenn die reichen Industrienationen die immer knapper werdenden Reserven aufkaufen können und andere das nicht tun können, glaube ich schon, daß es richtig ist, wenn man uns den folgenden Vorwurf gemacht hat. Man hat uns auf einem Kongreß der CDU — ich glaube, Herr Professor Bonus war es — gesagt: Wenn die Industrienationen so weitermachen, dann müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie heute das Brot für die Welt von morgen verbrennen. Ich meine, diesen Vorwurf können wir nicht auf uns sitzen lassen. Wir brauchen die Ausschöpfung der Möglichkeiten, die wir haben, und wir verfügen über die größten technologischen Möglichkeiten. Müssen wir nicht eigentlich die transportablen Energieformen wie Öl, Gas, Kohle und anderes mehr, die wir ja im übrigen nicht nur für Energie, sondern auch für die Welternährung und andere Dinge dringend brauchen, auch für die anderen sichern und zurückhalten?

Wenn wir das so sehen und wenn Sie diese meine Meinung teilen können, dann glaube ich, müßte auch der Teil Ihrer Fraktion, der es Ihnen so schwer macht, hier eine völlig eindeutige Haltung einzunehmen, dafür zu gewinnen sein, zur Frage der weiteren Beteiligung der Kernenergie an der Energieversorgung ein deutliches Ja zu sagen. Denn eines ist klar: Mit den Widerständen in der Bevölkerung, mit den Ängsten, die nun einmal da sind, müssen wir zunächst einmal leben. Daß wir damit leben müssen, zeigt die heutige Entscheidung.

Aber ich bin nicht der Meinung, daß es bei diesen Ängsten bleiben muß. Ich bin schon der Meinung, daß wir gemeinsam daran arbeiten können, daß wir wieder das Vertrauen, das der Bürger nach meinem Eindruck im Grunde auch haben möchte, gegenüber denjenigen herstellen, die er mit seiner Stimme beauftragt hat, seine Interessen zu vertreten.

Lassen Sie mich dazu noch folgendes sagen. Ich glaube, wir können diese schwierige Aufgabe lösen, wenn wir uns in diesem Punkt zusammentun. Wir müssen uns nur einmal genau ansehen, was sich eigentlich in diesem Bereich abspielt. Da möchte ich zunächst feststellen, daß es unsere Bürger offenbar gewohnt sind, in einem sehr hohen Lebensstandard zu leben. Vorhandene Gefahren werden entweder als sozial adäquat akzeptiert, wie etwa die Gefahren des Straßenverkehrs, oder aber sie werden einfach

nicht wahrgenommen, wie die Gefahren der Umweltverschmutzung etwa durch Abgase der Kraftfahrzeuge, durch Abgase der Industrie und der Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen. In allen diesen Bereichen leben wir mit der Gefahr und erhöhen eigentlich das Gefahrenpotential sogar noch ständig. Bei der Kernenergie ist es völlig anders. Es ist nach meiner Meinung keineswegs sicher, daß die Gefährdungen im Bereich der Kernenergie — daß es dort Gefährdungen gibt, wird nicht in Abrede gestellt — größer sind als im Bereich der übrigen Energieerzeugungsanlagen. Nur, hier ist eine völlig andere Mentalität anzutreffen. Das gilt insbesondere hinsichtlich dieser Lebensgefährdung, die darin gesehen wird, daß durch größere Störfälle ganze Landstriche verwüstet werden könnten und zahllose Menschen getötet, verletzt und mit Langzeitwirkungen geschädigt werden könnten. Ich meine, daß diese Mentalität auf den ersten Blick zwar einleuchten mag, auf den zweiten Blick aber doch verwundert. Denn es ist ja nicht so, als sei die Frage der Lebensopfer und der Lebensgefahr im Bereich der anderen Energiegewinnungsformen überhaupt nicht vorhanden. Ich darf nur an die Gefährlichkeit des Bergbaues und an die Gefährlichkeit der Ölexploration erinnern. Wenn ich recht in Erinnerung habe, ist im „Spiegel“ einmal berichtet worden, daß allein bei der Exploration des Erdölfeldes Ekofisk 80 Menschen ums Leben gekommen sind.

Woher also diese so sehr unterschiedliche Mentalität, diese Furcht, die sich so aufstaut, daß wir nicht einmal mehr etwas tun können, selbst wenn wir es wollten, und dort die selbstverständliche Akzeptanz der Gefahren in dem anderen Bereich? Was ist hier das Problem? Ich darf die Frage stellen: Stoßen wir vielleicht deshalb auf den erbitterten Widerstand eines nennenswerten Teils unserer Bevölkerung, weil im Gegensatz zu vorherigen Technologien die Gefahr jetzt auch diejenigen bewußt erreicht, die konsumieren, und nicht auf diejenigen beschränkt bleibt, die zu produzieren haben? Ist ein Teil der Energiediskussion vielleicht darauf zurückzuführen, daß wir uns nicht mehr freikaufen können von den Gefahren der Energieproduktion, wie wir bisher gemeint haben, es zu können? Und ist es nicht unsere Aufgabe als Politiker, den Bürgern klarzumachen, daß wir im Grunde immer in Gefahr gelebt haben, in Gefahr leben und in Gefahr leben werden? Ich habe manchmal den Eindruck, als würde versucht, auch im Rahmen der Kernenergie Diskussion, die Möglichkeit des gefahrlosen Daseins überhaupt zu fordern oder sogar — das wäre dann fatal — zu versprechen. Ich glaube, diese Position ist nachdenkenswert.

Vielleicht werden wir aber auch deswegen mit den Sorgen unserer Bürger nicht mehr fertig, weil wir Vertrauen verloren haben, meine

Remmers

Damen und Herren. Das Vertrauen – das darf ich hier einmal sagen – haben wir nicht einfach verloren, sondern ich glaube, daß wir das Vertrauen verspielt, um nicht zu sagen, verschleudert haben durch unverantwortliches Taktieren in diesem Bereich.

(Zustimmung von Döring [CDU].)

Schließlich: Ist es nicht vielleicht auch denkbar, daß sich die Qualität der Risiken verändert hat und daß sich die Art und Weise der existentiellen Reaktion der Menschen auf Risiken geändert hat? Sind die Menschen möglicherweise nicht mehr in der Lage, ihr Vertrauen nur auf wissenschaftliche Interpretation zu setzen, wie sie das zu der Zeit getan haben, als sie sich – wenn man das einmal vergrößert sagen darf – vom Glauben abgewandt und zur Wissenschaft hingewandt haben und das Heil von der Wissenschaft erwarteten? Kann die wissenschaftliche Interpretation vielleicht kein Vertrauen mehr wecken, und ist es vielleicht richtig, wenn gesagt wird, daß die Summe aller wissenschaftlichen Aussagen nicht mehr die Frage nach dem Sinn des Lebens beantwortet? Vielleicht ist es auch richtig, daß die Summe aller sicherheitstechnischen Informationen nicht den Knoten der irrationalen Ängste lösen kann. Gilt das – und das könnte man dann sogar als eine kleine Spitze in Richtung auf die Regierungserklärung begreifen, Herr Ministerpräsident – nicht sogar, wenn man meint, uns vorrechnen zu können, wie sehr durch die eine oder andere Anlage die Sterblichkeitsrate um Prozentpunkte von zwei Stellen hinter dem Komma verändert werden kann oder nicht?

Ich glaube, daß diese Fragen ernsthaft gestellt werden müssen, daß wir diese Fragen zu beantworten haben und daß es eine unserer wesentlichen Aufgaben ist, offen mit unseren Bürgern darüber zu sprechen, was wie gefährlich ist, daß wir mit Gefahren zu leben haben, daß mit Bequemlichkeit allein nichts zu erreichen ist und daß wir verpflichtet sind, unseren Bürgern Mut zu machen. Carl-Friedrich von Weizsäcker – ich hätte beinahe gesagt, er gehört zu uns, nachdem er das Symposium in so hervorragender Weise geleitet hat – hat in seinem Buch „Wege in Gefahr“ einen Satz geschrieben, den ich hier zitieren möchte, weil ich glaube, darin kommt eine Haltung zum Ausdruck, die wir uns zu eigen machen könnten. Es heißt dort:

„Die kommenden Jahrzehnte sind eine Zeit erhöhter Gefahr für die Menschheit. Die Gefahr braucht nicht tödlich zu sein. Es gibt Wege in der Gefahr. Unser Wille, die Wege zu beschreiten, hängt daran, daß wir die Gefahr sehen. Unsere Fähigkeit, die Wege zu beschreiten, hängt daran, daß wir die Wege sehen.“

Ich glaube, daß wir mit diesem Satz die weitere Diskussion um die Energiefragen führen können.

Lassen Sie mich abschließend noch auf eines hinweisen: Wir stehen in Niedersachsen gegenwärtig zwar im Zentrum des Interesses, was die Frage der Energiepolitik angeht, einfach deshalb, weil wir – ob man nun sagt glücklicher- oder unglückseligerweise, aber jedenfalls von uns unbeflußt – Salzstöcke haben. Lassen Sie uns nicht vergessen, daß wir in Niedersachsen ein Problem diskutieren, das für Niedersachsen gewisse, für die Bundesrepublik große, für Europa und für die Welt noch viel größere Bedeutung hat. Auf dem Wege nach Europa – diesen Gedanken darf ich ans Ende stellen – werden wir auch im Bereich der Energieversorgung und der Kernenergie noch einigen Problemen begegnen. Die Tatsache, meine Damen und Herren, daß wir es im Ergebnis mit so umfassenden und grundsätzlichen Problemen zu tun haben, sollte uns eigentlich die notwendige Besonnenheit zur Gemeinschaft geben und uns zu gemeinsamem Vorgehen ermutigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schultze.

Schultze (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Diskussionsbeiträgen der Kollegen Grill und Remmers habe ich den Eindruck, daß es vielleicht ganz gut gewesen wäre, wenn die CDU-Fraktion diese Grundsatzfragen, die sicherlich von großer Bedeutung sind, zunächst noch einmal ausführlich unter sich beraten hätte.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will die Widersprüchlichkeit der Aussagen hier nicht aufgreifen, sondern ich will zurückführen auf das Thema, um das es heute geht. Es geht konkret um die Frage: Entsorgung in Verbindung mit einer Wiederaufbereitungsanlage oder nicht? Die Entscheidung, die wir hier von der Landesregierung gehört haben, ist vorrangig mit politischen Gründen und nicht etwa mit Sicherheitsgründen versehen worden. Ich möchte dies zum Anlaß nehmen, ziemlich am Ende dieser Debatte noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir als SPD-Fraktion uns mit dieser Interpretation der Ablehnung nicht einverstanden erklären können,

(Dr. Blanke [CDU]: Das kann ich mir vorstellen!)

weil wir meinen, daß mit dieser Art und Weise der Ablehnung, nämlich mit dem vorrangigen politischen Argument, daß es im Augenblick nicht geht und daß es zuviel Ärger macht, die

Glaubwürdigkeit der Entscheidung keinesfalls hergestellt ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte auch in meiner Eigenschaft als Gewerkschaftler — das ist Ihnen allen nicht unbekannt — darauf hinweisen, daß ich keine Entwicklung haben möchte, bei der irgendwann, aus welchen Gründen auch immer, die politische Lage anders beurteilt wird und die von uns vorgetragenen Sicherheitsbedenken mit einem Mal vom Tisch gefegt werden. Das möchte ich einmal erklären im Interesse der Menschen, die heute bereits in den Anlagen arbeiten oder die später in der Entsorgung, sei es im Endlager oder im Zwischenlager, beschäftigt sein werden, aber auch im Interesse der Menschen, die in der Umgebung solcher Anlagen leben.

Herr Dr. Albrecht, es wäre wohl besser gewesen, wenn Sie gesagt hätten, dieses Konzept wird aus den und den Sicherheitsgründen, die wir im Rahmen des GORleben-Hearings gehört haben, so nicht genehmigt, und es wird abgelehnt, eine Wiederaufbereitungsanlage jetzt zu bauen, als sich sozusagen mit dem Vorwurf an SPD und FDP, sie hätten kein geschlossenes Konzept zur Kernenergie, davonzumachen.

(Zuruf von Brandes [CDU].)

Auf diesen Punkt wollte ich hinweisen.

Zu dem Streit, wer hier was zuerst erfunden hat, erlaube ich mir den Hinweis, daß gerade aus den gewerkschaftlichen Bereichen des Landes Niedersachsen bereits in den Jahren 1976 und 1977 die Frage aufgeworfen wurde, ob wir unter den heutigen sicherheitstechnischen Bedingungen einen für die Beschäftigten und für die Umgebung einer Wiederaufbereitungsanlage sicheren Betrieb gewährleisten können. Ich möchte daran erinnern, daß der DGB bereits im September 1977 in einer Presseerklärung folgende vier Punkte als Bedenken gegen die Wiederaufbereitungsanlage formuliert hat:

Erstens. Der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist nicht zwingend erforderlich.

Zweitens. Die Entscheidung für eine Wiederaufbereitungsanlage soll erst getroffen werden, wenn auch ein klares Votum für die wirtschaftliche Nutzung des sogenannten Schnellen Brütters vorliegt.

Drittens. Der jetzige Erkenntnisstand im Zusammenhang mit sämtlichen aufgeworfenen Problemstellungen über eine Anlage von solch gigantischem Ausmaß reicht noch nicht aus.

Viertens. Zur Zeit sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um vorrangig die Frage einer sicheren Endlagerung zu überprüfen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, daß sich aus diesen Ansätzen etwas entwickelt hat, was wir rückholbare Endlagerung genannt haben und was auch in der Fachtagung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen im Dezember 1978 letztlich dazu beigetragen hat, diesen Gedanken zu vertiefen. Ich bin der Meinung, daß die Gewerkschaften, die sich in all den Jahren prinzipiell für die Nutzung der Kernenergie ausgesprochen haben, nunmehr mit ihren Bedenken hinsichtlich der Aufbereitungsanlage ernstgenommen werden müssen. Herr Dr. Albrecht, es ist nicht damit getan, wenn Sie trotz dieser vorgetragenen konkreten Bedenken und Auflagen die Meinung vertreten, es gehe im Moment politisch nicht, weil die Widerstände in der Bevölkerung zu groß seien. Es ist nicht etwa so, daß ich diese Widerstände mißachten würde. Das haben wir hier von mehreren Rednern vorhin gehört. Auch wenn wir Kompetenzen in Regierungen und Parlamenten haben und ein großer Teil der Bevölkerung uns nicht folgen will, ist es politisch legitim, einen Diskussionsprozeß wieder aufzugreifen oder fortzusetzen, aber dafür muß eine glaubwürdige Voraussetzung gegeben sein. Insofern, Herr Brandes, muß ich mich ein wenig gegen Ihre Äußerungen wenden, daß nunmehr irgendwelche finstere Kräfte am Werke seien, die diese Bedenken gegen die Aufbereitung, gegen die Endlagerung und gegen die Kernenergie schlechthin in demagogischer und in sonstiger Form allein aufgebracht hätten.

(Zuruf von Brandes [CDU].)

Ich meine, daß ernstzunehmende Gruppen und Persönlichkeiten hierzu ihre Kritik vorgebracht haben.

Sie haben darauf hingewiesen, wohin es führt, wenn es zum Beispiel nur in Frankreich, in England oder in anderen Ländern eine Wiederaufbereitung gibt und nicht bei uns. Dazu kann ich Ihnen folgendes sagen: Ich war in der Anlage in La Hague. Die Erkenntnis, die ich von dort mitgebracht habe — wenn auch nur von einem sehr kurzen Aufenthalt, aber nach Gesprächen mit Menschen, die in der Anlage arbeiten und (sie) beurteilen können —, hat mich darin bestätigt, daß eine solche Technologie der Wiederaufbereitung aus Sicherheitsgründen und nicht etwa aus politischen Gründen nicht möglich ist,

(Beifall bei der SPD)

selbst wenn ich zugestehen muß, daß der gesamte Bereich der Sicherheitsphilosophie in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern etwas mehr Tiefgang und vielleicht auch etwas mehr Kontrollen verschiedener Institutionen beinhaltet.

(Brandes [CDU]: Dagegen wenden wir uns nicht!)

Schultze

– Wogegen wenden Sie sich nicht?

(Brandes [CDU]: Gegen mehr Tiefgang und gegen mehr Kontrolle!)

Ich sage auch, daß die Sicherheitsphilosophie in der Bundesrepublik Deutschland – das zeigt im Grunde auch die Entscheidung der Landesregierung – nicht vergleichbar ist mit dem, was wir in Frankreich in der Anlage in La Hague gesehen haben und immer noch sehen. Man kann bei uns nicht sagen, wir hätten ständig Windgeschwindigkeiten von 70 km/h, der Golfstrom fließe vorbei, und alle Emissionen würden damit woanders hingetragen. Diese geographischen Bedingungen haben wir nicht. Selbst wenn wir sie hätten, bin ich sicher, würden wir sie so nicht anwenden. Trotz der größeren Sicherheitsphilosophie und der sicherlich auch schwierigeren Sicherheitsbedingungen, wie sie auch in unseren deutschen Kernkraftwerken gelten, sollten wir diese Sicherheitsgründe ehrlicher Weise aufgreifen und sie mit der Bevölkerung und mit den Beteiligten weiter diskutieren, und zwar nicht so, daß wir als Politiker den Eindruck erwecken, als warteten wir nur auf den Zeitpunkt, zu dem man das alles überrollen kann, ohne daß man irgendwelche Schwierigkeiten bei Wahlen oder beim Regieren bekommt.

Insofern bin ich der Meinung, daß gerade der Punkt 4 des SPD-Entschließungsantrages bei der zukünftigen Tätigkeit der Landesregierung eine besondere Berücksichtigung finden muß. Wir sollten nicht nur prüfen, wann und unter welchen Sicherheitsbedingungen eine Wiederaufbereitungsanlage doch noch gebaut werden kann, sondern wir sollten auch prüfen, wie wir alternativ zu einer Endlagerung kommen könnten, ohne daß wir wiederaufarbeiten. Es besteht Klarheit darüber, daß eine Endlagerung in diesem Sinne so zu verstehen ist, daß sie wieder zugänglich ist. Es ist wohl besser, den Begriff der längerfristigen Zwischenlagerung hier noch einmal hervorzuheben, weil wir natürlich alle wissen, daß in den abgebrannten Kernbrennstoffen ungeheure Energiereserven enthalten sind, daß aber angesichts der jetzigen Unklarheiten im Sicherheitsbereich – so möchte ich das bezeichnen – auch über das Verfahren nachgedacht werden muß. Es beruhigt mich überhaupt nicht, wenn die DWK bei der Beantwortung der Fragen der SPD-Landtagsfraktion darauf hinweist, daß eine solche Endlagerung von lediglich bearbeiteten Brennelementen neue technische Probleme mit sich bringe, die man bisher nicht kenne. Ich bin der Meinung, daß die DWK mit ihren technischen Apparaturen auch Antworten auf solche Fragen finden muß, damit wir später im Interesse der Sicherheit der Menschen eine Entscheidung treffen können.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf aufmerksam machen, daß jedenfalls für uns die Sicherheit an erster Stelle steht. Ich will auch Fragezeichen hinter das setzen, was hier als Restrisiko immer wieder bezeichnet worden ist; denn alles das, was wir darüber wissen, sagt noch lange nichts aus über die langfristige Belastung der Gesundheit oder zum Beispiel auch der Ökologie, wie es mein Kollege Klaus-Peter Bruns vorhin ausgeführt hat. Wir teilen die Auffassung all derer, die sagen, Sicherheit komme vor Schnelligkeit. Ich möchte auf diese Formel besonders hinweisen, weil bei all den bekanntgewordenen Unfällen im kerntechnischen Bereich sehr häufig der Begriff der menschlichen Unzulänglichkeit aufgetaucht ist. Es wird so getan, als ob man dieses Problem aus der Welt schaffen könnte, wenn man die Menschen, die in diesen Anlagen arbeiten, besser ausbildete. Diese Ausbildung ist notwendig und richtig. Aber wir sind der Meinung, daß die Anlagen so konstruiert werden müssen, daß menschliches Fehlverhalten nicht Auslöser vor Unfällen, größeren Unfällen oder gar Katastrophen werden kann. Zu dieser Frage ist das DWK-Konzept noch Antworten schuldig geblieben. Das ist ein Grund dafür, warum wir uns sehr frühzeitig gegen dieses Modell ausgesprochen haben. Die Frage der Arbeitsbedingungen in den Zwischenlagern und dem Endlager muß aufgegriffen werden. Ich will hier ganz eindeutig sagen, daß wir mit der bisherigen Form der Ausbildung auch dieser Beschäftigten noch nicht zufrieden sind und daß hier einiges mehr gemacht werden muß; zumindest muß das in zukünftige Konzepte eingebaut werden.

Ich will einen weiteren Punkt hervorheben. Wir haben gesehen, daß die bisherigen Institutionen mit ihren Kompetenzen offensichtlich nicht ohne weiteres zu den Entscheidungen kommen können, zu denen – wie es Herr Remmers gesagt hat – man eigentlich kommen wollte. Ich bin der Meinung, daß bei zukünftigen Konzepten und Organisationsmodellen weitere Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in kerntechnischen Anlagen und ihrer Organisationen besprochen werden sollten.

(Beifall bei der SPD.)

Ich meine, daß unsere jetzige Rechtsverfassung im unternehmerischen Teil aus einer ganz anderen industriellen Entwicklung, die diese gewaltige Dimension an möglichen Folgen nicht gehabt hat, einfach Grenzen aufgezeigt hat, was die Information und letztlich auch die Verantwortlichkeit angeht. Deshalb sollte auch dieser Gedanke weiter in der Diskussion bleiben.

Was nun den Aspekt der Plutoniumwirtschaft angeht, so hängt dieser eng mit der Frage der Endlagerung von bearbeiteten Elementen zusam-

men, also mit dem Verzicht auf diesen Plutoniumanteil oder im anderen Falle, wenn wir zu einer Wiederaufbereitungsanlage gekommen wären, damit, daß ein ungeheurer Kreislauf dieses ganz gefährlichen Plutoniums entstanden wäre. Wir sind der Meinung, daß die Technologie des Schnellen Brüters noch in der Entwicklung steht und daß die Risiken bisher noch nicht gut abzuschätzen sind, jedenfalls noch nicht in dem Maße wie die Risiken konventioneller Technologien. Technologische Entwicklungen sind kontinuierliche Prozesse mit langen Zeithorizonten. Unsere gesellschaftliche Zuständigkeit für energiewirtschaftliche Vorsorgepolitik bedeutet, daß wir schon heute die technologischen und sonstigen langfristigen Voraussetzungen für die Energieversorgung von morgen schaffen müssen. Dies bedeutet konkret die Erhaltung der gesellschaftlichen Option auf die Schnelle-Brüter-Technologie und auf die Plutoniumnutzung, aber nicht Präjudizierung dieser Plutoniumnutzung. Ich glaube, das ist ganz entscheidend.

Da wir selbst dieser Technologie zu unserer Energieversorgung heute nicht bedürfen, besteht auch keine Notwendigkeit, schon heute über Zeitpunkt und Umfang ihrer Nutzung zu entscheiden. Insbesondere ist zu beachten: Zur Erhaltung der Option auf die Schnelle-Brüter-Technologie und die Plutoniumnutzung für morgen ist die kommerzielle Nutzung heute nicht notwendig. Andererseits ist der kommerzielle Einsatz von Brutreaktoren ohne Wiederaufarbeitung praktisch nicht möglich. Wer heute den Bau der Wiederaufbereitungsanlage politisch beschließen würde, würde damit einen erheblichen wirtschaftlichen Sachzwang zu einem späteren positiven Votum für den kommerziellen Brüttereinsatz schaffen. Wer hingegen die Entscheidung über den kommerziellen Brüttereinsatz wirklich offenhalten will, der wird den Bau der Wiederaufbereitungsanlage erst dann beschließen, wenn positiv über diesen kommerziellen Brüttereinsatz entschieden ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die Ablehnung des DWK-Konzeptes nicht die Entscheidung über die Versuchsanlage in Kalkar betrifft. Der Bundestag behält hier seine Zuständigkeiten durch Erteilung einer entsprechenden Betriebsgenehmigung oder einer Genehmigung zur Aufnahme der Tätigkeit eines Brutreaktors in Versuchsform. Dafür gibt es bereits ausreichend Plutonium aus der Versuchsanlage Karlsruhe, so daß auch diese Möglichkeit sehr wohl besteht.

Ich sage das deshalb so ausdrücklich, meine Damen und Herren, weil mir bei einigen Diskussionsbeiträgen aus dem Bereich der CDU-Fraktion der krampfhaft Versuch, Widersprüche in Fragen der Kernenergie zwischen den verschie-

denen Ebenen der Sozialdemokratie konstruieren zu wollen, einfach mißfällt und weil diese Vorwürfe einfach nicht richtig sind.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie unterstellen wollen, daß mit diesen Positionen etwa diese Weiterentwicklung nicht gegeben sei, dann kann ich nur sagen: Es sind alle Möglichkeiten vorhanden. Niemand hat beantragt, daß etwa alle Kernkraftwerke abgestellt werden sollten, jedenfalls niemand, der dafür Kompetenzen hätte. Daß wir natürlich in unserer großen Sozialdemokratischen Partei mit einer Million Mitgliedern auch einzelne andere Meinungen haben,

(Ha! Ha! von der CDU)

nehmen Sie von der CDU für sich als Volkspartei doch wohl auch gern in Anspruch; und da muß ich sagen: Was für Sie gilt, gilt für uns schon lange. Im übrigen sind wir mit unserer demokratischen Tradition wohl etwas älter als Sie.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich bin schon der Meinung, daß diese ganz wichtige Frage über die zukünftige Energieversorgung kein Thema ist, an dem sich die großen politischen Kräfte und Parteien dieses Landes nun sozusagen zerfleischen sollten, aber es muß sichergestellt sein, daß wir uns nicht über die Meinungen der Bürger einfach hinwegsetzen, daß sie sich mit ihren Sorgen und Bedenken wiederfinden, wenn wir hier zu Entscheidungen kommen. Dazu ist es nötig, daß auch in den Parteien diesen Überlegungen Raum gegeben wird.

Was den DGB angeht, so ist klar: Der DGB hat sich bisher auch für die Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke ausgesprochen, aber neuerdings hat er in einem Papier, in einem sogenannten Aktionsprogramm, das zwar noch nicht endgültig verabschiedet ist, aber bereits die Zustimmung des Bundesvorstandes des DGB erhalten hat, auch gesagt – darauf hat sich vor zwei oder drei Tagen Herr Kluncker berufen –, daß auf die Nutzung von Kernenergie dann verzichtet werden muß, wenn sich nach einer erneuten gewissenhaften Überprüfung beim Reaktorbetrieb herausstellen sollte, daß die Sicherheit nicht gewährleistet werden kann. Für diesen Fall ist eine internationale Vereinbarung anzustreben.

Ich will mit diesem Teil nur deutlich machen, daß die zentrale Frage des weiteren Einsatzes von Kernenergie einzig und allein daran gemessen wird, ob die Sicherheit Vorfahrt und Vorrang hat. Wenn man das will, dann meine ich auch – der Herr Ministerpräsident hat ja vorhin den Sinn dieses Satzes für sich reklamiert, als habe er ihn erfunden –, daß man dann diese

Schultze

Sicherheitsbedenken vollgültig und glaubwürdig in jeder Phase darstellen muß.

(Krapp [CDU]: Reden Sie zum Bundeskanzler oder zu wem?)

Ich will damit deutlich machen, meine Damen und Herren: Wir haben mit unserem Entschließungsantrag, der in der Tat die ungeteilte Zustimmung der gesamten Fraktion gefunden hat, einen, wie wir meinen, wesentlichen Beitrag zur Bewältigung dieser schwierigen Thematik geleistet. Das Konzept zur Wiederaufbereitung steht im Augenblick in Niedersachsen, in Gorbelen nicht an. Es gilt also nun, sich mit der Entsorgungsfrage weiter zu beschäftigen. Dazu haben wir in unserem Entschließungsantrag Forderungen gestellt, und ich nehme an, daß er Ihre Zustimmung finden wird. Ich möchte Sie auch um diese Zustimmung bitten.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat nunmehr der Herr Sozialminister.

(Zuruf von der SPD: Ach du liebe Güte! –
Zuruf von der CDU: Ihr werdet euch noch wundern!)

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu einigen Punkten, die im Laufe des Tages angesprochen wurden, Stellung nehmen und Dinge, die zum Teil falsch dargestellt wurden, richtigstellen.

Das Protokoll, das heute gefertigt wird, ist sicherlich eines der wichtigsten. Es wäre schlimm, wenn Dinge, die bislang von der Opposition für falsch gehalten wurden, jetzt auf einmal von der Opposition als ihr Werk dargestellt würden; das möchte ich vermeiden.

(Beifall bei der CDU.)

Heute morgen ist beklagt worden, daß die Abgeordneten des Landtages die schriftlichen Stellungnahmen der Kernenergiekritiker noch nicht erhalten hätten. Ich darf dazu feststellen, daß vor Beginn der Landtagssitzung den beiden Fraktionen des Landtages je zehn Ausfertigungen der gesamten Unterlagen zugegangen sind. Es handelt sich hierbei um das zweibändige Wortprotokoll mit den Feststellungen der Kritiker und der Gegenkritiker.

(Zuruf: Eine Zwischenfrage, bitte!)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Scheibe?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ja!

Scheibe (SPD):

Herr Minister, ist es richtig, daß die schriftlichen Stellungnahmen der Kritiker, ein Werk von ungefähr 2000 Seiten, den Fraktionen heute morgen, 9 Uhr, zugestellt worden sind?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ja.

(Hört! Hört! und weitere Zurufe von der SPD.)

– Entschuldigen Sie einmal. Sie rufen: „Hört! Hört!“; als wir auf der Oppositionsbank gesessen haben, wären wir dankbar gewesen, wenn wir bei so wichtigen Gesetzen wie dem Schulgesetz oder meinetwegen auch der Gemeindereform wenigstens die Protokolle der Ausschusssitzungen gehabt hätten.

(Beifall bei der CDU. – Widerspruch bei der SPD. – Unruhe.)

Ich darf hier sachlich feststellen, daß außerdem den Fraktionen des Landtages bereits während des Symposiums „Rede – Gegenrede“

(anhaltende Unruhe)

– hören Sie gut zu, das haben Sie noch nie gehabt, was Sie gekriegt haben! – die stenographischen Niederschriften fortlaufend überreicht wurden. Ich verstehe, daß es wünschenswert gewesen wäre, von Ihnen gewünschte Unterlagen zu einem noch früheren Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen, jedoch muß ich um Verständnis dafür bitten, daß unsere Versuche, einem solchen Wunsche zu entsprechen, an den Möglichkeiten der Technik gescheitert sind. Es mußte immerhin weitgehend fremdsprachlicher Text vom Tonband abgeschrieben und es mußten schriftlich vorliegende Beiträge sinnvoll geordnet und in eine lesbare Form gebracht werden.

(Zuruf von der SPD: Darüber habe ich mich auch nicht beklagt!)

– Ich sage das nur, um hier darzustellen, wie das gewesen ist. Die insgesamt 4250 Seiten waren dann zu vervielfältigen und einzubinden. Gewiß hätten einige Teile des schriftlich vorliegenden Materials vorab veröffentlicht werden können. Wir haben jedoch davon bewußt Abstand genommen, um auf jeden Fall ein unvollständiges und deshalb verzerrtes Bild des Symposiums zu vermeiden.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung hätte sich sonst mit Sicherheit den Vorwurf der Einseitigkeit zugezogen. Das muß ich hier nun einmal ganz deutlich sagen, das war nicht fehlender Wille, sondern meine Mitarbeiter haben so schnell, wie es möglich war, gearbeitet. Sie wissen selber, wie lange es dauert, Protokolle fertigzustellen. Im übrigen war auch gar nicht absehbar, daß diese Sitzung jetzt

schon stattfinden sollte, denn ursprünglich war die Sitzung erst für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen.

Der Kollege Ravens hat heute morgen hier gesagt, daß es immer schon die Forderung der SPD gewesen sei, daß eine bergmännische Erschließung stattfinden sollte. Meine Damen und Herren, um das hier ganz deutlich zu machen: Ich erinnere mich noch genau an den November 1976, als die drei Bundesminister, damals noch Ihre Kollegen, Herr Ravens, hier in diesem Hause waren und die Forderung erhoben wurde, daß sofort ein Standort festzusetzen sei. Ich habe mir damals erlaubt, mit aller Bescheidenheit den Ausspruch zu prägen, es gebe einen alten bergmännischen Satz, der heiße: Vor der Hacke ist es duster. Allein Vorbohrungen oder Tiefbohrungen durchzuführen bedeutet überhaupt nichts. Wer solch schwierige Dinge einlagern will, braucht dazu eine bergmännische Erschließung. Meines Wissens ist bis zu diesem Zeitpunkt von keiner Bundesregierung und von keiner Partei von bergmännischer Erschließung gesprochen worden, sondern es hieß immer nur, es müßten Tiefbohrungen durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie mich hier ein Zweites deutlich machen, daß an dem Tage – es war der 11. November 1976, wir hatten damals eine Minderheitsregierung – der Herr Minister Matthöfer die drei Fraktionen in wenigen Augenblicken zu einer Einheit zusammengeschweißt hat, indem er von uns verlangte, innerhalb weniger Tage eine Entscheidung der Landesregierung zu haben, wo nun der endgültige Standort sein sollte. Ich sehe Herrn Hedergott noch vor mir stehen und höre ihn sagen: „Das ist doch wohl das letzte, was man hier einer Landesregierung zumuten kann.“ Jedenfalls waren wir uns damals sehr schnell einig.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bruns (Emden)?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ja, bitte!

Bruns (Emden) (SPD):

Da ich an diesem Gespräch teilgenommen habe, möchte ich Sie fragen, Herr Schnipkoweit, ob mein Eindruck richtig ist, daß Sie von Herrn Matthöfer aufgefordert worden sind, in absehbarer Zeit mit den Bohrungen zu beginnen, um den Standort festlegen zu können?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Nein, das kann ja gar nicht sein! Wie wollen Sie denn mit den Bohrungen beginnen? Sie müssen doch erst mal einen Standort festlegen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, das ist ja nun das Minimum. Wenn ich irgendwo bohren will, muß ich zunächst einmal wissen, wo gebohrt werden soll. Das geht ja nun nicht anders.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Auch im weiteren hat sich die Landesregierung von der Bundesregierung nicht unter Druck setzen und nicht zu übereilten Entscheidungen verleiten lassen. Meine Damen und Herren, passen Sie jetzt schön auf! Gegen den Widerstand der Bundesregierung, die immer wieder auf beschleunigte Verwirklichung des Nuklearen Entsorgungszentrums gedrängt hat, hat die Landesregierung das Symposium „Rede – Gegenrede“ durchgeführt,

(Hört, hört! und Beifall bei der CDU)

wofür die Opposition ihr heute morgen gedankt hat. Im nachhinein hat auch die Bundesregierung das Symposium für gut befunden. Sie beruft sich ja jetzt sogar laufend auf dieses Symposium.

Weiter hatte die Landesregierung ein umfassendes Gutachten zu den Fragen der Gesamtökologie und der sonstigen Auswirkungen des Nuklearen Entsorgungszentrums in der Region vorbereitet. Auch hier, meine Damen und Herren, mußte nachhaltiger Widerstand der Bundesregierung ausgeräumt werden. Die Landesregierung hat sich immer wieder gegen den Vorwurf zur Wehr setzen müssen, sie verzögere ohne Grund die Verwirklichung des Nuklearen Entsorgungszentrums. Meine Damen und Herren, hier muß mit aller Deutlichkeit eines gesagt werden: Wenn es ein Symposium „Rede – Gegenrede“ gab, wenn über das Gesamtökologische Gutachten gesprochen wurde, dann ist das doch das Verdienst unseres Ministerpräsidenten, der hier erkannt hat, wie schwierig das Gebiet ist, und der sich von niemandem hat beeinflussen lassen und dem wir alle gefolgt sind, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Schließlich möchte ich zu der Oppositionsthese von der mangelnden grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit der Wiederaufbereitung folgendes bemerken: Ich will mich jetzt gar nicht auf Frankreich und England beziehen. Wir wissen, daß in Karlsruhe eine wenn auch im Vergleich zu Gorleben kleine Wiederaufbereitungsanlage seit Jahren mit Erfolg und unter deutschen Sicherheitsvorschriften arbeitet. Müßte die Oppositionsfraktion des Landtages

Schnipkoweit

jetzt nicht von der Bundesregierung verlangen, daß auch diese Anlage geschlossen wird, wenn sie meint, daß man heute abgebrannte Brennelemente grundsätzlich nicht mit der nötigen Sicherheit wiederaufarbeiten kann? Meine Damen und Herren, ich kenne den Unterschied im Volumen zwischen Karlsruhe und dem, was in Gorleben geschehen soll. Nur, hier ging es darum, daß immer wieder gesagt wurde: sicherheitstechnisch nicht machbar. Wenn wir, wie eben auch vom Kollegen Schultze – ich weiß gar nicht einmal, ob er für den DGB gesprochen hat oder für die Opposition, das war nicht ganz erkennbar –, immer wieder ermahnt werden, die sicherheitstechnischen Dinge ernstzunehmen, dann sage ich für die Landesregierung ganz verbindlich und auch für meine Person: Hier braucht uns niemand zu mahnen, daß wir die Sicherheit eventuell nicht ernstnehmen würden. Die Sicherheit für das Leben und für die Gesundheit der Bevölkerung und der in den Anlagen Arbeitenden hat für uns immer absoluten Vorrang gehabt. Wir haben das auch durch einige Maßnahmen bewiesen.

(Beifall bei der CDU.)

Das Kernkraftwerk Unterweser war über einen langen Zeitraum fertig, und trotzdem haben wir uns von niemandem überreden lassen, hier vorschnelle Entscheidungen zu treffen, und das bleibt so. Wir lassen uns nicht durch wirtschaftliche Erwägungen beeinflussen und lassen uns auch nicht von der Bundesregierung unter Druck setzen. Ich darf ein Stichwort sagen: Asse. Diese Landesregierung hat das Problem Asse nicht so leichtfertig behandelt, wie es früher behandelt wurde.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Ich darf hier noch einmal verbindlich sagen, die Sicherheit hat absoluten Vorrang vor allen anderen Fragen. Danach haben wir bislang gehandelt, danach handeln wir heute, und danach werden wir auch in Zukunft handeln. – Ich bedanke mich.

(Anhaltender, starker Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende einer für dieses Parlament bedeutungsvollen Debatte. Ich schließe die Besprechung.

Es war vereinbart worden, die Aussprache über die Regierungserklärung mit der Einbringung der Entschließungsanträge zu verbinden. Das war Gegenstand unserer heutigen Verhandlungen.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden vorzuschlagen, daß diese Entschließungsanträge dem Ausschuß für Umweltfragen (federführend) und den Ausschüssen für innere Verwaltung, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Wirtschaft

und Verkehr (mitberatend) überwiesen werden. Wer diesem Vorschlag des Ältestenrates folgen will, den bitte ich, das durch ein Handzeichen zu bekunden. – Danke schön. Das ist so beschlossen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt auf Punkt 4:

Aktuelle Stunde

Hochschulausbau in Niedersachsen – Antrag der Fraktion der SPD – Drs 9/681

§ 49 unserer Geschäftsordnung sieht vor, daß die Aktuelle Stunde 60 Minuten dauert; dabei wird die von der Landesregierung in Anspruch genommene Redezeit nicht angerechnet. Die Redezeit beträgt im allgemeinen fünf Minuten. Ich darf seitens des Sitzungsvorstandes darum bitten, beim Ertönen des ersten Klingelzeichens, nach vier Minuten, die Gedanken Ihrer Ausführungen zusammenzufassen und nach dem Ertönen eines weiteren Klingelzeichens, nach fünf Minuten, Ihre Ausführungen zu beenden.

Ich eröffne die Beratung und stelle fest, daß es jetzt 16.20 Uhr ist. Diese Aktuelle Stunde wird eröffnet von der Kollegin Frau Wettig-Danielmeier. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Wettig-Danielmeier (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen ist dem Landtag der eigenartige Regierungsstil des Ministers für Wissenschaft und Kunst erneut demonstriert worden.

(Beifall bei der SPD.)

Es gibt die Zusage des Ministers zur rechtzeitigen parlamentarischen Erörterung des Hochschulbaus vom Herbst 1978. Es gibt eine Serie von einstimmigen, auch von der CDU getragenen Beschlüssen des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, die den Minister auffordern, die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und den Ausschuß zu unterrichten. Doch passiert ist bis heute nichts! Statt den Ausschuß zu unterrichten, gibt der Minister eine öffentliche Erklärung nach der anderen ab, jedesmal mit neuen Zielen, mit sich widersprechenden Zahlen. Über Wochen demonstriert uns der Wissenschaftsminister seine Streichungskünste in der Presse, ohne den Landtag und die betroffenen Hochschulen zu informieren.

Wenn wir die kritische Frage einmal beiseite lassen, ob dies der in der Regierungserklärung Albrecht angekündigte neue Regierungsstil ist, so stellt sich die Frage nach dem Sinn der vorgeschlagenen Maßnahmen. Ein von diesem Ministerpräsidenten und diesem Wissenschaftsminister als vernünftig bezeichnetes Hochschul- ausbaukonzept wird plötzlich, nachdem die